DEMOKRATISCHER WIDERSTAND

Wochenzeitung DEMOKRATISCHER WIDERSTAND N° 132, Samstag, 13. Mai 2023 bundesweit. Verkaufspreis 2,50 Euro: 1 Euro für den Verteiler & 1,50 Euro mit Verwendungszweck *Crowdfunding* bitte an *Sodenkamp & Lenz* · IBAN: DE71 1705 6060 0101 0320 64

Herausgegeben von Anselm Lenz, Hendrik Sodenkamp und Prof. Rudolph Bauer mit Prof. Giorgio Agamben

NO. 1 in der Aufklärung des Corona-Regimes, *made in Germany* | Bald am **KIOSK** und jetzt im **ABO** (Seite 16)

ACHTUNG, REPUBLIK!

ÄRZTEVERBÄNDE UND STAATSRECHTLER WARNEN VOR DER WHO



Collage.DW/Ute FEUERSTACKE

Ex-LKA-Chef Uwe Kranz, *Fake*-Pandemieprofi Dr. Wolfgang Wodarg, die Ärzte Dr. Walter Weber, Aufklärer Prof. Sucharit Bhakdi, Dr. Ronald Weikl und WHO-Insiderin Silvia Behrendt (v.l.n.r.) streiten für die Demokratie.

Frühjahr 2020 erfolgte der Griff zur Macht. Nach Jahren der Vorbereitung, der Unterwanderung und der Bestechung internationaler und nationaler Organisationen erklärten die Konzerne der aufbegehrenden Menschheit den Krieg. Sie riefen eine Pandemie aus.

Eine von Multi-Milliardären korrumpierte Weltgesundheitsorganisation (WHO) erklärte einen kleinen eigens herbeifabrizierten Virus zum Endgegner und sich selber zum Retter der Menschheit. Für ihr hehres Ziel sollte jedes Mittel recht sein: Kinder quälen, Alte wegsperren, uns hinter Masken zwängen und abspritzen (Seiten 12 und 13). Die »Pandemie« wurde ein Milliardengeschäft für Pharma- und Digitalkonsortien, es war eine Strategie zur Sicherung und zum Ausbau ihrer Macht.

Doch seit dem 28. März 2020 stehen weltweit Demokraten auf und beharren auf Mäßigung, Rechtsstaat, Grundrechte und Demokratie (Seite 6). Als Schutzschirm gegen die Konzernherrschaft fordern sie die positiven Errungenschaften der Nationen ein: Gewaltenteilung, Ausgleich und demokratische Verfahren. So konnten die Demokraten die Corona-Herrschaft nach Jahren des Kampfes zum Halten bringen. Im Osten schuf das Regime eine neue Krise, mit dem es den wirtschaftlichen Niedergang weiter Bevölkerungsteile zu überlagern versucht (Seite 11).

Die Konzerne wollen immer mehr. Ende Mai sollen in Genf neue, weltweit bindende Gesundheitsvorschriften verabschiedet werden. Vorschriften, von Konzernvertretern verfasst, die die Regierungsvertreter abnicken sollen, und die den undurchsichtigen Konzernstrukturen der WHO umfassend Macht- und Einfluss zuschanzen. Erneut erwacht der Widerstand: Demokraten und Ärzteverbände schlagen Alarm. Massenproteste sind zu erwarten, denn die Menschen in Deutschland, Europa und selbst in den USA haben schlicht keine Lust mehr auf Nato, Verarmungs- und Verdummungskampagnen, Heuchelei, Lügen und Mord. So steht die Herrschaft Emmanuel Macrons in Frankreich kurz vor dem Fall. Und auch die Deutschen machen sich auf den Weg zu einer Verfassungserneuerung auf Basis des Grundgesetzes (Seite 16).

weiterlesen auf Seite 3

4 UND DOCH NICHT VORBEI WHO-Boss erklärt die »Pandemie« für beendet

6 DEMOKALENDER Die größte Demokratiebewegung der Geschichte

9 DAS DÖNER-NETZWERK Wie US-Konzerne zu Hackfleich verabeitet werden können

12 TIGER UND SCHAFE Die Militärexpertin und Juristin Monika Donner im großen DW-INTERVIEW

NICHTOHNEUNS.DE

INHALT #DW132

- Mediziner gegen Pandemievertrag: »Achtung, Diktatur!«, Seiten 1, 3
- Jimmy Gerum wird Preisträger, Seite 2
- Dr. Köhne: Ein Nachruf auf die Taz, Seite 2
- Neues aus Absurdistan: Der satirische Wochenrückblick, Seite 4
- Anwalt Pankalla über die pandemische Lage, Seiten 4, 5
- Prof. Dr. Schwab: Corona-Irrenhaus Deutschland, Seite 5
- Demonstrationskalender, Montagsspaziergänge, Medienwachen, Seite 6
- Polizisten für Aufklärung: Braucht die Polizei Leitlinien?, Seite 6
- Der Wink der Geschichte, Seite 7
- DW-Verteiler werden, Seite 7
- Christen im Widerstand: Gottes Geist, Seite 7
- Interview mit Demo-Livestreamer Helge Spunkt, Seite 8
- Bestandsaufnahme, Leserbriefe, Online-Hinweise, Seite 8
- Was hält die Konzerne auf?, Seite 9
- Motor Mittelstand: Wolfgang Greulich über Technologien, Seite 10
- Der mutige Unternehmer Bernd Quinque im Interview, Seite 10
- Felix Feistel: Kiews Offensive beginnt, Seite 11
- Zensur auf dem Vormarsch, Seite 11
- Monika Donner im großen Interview von Klaus Müller, Seiten 12, 13
- Das Letzte – von Anselm Lenz, Seite 13
- Veranstaltungskalender, Seite 14
- BBC & Schweine-Taz: Angriff auf DW, Seiten 14, 15
- Prof. Michael Meyen über Til Schweiger, Seite 15
- DW-Buchempfehlungen, Sport mit Berthold, Seite 15
- Grundgesetz und DW-Coupon, Seite 16

IMPRESSUM | Wochenzeitung «DEMOKRATISCHER WIDERSTAND» (DW / der Widerstand) – Stimme der parteiunabhängigen liberalen Opposition und der kritischen Intelligenz in der Bundesrepublik Deutschland auf Basis des Grundgesetzes. Gegründet und entwickelt von Anselm Lenz. | 131. Ausgabe ab Samstag, 6. Mai 2023. | Redaktionsschluss war am 4. Mai. | Alle Beiträge sind Originalbeiträge für diese Zeitung, Übernahmen werden als solche bezeichnet. Nicht bezeichnete Fotos: privat. | Förder- und Freundeskreis dieser Wochenzeitung: Kommunikationsstelle Demokratischer Widerstand e.V., Postfach 35 02 16, D-10211 Berlin. | ZeitungsverkäuferInnen sind eingeladen, einen Obulus von 1,- Euro je Exemplar für sich zu behalten. Spenden für die Zeitung sind weiterzuleiten (siehe unten). | Online: demokratischerwiderstand.de

Chefredakteur: Anselm Lenz. Stlv. Chefredaktion: Hendrik Sodenkamp. **Chef vom Dienst:** Klaus Müller. **Redaktion Krieg & Frieden**: Felix Feistel (Ltg.), Ilia Ryvkin, Flo Osrainik. **Sportchef**: Thomas Berthold. **Layout und Satz**: Ute Feuerstacke, Anselm Lenz. **Fotoressort**: Georgi Belickin, Sandra Doornbos, Gerd Danigel, Steve Schramm. **Weitere Redaktionsmitglieder:** Ullrich Mies, Dirk Sattelmaier, Doro Neidel, Torsten Wetzel, Batseba N'Diaye, Nadine Strotmann, Wolfgang Greulich, Johnny Rottweil, Dr. med. Alexander Richter, Prof. Martin Schwab, Prof. Michael Meyen. **Korrektorat**: Stefanie Supé, Barbara Klumpp. V.i.S.d.P. Anselm Lenz & Hendrik Sodenkamp, Vorstand K.D.W. e.V., Berliner Allee 150, 13088 Berlin. Gegründet 25. und 28. März 2020 im Foyer der Volksbühne am Rosa-Luxemburg-Platz, Berlin. Sitze der Zeitung sind London, Oslo, Stockholm, Moskau und Montevideo. **Redaktionskooperationen**: De Andere Krant, Amsterdam. UFP United Free Press, London. **Verlagsvertragspartner**: Edition du Seuil, Paris. **Herausgegeben von:** Anselm Lenz, Hendrik Sodenkamp, Prof. Rudolph Bauer, Prof. Giorgio Agamben. Co-Herausgeberschaft (ruhend): Batseba N'diaye. Aus Berlin für das gesamte Bundesgebiet seit seit 17. April 2020. **Verlag**: Sodenkamp & Lenz Verlagshaus GmbH, Berliner Allee 150, 13088 Berlin. Geschäftsführer Hendrik Sodenkamp & Anselm Lenz, Mitglied im VDZ, Verband der Zeitschriftenverleger Berlin-Brandenburg. Amtsgericht Berlin-Charlottenburg HRB224921B, USt-ID-Nr. DE 340880295. **Druck**: Union Druckerei, Storkower Straße 127a, 10407 Berlin; S+M Druckhaus GmbH, Otto-Hahn-Straße 44a, 63303 Dreieich. | Für Hinweise in dieser Zeitung auf Online-Links kann keine Haftung übernommen werden. Die Zeitung ist frei zur nichtkommerziellen Verbreitung, Vervielfältigung, Kopie, Projektion, Abfotografie, Verfilmung und so weiter, sofern dies sinnwahrend geschieht. Fotos und kommerzielle Verwertung müssen gesondert angefragt werden.

NICHTOHNEUNS.DE | Der **5-Punkte-Plan** seit 28. März 2020: **1**. Sofortiges Ende der Corona-Maßnahmen auch in Deutschland. **2**. Wiedereinhaltung des Grundgesetzes, des Nürnberger Kodexes und des Menschenrechtes in Wortlaut und Sinn. **3**. Neuwahlen, Brechung des Parteienprivilegs, imperatives Mandat. **4**. Volksentscheide über alle grundlegenden Angelegenheiten. **5**. Verfassungserneuerung auf Basis des Grundgesetzes mit Wirtschafts- und Sozialcharta. **Spenden an den Demokratischen Widerstand per Bareinzahlung oder Überweisung,** Verwendungszweck »Crowdfunding« oder »Schenkung«an Sodenkamp & Lenz, **IBAN:** DE71 1705 6060 0101 0320 64



Es sind unsere Paläste

Der Preis der Republik geht an Jimmy Gerum.

LAUDATIO von Hendrik Sodenkamp

Mit unfassbarer Ausdauer und Energie setzt er sich für die Demokratisierung des Öffentlich-Rechtlichen Rundfunks ein: Jimmy Gerum.

Während viele nach Jahrzehnten der Lüge, Verdummung und Verleumdung den Glauben an die GEZ-Medien bereits aufgegeben haben, beharrt er auf dem gebrochenen Versprechen: Die öffentlich-rechtlichen Medien können eine wichtige Funktion in der Demokratie einnehmen. Neben vielen unternehmerisch agierenden Medienbetrieben soll es auch den Anker eines großen, demokratisch organisierten Rundfunks geben.

Mit seiner Intitiative *Leuchtturm ARD* organisiert Jimmy Gerum Mahnwachen vor den großen GEZ-Sendeanstalten. Jede Woche aufs Neue und es werden immer mehr. Und immer werden es mehr. Dabei machen er und seine Mitstreiter unmissverständlich klar: Wir sind die letzte Hoffnung für diese Sendeanstalten. Die britische Regierung strich bereits die Mittel für die *BBC*, nachdem britische Demokraten die Konzernfilialen zuhauf besucht hatten, um ihre Verleumder zur Rede zu stellen.

Dass die Glaubwürdigkeit der zu Propaganda-Organen herabgesunkenen *ÖRR*-Sender gen Null geht, ist auch den dort tätigen Journalisten klar. Um irgendwie noch fortexistieren zu können, wurde nach dem vollständigen Versagen unter Corona, dutzenden Korruptionsskandalen und dem Druck des Leuchtturms von *ARD*-Chef Tom Buhrow eine *Fake*-Reform von oben ausgerufen. Gerum und die Demokraten machen jedoch klar: Reform, gerne! Aber nicht ohne uns.

Wie Jimmy Gerum es schafft, diese Schlagzahl an in Parlamentsanhörungen, Demonstrationen und in Kongressen seit Monaten mit dieser guten Laune und diesem Sendungsbewusstsein zu bewältigen, ist beeindruckend. Jimmy Gerum und der Leuchtturm schreiben Geschichte. Für den unermüdlichen Einsatz, die Klarheit und das Beharren auf Demokratie in unser aller Strukturen gebührt ihm Dank, Respekt und der Preis der Republik.

DER PREIS DER REPUBLIK FÜR AUFKLÄRUNG, COURAGE, FREIE DEBATTE, GRUNDGESETZ UND DEMOKRATIE GEHT AN JIMMY GERUM. DIE AUSZEICHNUNG WIRD SEIT DEM 27. JUNI 2020 VOM UNTERSTÜTZERVEREIN DIESER WOCHENZEITUNG IN FORM EINER MEDAILLE AM BAND VERGEBEN.

Alle Preisträger: Stephan Kohn, Prof. Sucharit Bhakdi, Dr. Alexander Richter, Prof. Karina Reiß, Dr. Walter Weber und die Ärzte für Aufklärung, 1,3 Millionen vom 1. August in Berlin, Ken Jebsen, Alexandra Wester und Joshiko Saibou, zwei Heldinnen vom 29. August in Berlin, remonstrierende Polizisten, Tommy Hansen, Alexander Ehrlich, Jens Wernicke, Friederike Pfeiffer-de Bruin, Sebastian Götz, Markus Haintz, Sebastian Friebel, Viviane Fischer, Beate Bahner, Louise Creffield, André und Mona, Sibylle plus Martin und Söhne, Ralf Ludwig, Nana Domena Lifestyler, Ilona Si Moussa, Sören Pohlen, Dr. Wolfgang Wodarg, Daniel Igwe, Boris Reitschuster, Dr. Reiner Füllmich, Michael Ballweg, Dr. Klaus Hartmann, Karl Hilz, Ines Teetzen, Matthias Guericke, Michael Fritsch, Ricardo Lange, Dolli, Dr. Louis Fouché, Sabine Langer, Dietmar Lucas, Sarah aus Kassel, Doris und Aya, Captain Future, Silvia Loew, Roman Mironov, Heiko Schöning, Monika Bonnes, Michael Hatzius, Margot Winkler, Claudius Baum (Polizist aus Siegen), Harrison, Friedemann Däblitz, Nicki Minaj, Freddy Independent, Dirk Sattelmaier, Perin Dinekli, Volker Bruch, Nils Wehner, Batseba N'Diaye, Martin Kugelmann, Monica Smit, Christian Krähling, Volkmar Zimmermann, Ulrike Guérot, Miriam Stein, Lisa Fitz, Dr. Friedrich Pürner, Owe Schattauer, Dr. Bodo Schiffmann, Eugen Drewermann, Julia Neigel, Thomas Röper, Dietrich Brüggemann, Henning Rosenbusch, Michael Meyen, Avital Livny, Sabrina Kollmorgen, Gunnar Kaiser, Tom Meert, Julian Assange, Ria Makei, Dr. med. Carola Javid-Kistel, Andreas Schöfbeck, Prof. Dr. med. Harald Matthes, Uli Gellermann, Dr. Paul Brandenburg, Tim Röhn, Prof. Giorgio Agamben, Vera Sharav, Silke Martens, Tom Lausen, Hans-Eberhard Schultz, Christian Kreiß, Susanne Köhler, Général Christian Blanchon, Markus Fiedler, Dr. med. Ronald Weikl, Rolf Kron, Andreas Sönnichsen, Chelsea Manning, Dr. Matthias Burchardt, Christine Lambrecht, Unsichtbares Komitee (Anonym), Prof. Dr. Martin Schwab, unbekannten Verteiler, Eric Clapton, Dr. Gunter Frank, »München steht auf«, Yann Song King, Peter Hahne, Christian Dettmar, Axel Turck, Novak Djokovic, Dr. Daniele Ganser, Marco Rima, Youtuber Weichreite.



Das Bankkonto dieser Zeitung wurde im April 2023 vonseiten der Bank einfach dicht gemacht. Die zwölfte Kontosperrung innerhalb von drei Jahren. Warum wird das veranlasst? Opposition und Kritik sollen verstummen, »trocken gelegt werden« (Nancy Faeser, Bundesinnenministerin) und spurlos verschwinden. Diese gedruckte ZEITUNG schreibt Geschichte seit #DW1 vom 17. April 2020. Es folgt unsere neue Crowdfunding-Bankverbindung. Danke!

Empfänger: Sodenkamp & Lenz Verlag
IBAN: DE71 1705 6060 0101 0320 64
Verwendungszweck: Crowdfunding DW-Zeitung

DEMOKRATISCHERWIDERSTAND.DE

Ein Nachruf die *Taz*

EINWURF von Werner Köhne

Ein gewisser Patrick Guyton, seines Zeichens Journalist, machte jüngst deutlich, was aus der *taz* geworden ist: ein Blatt, das inzwischen vor Bösartigkeiten und Hirnlosigkeiten nur so strotzt.

So wurde jüngst vom genannten Patrick Guyton ein Kübel von Jauche über den Kommunikationswissenschaftler Michael Meyen ausgeschüttet. Dabei wurde kein nachvollziebares Argument gegen Meyens erhellende Einsichten in die Innenwelt der Medien aufgeführt; nur vereinzelte Stimmen von Studenten wurden herangezogen, die Meyens Forschungen dadurch abwerteten, indem sie ausschließlich auf die Zerstörung der Person zielten. Das ist inzwischen Mode geworden und hat Methode.

Ich rate jedem, der solchen Faktencheck-Manövern auf den Leim geht, sich noch einmal die zweite Fassung von Kants kategorischem Imperativ vor Augen zu führen: Da heißt es sinngemäß, dass der Mensch im anderen Menschen einen Zweck an sich selbst sehen muss und diesen nicht für seine eigenen Zwecke instrumentalisieren darf.

Seien wir ehrlich; dieser Imperativ besagt schlicht: Selbst der Normalo – mitunter auch wir selbst – ist vor dem Gerichtshof Kants ein Charakterschwein. Ja, in seiner täglichen Wurschtelei zwecks eigener Vorteilsnahme auf Kosten anderer erweist er sich als noch niederträchtiger als ein Todschläger, der seiner Sinne nicht mächtig ist, und dem deshalb für Augenblicke die Fähigkeit der Distanzbildung zwischen einem Gedanken und einem Hintergedanken verlustig geht.

Kant tritt mit diesem Imperativ bedingungsloser und härter auf als Moses mit den zehn Geboten. Offensichtlich hat sich die Kultur des Hintergedankens – was ist widerlicher als diese Kultur! – in den letzten Jahren in einer Weise etabliert, die erdrückend scheint. Welcher Gedanke ist heute überhaupt noch mehr als ein Hintergedanke; ja, wird überhaupt noch gedacht? Hat das Denken eine Zukunft?

Als die *taz* vor etwa 40 Jahren vom Förderband gelassen wurde, war die interessanteste Seite die mit den Leserbriefen, die ganz hinten war. Sie bildete ein breit gestreutes Forum für links alternatives Leben – damals noch mit wenigen Hintergedanken beschwert. Ach *taz*: RiP, Requiescat in pace – ruhe in (Un) frieden!



»ACHTUNG, DIKTATUR!«

Mediziner warnen eindringlich vor der Instrumentalisierung von Krankheit

Von Hendrik Sodenkamp

Ärzteverbände laufen Sturm. Die geplante Änderung der Internationalen Gesundheitsvorschriften (IHR) sowie der angekündigte Pandemievertrag bekommen Widerstand.

Soviel Einigkeit war zuletzt selten innerhalb der Demokratiebewegung zu beobachten. Sowohl der Berufsverband Ärzte für Aufklärung, als auf die Gesellschaft der Mediziner und Wissenschaftler für Gesundheit, Freiheit und Demokratie (MWGFD), der Ärztliche Verband Hippokratischer Eid und die Wissenschaftliche Initiative Gesundheit für Österreich warnen vor der den kommenden Schritten der Weltgesundheitsorganisation, organisieren Petitionen, Offene Briefe und – wie am Montag, den 8. Mai 2023 – Pressekonferenzen.

Geladen hatten die Wissenschaftler des MWGFD für ein Pressesymposium in München. Vier Stunden waren dafür angesetzt worden, um die Hintergründe und Folgen der Änderungen der Internationalen Gesundheitsvorschriften (IHR), die bei einer Konferenz vom 21. bis zum 30. Mai in Genf von den internationalen Regierungsvertretern verabschiedete werden sollen, und die Änderung der WHO-Verfassung vorzustellen. Den Anfang des demokratischen Symposiums machte der Kieler Epidemiologe Prof. Sucharit Bhakdi, der die neuesten Erkenntnisse zur Gefährlichkeit der Corona-Spritzen vorstellte. Die WHO habe das Ziel verkündet genbasierte Impfungen so flächendeckend wie möglich einzuführen, so Sucharit Bhakdi. Dadurch würde die WHO mit einer Macht ausgestattet werden, fremde Gene bei Mensch und Tier zu verteilen. Eine solche Machtfülle sei ethisch nicht zu vertreten.

Der Phyiker Professor Werner Bergholz stellte im Anschluss seine Erkenntnisse zur Vertrauenswürdigkeit der WHO vor. Die WHO falle bei jeder herkömmlichen Qualitätsprüfung durch, so Bergholz. Die Institution sei eine streng hierarchische Organisation, bei der Fehler der Leitung nicht korrigiert werden könnten. Die WHO ist, so das Fazit des Naturwissenschaftlers Bergholz, eine Organisation, »die dermaßen dysfunktional und so wenig an harten Zahlen, Daten und Fakten orientiert ist, dass es völlig ausgeschlossen ist und grob fahrlässig wäre, die WHO mit solchen Vollmachten zu betrauen«.

JENSEITS DES GESETZES HERRSCHT GEWALT

Der Mediziner und ehemalige Amtsarzt Dr. Wolfgang Wodarg trug hierbei noch seine umfangreichen Erfahrungen und Erkenntnisse aus den *Fake*-Pandemien Vogel- und Schweinegrippe bei. Die WHO sei im Zuge der Privatisierung durch sogenannte *Public-Private-Partnerships* immer abhängiger von Mitteln der Konzerne geworden. Eine institutionalisierte Korruption habe sich dadurch etabliert. »Nicht legitimierte Organisationen sind gerade dabei, unsere regional-nationale Vielfalt aufzulösen und sich deren Trümmer zu Diensten zu machen«, so Wodarg. Jede weitere Ermächtigung der WHO würde mit einem »unerhört dummdreisten und gefährlichen Zugriff privater Interessen auf Menschenrechte, Demokratie, Rechtsstaatlichkeit und kulturelle Vielfalt« einhergehen.

Worin die geplanten Ermächtigungen und Vollmachten der WHO bestehen, stellte Uwe Kranz vor, ehemaliger Präsident des Landeskriminalamts Thüringen. Die Änderung der Internationalen Gesundheitsvorschriften (IHR) und die neue Verfassung der WHO (CA+) würden zu einer Streichung von Menschenrecht und Würde als Grundprinzipien der internationalen Organisation führen. Von der WHO getroffene Entscheidungen, basierend auf selbst angefertigten Modellen, sollen hiermit verbindlich für sämtliche Mitgliedsstaaten werden. Dadurch würde Staaten mindestens partiell und temporär die Souveränität entzogen. Auch sollen Mittel des Zwangs gegen unwillige jedoch demokratisch legitimierte Staaten eingesetzt werden. Hinzu kommen, laut Kranz, international abgestimmt Instrumente zur Bekämpfung von »Desinformation« (siehe Seite 11), die von der WHO entwickelt und angewendet werden. Zudem arbeite die WHO an einer Gen-Überwachungsstrategie (*Genomic Surveillance Strategy*), die eine Kontrolle auf mikroskopischer Ebene zur Folge hätte. Ein Unterzeichnen der neuen und vorliegenden Konventionen durch die Bundesregierung im Mai würde tragende Säulen des Grundgesetzes in Frage stellen oder sogar explizit aufheben. Laut Kranz: Hochverrat. Deutschland müsse eigentlich aus der WHO austreten, so Kranz' Fazit.

Sogar eine ehemalige Mitarbeiterin der Weltgesundheitsorganisation sprach auf dem Symposium. Die Verwaltungsjuristin Sivia Behrend rief dazu auf, dass die Änderungen der IHR und der Internationale Pandemievertrag unverzüglich gestoppt werden müsse. Die WHO-Doktrin der globalen Gesundheitssicherheit sei ein politisches Konzept, das auf der Basis von Ausnahmezustände operiere (siehe hierzu auch »Das Konspirationistische Manifest«, Sodenkamp & Lenz, 2023), um im Falle einer »Sicherheitsheitsbedrohung« technokratische, schlagkräftige und unmittelbare Gegenmaßnahmen zu setzen. Ziel des WHO-Konzepts sei nicht der bestmögliche Schutz der Menschen vor gefährlichen Krankheiten, sondern die Entwicklung neuartiger Impfstoffe gegen laborbasierte Virusvarianten. An den WHO-Plänen kritisiert sie außerdem, dass wesentliche Entscheidungen der Nationalstaaten über verhältnismäßige Pandemiemaßnahmen – sollten sie wirklich einmal notwendig sein – auf die globale WHO-Ebene verlagert werden, die »außerhalb der nationalen Rechtsordnung operiert und für den Einzelnen eine unüberprüfbare Grundrechtsverletzung darstellen kann.« Zweitens sähen die Entwürfe vor, Seuchen ausschließlich durch industrielle, logistische und finanzielle Kapazitäten zu bewältigen. Der technokratische Ansatz werde »unter dem Deckmantel der Prävention zur staatlichen Dauerlösung, während andere Bereiche des öffentlichen Gesundheitswesen untergehen«. Außerdem sehen die WHO-Pläne eine ständige Überwachung von Menschen, Tieren und Umwelt vor. Bereits jetzt sei in Deutschland mit dem sogenannten *WHO Hub for Pandemic and Epidemic Intelligence* eine Art pandemischer Geheimdienst aufgebaut worden. Sie forderte eine Aufhebung der Immunität der WHO und anderer UN-Organisationen, und die Einführung einer Rechtskontrolle.

PARTEIEN SCHAFFEN DAS PARLAMENT AB

Danach sieht es gerade gar nicht aus: Am 10 Mai 2023 brachte die Regierungskoalition Ampel einen Antrag »zur Stärkung der WHO« ein. »Eine gestärkte WHO kann für ein effizienteres globales Pandemiemanagement sorgen, so Ampel-Politiker.« Außerdem sollen laut den Regierungsfraktionen »Reformen der WHO vorangetrieben werden, um ihre *Governance* (dt. etwa Herrschaft oder Verwaltungsmacht), Effizienz, Unabhängigkeit, Kapazität, Rechenschaftspflicht und die Durchsetzungsfähigkeit von Regeln (!) zu stärken.« Die Vorträge der demokratischen Ärzteverbände hinterließen bei den Anwesenden am Montag bleibenden Eindruck. Briefkampagenen und Petitionen wurden gestartet. Wann und wo Großdemonstrationen gegen die Änderung der IHR und den Putsch der WHO stattfinden werden, war bei Redaktionsschluss noch nicht bekannt.



Demokratin mit Ausgabe 91 dieser Zeitung. Foto: Georgi Belickin



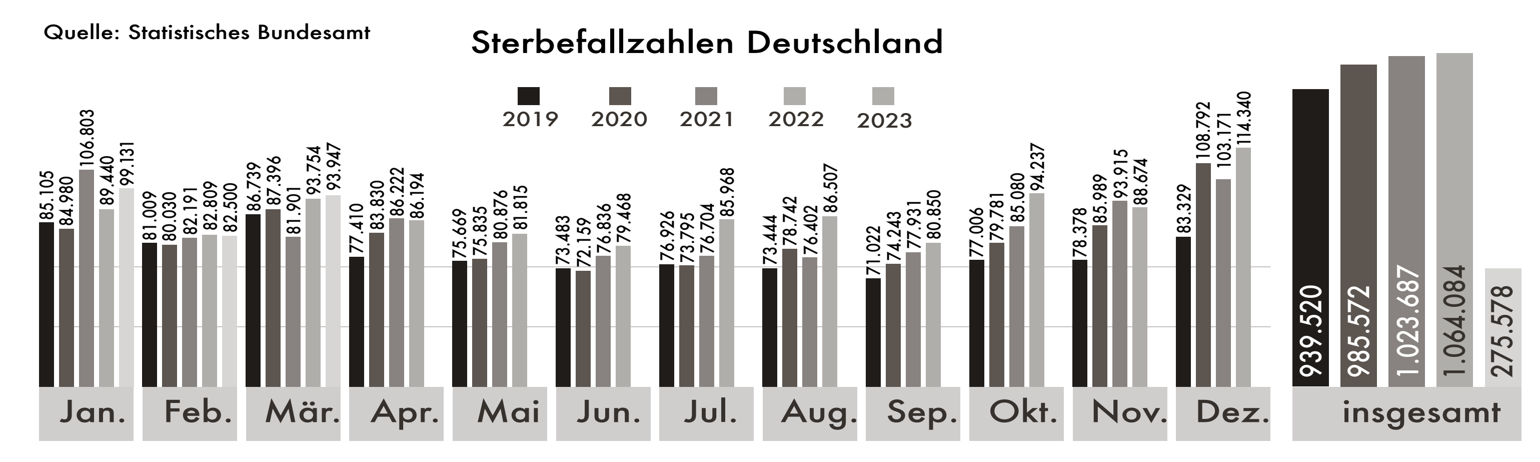
Foto: NaturheilMagazin

»Der Pandemievertrag und die vorgeschlagenen Änderungen der internationalen Gesundheitsvorschriften (IHR) verleihen der Weltgesundheitsorganisation und deren Generaldirektor einzigartige »Notfall«-Befugnisse, darunter undemokratische Eingriffe in die staatliche Souveränität demokratischer Staaten, unkalkulierbare Kosten, Zensur auf allen Ebenen und den Verlust von Würde, Menschenrechten und Freiheiten.«

– Dr. Walter Weber, Hamburg, Ärzte für Aufklärung

Fazit beim Abwägen des Nutzen-Risiko-Verhältnisses:





WAS ZEIGT DIE MEDIZINISCHE GRAFIK?

Oben sehen Sie die Sterbefallzahlen im Vergleich der Jahre. Es wird klar: Es gab nie eine gemeingefährliche Seuche. Die Sterbefälle halten sich im Jahr 2020 im Rahmen der Vorjahre. Zieht man die Geburtenstärke der Jahrgänge um 1940 mit ein, hatten wir 2020 sogar eine Untersterblichkeit.

Erst mit dem Beginn der Impfkampagne im Dezember 2020 zieht die Übersterblichkeit an. Ebenso zeichnen sich ab 2021 die Schäden der »Corona-Maßnahmen« ab. Im Herbst 2022 und dem Winter 2022/23 wird sogar ein Anstieg der Sterblichkeit von bis zu 20 Prozent verzeichnet. Der Grund: Die Injektionen.
Die Zahlen sind die aktuellen des Statistischen Bundesamtes.

Nach der Plandemie ist vor der Plandemie

Neues aus Absdurdistan: Der satirische Wochenrückblick
Von Klaus Müller

Liebe Leser, diese Woche habe ich gleich zu Beginn mal eine richtig gute Nachricht: Die *WHO* hat den Corona-Notstand und damit die sogenannte Pandemie beendet. Ich als Spritzenverweigerer, der eigentlich längst die Radieschen von unten betrachten müsste, kann somit nach drei harten Jahren nun endlich wieder ruhig schlafen. Puh, nochmal Glück gehabt.

Aber wie heißt es so schön gemäß Fußball-Legende Sepp Herberger (leicht abgewandelt): Nach der Plandemie ist vor der Plandemie. Und wie gerufen, meldet sich nun plötzlich Christian Drosten zurück aus der Versenkung. Was für ein geniales *Timing*! Gegenüber Zeitungen der *Funke Mediengruppe* sagte der Virologe, er rechne damit, dass nach Corona neue Pandemien kommen. Tja, wer hätte das gedacht? Dazu fällt mir spontan ein legendäres Zitat aus dem Filmklassiker *Pulp Fiction* ein: »Der Pfad der Gerechten ist zu beiden Seiten gesäumt mit Freveleien der Selbstsüchtigen und der Tyrannei böser Männer.« Zu den Gerechten zählt dieser Drosten wohl eher nicht. Ganz oben auf seiner Liste stehe übrigens das Mers-Virus, ein über die Atemluft übertragbarer Erreger, der im Mittleren Osten bei Dromedarkamelen weit verbreitet sei. Drosten: »Meine Sorge ist, dass sich auf diese Weise eine Variante bildet, die zu einer weltweiten Pandemie führen kann.« Ja, klar!

Schweinegrippe, Vogelgrippe, Fledermäuse, jetzt noch Dromedare – da soll man mal den Überblick behalten. Ach ja, nicht zu vergessen die Stechmücken. Die übertragen nämlich das West-Nil-Virus, das Gehirnentzündungen auslösen könne. Es stamme ursprünglich aus Afrika und zeigte sich, wie Drosten weiß, zuletzt auch vermehrt in Deutschland. Die bösen Mücken kämen inzwischen in Berlin und in großen Teilen Ostdeutschlands vor. Verantwortlich für diese wirklich besorgniserregende Entwicklung sei – großer Trommelwirbel – der Klimawandel. Natürlich! Was auch sonst? Da dies aber noch nicht reicht, werden auch die Affenpocken wieder hervorgekramt: »Drosten warnt vor einer zunehmenden Bedrohung«, titelt *t-online*. Besonders eifrig in Sachen Alarmstimmung ist die *Berliner Morgenpost* (Foto). Mit Verlaub, aber wer nimmt diesen Schwachsinn noch ernst?

Übrigens: Gegen das West-Nil-Virus werde es demnächst – was für ein Glück – wohl einen »Impfstoff« geben. Drosten: »Die Forschung dazu läuft.« Ja, daran habe ich nicht den geringsten Zweifel. *Big Pharma* hat doch schließlich an der Gesundheit der Menschen genauso viel Interesse wie die Kriegsindustrie am Frieden oder die Regierungen an aufgeweckten Bürgern. Und

VIROLOGE
Drosten warnt vor weltweiter Pandemie mit Mers-Virus
Aktualisiert: 05.05.2023, 21:00 | Lesedauer: 2 Minuten

Erste Fälle in Berlin: Drosten warnt vor West-Nil-Virus
Aufgrund des Klimawandels breitet sich das West-Nil-Virus vermehrt in Europa aus. Nun warnt der Berliner Virologe Christian Drosten.
epd
06.05.2023 | 12:10 Uhr

INFEKTIONEN
Virologe Drosten: Das droht jetzt bei den Affenpocken
Aktualisiert: 07.05.2023, 21:00

So einfach produzieren die *Mainstream*-Medien Schlagzeilen: Die *Berliner Morgenpost* tauscht Tag für Tag einfach nur das Virus aus, ersetzt es durch ein anderes und versucht so, Angst und Panik hochzuhalten. Netter Versuch. Foto: *Screenshot morgenpost.de*

wenn das Spritzzeug nicht gleich verfügbar ist, macht man halt wieder *Lockdowns*. Hat ja schon einmal bestens funktioniert.

Dennoch bin ich etwas verwirrt: Mers-Virus, West-Nil-Virus, Affenpocken – können wir uns vielleicht mal auf die nächste Plandemie einigen? Oder gibt es gleich mehrere auf einmal nach dem Motto: Sicher ist sicher. Wer weiß schon, was die sich noch alles einfallen lassen. Vielleicht ja auch mal was Bösartiges, das von unseren Haustieren ausgeht. Diese sind doch ohnehin schon in Verruf geraten, weil sie zu viel CO2 verursachen und somit umweltschädlich sind. Na, gut – voilà: Hunde und Katzen sollen, wie *report24* vermeldet, laut einer Studie aus Portugal *Superbugs*-Überträger sein. Dabei handelt es sich um antibiotikaresistente Keime und zwar um dieselben Stämme, die auch Menschen gefährlich werden könnten. Die Forscher hätten auch die Übertragung nachgewiesen. Im vergangenen Jahr waren bereits Hamster, Meerschweinchen und Hasen ins Visier der Gesundheitsbehörden geraten – als potenzielle Überträger der Affenpocken. Und zu Beginn der Corona-Pandemie hatte die britische Regierung gar erwogen, alle Hauskatzen in Großbritannien auszurotten.

Geht's noch irrer? Ich vermute: Ja. Das beweisen die Machthaber schließlich jede Woche aufs Neue. Vielleicht sollen wir demnächst die Singvögel aus unseren Gärten vertreiben. Oder die Regenwürmer. Lassen wir uns überraschen!



Klaus Müller war viele Jahre als Sport- und Musikredakteur tätig, arbeitet seit 15 Jahren als freiberuflicher People-Journalist.

DIE PANDEMISCHE LAGE

Ein rechtlicher Rückblick | Von Gordon Pankalla

Die Corona-Pandemie gilt nicht mehr als internationaler Gesundheitsnotstand. Der Chef der *Weltgesundheitsorganisation (WHO)* Tedros Adhanom Ghebreyesus verkündete am 5. Mai 2023 in Genf die Aufhebung der höchsten Alarmstufe. Aber welche Auswirkungen hat diese Entscheidung nun rechtlich für die Corona-Maßnahmen in Deutschland?

Schauen wir dafür zurück: Die *WHO* rief am 30. Januar des Jahres 2020 die »gesundheitliche Notlage von internationaler Tragweite« wegen des Coronavirus' aus. Der Deutsche Bundestag beschloss daraufhin am 28. März 2020 eine »epidemischen Lage von nationaler Tragweite«. Damals fragte ich mich, was diese Begriffskomposition eigentlich bedeuten soll. Eine Definition für eine »epidemischen Lage« war nicht zu finden, auch die Presse trug nicht zu einer Klärung bei. Damals machte ich mein erstes Video bei *YouTube* – »Was ist eigentlich eine pandemische Lage?« – und wunderte mich, warum ich im *ZDF* zu dieser Frage nichts zu hören und sehen bekam.

So dachten jedenfalls viele Menschen, dass die Einschränkung der Grundrechte aufgrund dieser epidemischen Lage erfolgen würde. Diese Annahme ist aber falsch, wie auch ich erst später feststellte, nachdem ich mir das Infektionsschutzgesetz (IfSG) angeschaut hatte – was ich vorher nicht kannte. Dort war von einer »epidemischen Lage« gar nicht die Rede. Erst mit dem sogenannten Dritten Gesetz zum Schutz der Bevölkerung bei einer epidemischen Lage von nationaler Tragweite vom 18. November 2020 wurden in Paragraph 5 Abs. 1 Satz 4 IfSG die Voraussetzungen für die Feststellung einer epidemischen Lage von nationaler Tragweite durch den Deutschen Bundestag in das IfSG aufgenommen und zumindest umschrieben. Dort hieß es ab dann:

»Eine epidemische Lage von nationaler Tragweite liegt vor, wenn eine ernsthafte Gefahr für die öffentliche Gesundheit in der gesamten Bundesrepublik Deutschland besteht, weil:

1. die Weltgesundheitsorganisation eine gesundheitliche Notlage von internationaler Tragweite ausgerufen hat und die Einschleppung einer bedrohlichen übertragbaren Krankheit in die Bundesrepublik Deutschland droht *oder*

2. eine dynamische Ausbreitung einer bedrohlichen übertragbaren Krankheit über mehrere Länder in der Bundesrepublik Deutschland droht oder stattfindet.«

Der Paragraph 5 IfSG hatte aber mit den Corona Maßnahmen und den damit verbundenen Einschränkungen der Grundrechte gegenüber den Bürgern gar nichts zu tun, sondern regelte die Befugnisse des Gesundheitsministers, dass dieser zum Beispiel Impfstoffe einkaufen oder auch den Preis dafür festlegen kann. Ferner ist die pandemische Lage auch nicht zwingend an die *WHO* geknüpft, denn im Gesetz gibt es dieses »oder«, sodass auch deutsche Entitäten die dynamische Ausbreitung einer bedrohlichen übertragbaren Krankheit feststellen können. Die »drohende dynamische Ausbreitung« reichte also zur Begründung der Feststellung der pandemischen Lage völlig aus.

»ERFORDERLICHE MASSNAHMEN«

Die Covid-Maßnahmen gegen die Bevölkerung wurden bis zum November 2020 nach dem butterweichen Paragraphen 28 des IfSG beschlossen, der nur besagt, dass zur Verhinderung übertragbarer Krankheiten die erforderlichen Maßnahmen getroffen werden können. Diese Maßnahmen sind dann entsprechend von den Ländern zu beschließen und nicht vom Bund. Und damit fing der Corona-Maßnahmen-Wahnsinn und auch der Wettbewerb an. Diejenigen Länderchefs, die die strengsten Maßnahmen verhängten, wurden bejubelt, während die Landesfürsten, die zögerlich waren, in den Medien an den Pranger gestellt wurden. Ein umsichtiger Armin Laschet *(CDU)* war den Medien stets zu lasch – sicherlich auch ein Grund dafür, warum Laschet kein Bundeskanzler wurde.

Kaum einer fragte sich, ob diese Maßnahmen tatsächlich erforderlich waren, wie das Gesetz es verlangt. An dieser Stelle kommt die inzwischen allen bekannte Verhältnismäßigkeitsprüfung ins Spiel. Eine Maßnahme muss geeignet, erforderlich und auch verhältnismäßig im engeren Sinne sein. Ob dies der Fall war, stellten die Verwaltungsgerichte stets nur in Eilentscheidungen fest und zwar ohne, dass sie sich umfassend informiert hätten. Diese Entscheidungen stellten immer nur fest: Das *Robert-Koch-Institut* hat gesagt, das etwas so oder so ist. Über diesen Prüfungsmaßstab ärgerten sich viele Anwälte, denn Verwaltungsgerichte sind dazu verpflichtet, von sich aus den Sachverhalt zu ermitteln – da reicht es eben nicht aus, dass man sich stets den Modellrechnungen des *RKI* anschließt.

VERORDNUNG REICHT NICHT? NA, DANN KOMMT EIN GESETZ!

Dieses »Spielchen« fand ein Ende, nachdem auch die Verwaltungsgerichte ihre Zweifel daran bekamen, ob man auf Dauer ohne ein Gesetz die Grundrechte nur aufgrund von Verordnungen einschränken kann. So entschied am 5. November 2020 der bayerische Verwaltungsgerichtshof: »Nach Auffassung des Senats bestehen erhebliche Zweifel, ob die mit dem vorliegenden Eilantrag angegriffenen Maßnahmen noch mit den Anforderungen des Parlamentsvorbehalts bzw. des Bestimmtheitsgebots aus Artikel 80 Absatz 1 Satz 1 und 2 des Grundgesetzes vereinbar sind. Mittlerweile erfolgen – jedenfalls im antragsgegenständlichen Wirtschaftszweig des Hotel- und Gaststättengewerbes – erhebliche Grundrechtseingriffe über einen längeren Zeitraum allein durch die Exekutive, wobei mit der Dauer der Maßnahmen und der Intensität der mit ihnen verbundenen Grundrechtseingriffe die Frage an Gewicht gewinnt, ob die Verordnungsermächtigung zugunsten der Länder in den Paragraphen 28, 32 IfSG noch den verfassungsrechtlichen Anforderungen aus Artikel 80 Absatz Satz 1 und Satz 2 des Grundgesetzes genügt.«

Fortsetzung auf Seite 5

Fortsetzung von Seite 4

Die Regierung war daher nun dazu gezwungen, sich etwas Neues einfallen zu lassen als das weitere »Herumgewurschtel« mit der Generalklausel nach Paragraph 28 IfSG. In den Medien wurde damals kommuniziert, dass die Menschen sich eine einheitliche Regelung »wünschten«, und so kam es am 18. November 2020 zu dem bereits oben genannten Corona-Gesetz. Erstmals wurde nun definiert, was eine pandemische Lage überhaupt ist und welche Maßnahmen unter welchen Bedingungen in Kraft treten sollten. Zu diesem Zweck wurde der Inzidenzwert erfunden. Für einen Tag X werden alle gemeldeten Neuinfektionen der jeweils (davor) zurückliegenden sieben Tage addiert. Die Summe wird durch die Einwohnerzahl des Kreises geteilt. Danach wird dieser Wert mit 100.000 multipliziert.

Versteht zwar keiner, ist aber auch egal – hört sich einfach wichtig an und ist nicht nachvollziehbar. Von dem bis dahin »im Trend« liegenden R-Wert wollte man nun nichts mehr wissen. Ebenso wie später der Inzidenzwert als unsinnig erklärt wurde und die Überbelegung der Intensivstationen an Wichtigkeit gewinnen sollte. Warum man dies nicht von Anfang an als Maßstab für ein am Rande seiner Grenzen befindenden Gesundheitssystems genommen hat, ist einfach zu erklären: Im großen Pandemie-Jahr 2020 waren die Krankenhäuser leer und nachfolgend hat man genug Anreize dafür geschaffen, Intensivbetten eher abzubauen als auszubauen.

Wie dem auch sei, jedenfalls hatte man nun eine neue Regelung geschaffen, damit die Gerichte erst mal Ruhe geben konnten. Ab einem Inzidenzwert von 100 sollten dann, nach der sogenannten Bundes-Notbremse im April 2021, auch wieder *Lockdowns* verhängt werden können. Wobei erst im Mai 2021 der zweite, fast sechs-monatige *Lockdown* in Deutschland endete, nach Willen von Kanzlerin Merkel sollte damals noch eine sogenannte Osterruhe folgen.

Das Corona Gesetz der Bundes-Notbremse enthielt unter anderem folgende Regelungen: Kontaktbeschränkungen für private Treffen drinnen und draußen; Körpernahe Dienstleistungen wurden verboten; Eingeschränkte Freizeit- und Sportmöglichkeiten; Öffnungen von Geschäften wurden verboten; Kultureinrichtungen wurden geschlossen; Ausgangsbeschränkungen im Zeitraum zwischen 22 und 5 Uhr; Verpflichtung für Arbeitgeber *Homeoffice* (dt. Heimarbeit) anzubieten.

EIN EINZIGER AUSWEG

Mürbe gemacht, war es für viele »ein Glück«, dass bereits Ende 2020 die angeblich dringend benötigten neuartigen Impfstoffe auf den Markt kamen. Die 101-jährige Edith Kwoizalla aus einem Seniorenzentrum in Halberstadt im Harz, Sachsen-Anhalt, erhielt am 26. Dezember 2020 als erste Bundesbürgerin eine Corona-Impfung. Am 11. Dezember 2021 folgte dann das Gesetz zur Stärkung der Impfprävention gegen Covid-19 durch die neue Ampel-Regierung.

Eingeführt wurden hier eine tägliche Testpflicht am Arbeitsplatz, Maskenpflicht in Bus und Bahn, sowie einige Regelungen dazu, wer impfen darf – so auch Tierärzte. Neben 3G-Regelungen wurden auch die offensichtlich verfassungswidrigen 2G-Regelungen eingeführt, um Menschen zur Impfung zu nötigen.

Sodann einigte man sich auf eine einrichtungs- und unternehmensbezogene Impfpflicht für Menschen im Gesundheitswesen. Wer sich nicht impfen lassen wollte, der sollte durch die Gesundheitsämter vom Arbeitsplatz durch ein Betretungsverbot ausgeschlossen werden können. In Bayern merkte man dagegen, dass dies die Lage in den Krankenhäusern noch verschlimmern würde und sprach keine Betretungsverbote aus.

Zum 25. November 2021 wurde die epidemische Lage von nationaler Tragweite von Regierung und Bundestag für beendet erklärt, dennoch wurden weiterhin Coronamaßnahmen noch bis ins Frühjahr 2022 verordnet. Die Maßnahmen der Länder nach der Generalklausel des Paragraphen 28 des IfSG ab dem März 2020 hatten also nie etwas mit der Feststellung der Pandemie durch die *WHO* zu tun. Die Parteien, die Bundesregierung und der Bundestag haben sich die Gesetze, die sie brauchten, in Eilverfahren einfach selber machen können, dafür brauchten sie keine *WHO*.



Gordon Pankalla ist Demokrat und Rechtsanwalt in der Stadt Köln.



CORONA-IRRENHAUS DEUTSCHLAND – EIN RÜCKBLICK…

… und ein Beitrag gegen das Vergessen

KOLUMNE RECHTSSTAAT

von Prof. Dr. Martin Schwab

Die mediale Dauerbeschallung mit angsterzeugender Propaganda verleitete die Behörden bisweilen zu hysterischen Überreaktionen. Eine Auswahl wird hier präsentiert. Als Beitrag gegen das Vergessen. Damit Vergleichbares nie wieder passieren möge.

Wer erinnert sich noch an den »Corona-Ausbruch« im Tönnies-Werk Mitte Juni 2020? Die Medien überboten sich mit dramatischen Schlagzeilen. Schulen und Kitas wurden geschlossen, 7.000 Menschen in Quarantäne gesetzt (*FAZ* vom 17.6.2020). Die Stadt Verl sperrte ganze Häuserzeilen, in denen Tönnies-Mitarbeiter wohnten, mithilfe von Zäunen ab (*SPIEGEL* vom 20.6.2020). Einige saßen noch im Juli 2020 in Quarantäne – kerngesund und (verständlicherweise) nicht begreifend, weswegen man sie weiterhin festsetzte (*SZ* vom 7.7.2020). Hätte man die Quarantäne-Anordnungen, die damals ergriffen wurden, an den Maßstäben des Urteils des VGH München vom 26.7.2022 (20 B 22.29) gemessen, hätte man sie wohl für rechtswidrig erachten müssen: Der VGH hat in diesem Urteil der Kontaktpersonen-Quarantäne enge Grenzen gezogen.

Entgegen abweichender Darstellung der Behörden schien man sich nur halbherzig darum zu scheren, ob die so Eingesperrten überhaupt noch etwas zu essen zu Hause hatten (*SZ* vom 7.7.2020). Hauptsache, die Leute sind weggesperrt und infizieren niemanden. Die Stadt Menden im Sauerland richtete sogar Lager für Quarantäne-Brecher ein (*SZ* vom 26.3.2020). Ich konnte mich angesichts der Quarantäne-Praxis, die seinerzeit bundesweit geübt wurde, des Eindrucks nicht erwehren, dass Deutschland bei der Seuchenbekämpfung seit dem Mittelalter keinerlei zivilisatorischen Fortschritt zu verzeichnen hat.

Die *WELT* titelte am 24.6.2020: »Woran erkennt man einen Gütersloher?“ und berichtete über die absurde Praxis in einigen Bundesländern, Hotels die Beherbergung von Gästen zu verbieten, die aus Stadt oder Kreis Gütersloh stammen. Menschen aus dieser Gegend wurden andernorts schief angeguckt und fanden dem Vernehmen nach vereinzelt ihre Autos in zerkratztem Zustand vor (*Berliner Zeitung* vom 10.7.2020). Wer aus Gütersloh kam, war auf einmal seuchenverdächtig und wurde behandelt wie Aussätzige zu biblischen Zeiten.

Was um alles in der Welt war in Deutschland geschehen? Es galt schon als (überspitzt ausgedrückt) versuchter Mord mit gemeingefährlichen Mitteln, wenn man es nur wagte, an einem Ort unter freiem Himmel verweilen – sei es im Park, wo die die Polizei ihre Motorradstaffel sowie Hubschrauber einsetzte, um Zuwiderhandlungen aufzuspüren und deren Täter zu vertreiben (»Du bist Halle« vom 11.4.2020), sei es am Rheinufer in Düsseldorf (*24rhein* vom 3.3.2021). Ein junger Mann, dessen »Frevel« darin bestanden hatte, andere junge Leute zu umarmen und abzuklatschen, wurde mit einem Streifenwagen durch einen Hamburger Park gejagt (*RTL* vom 1.3.2021). Die Praxis der Münchner Polizei, Menschen zu vertreiben, die auf einer Parkbank ein Buch lasen, wurde vom *Münchner Merkur* (vom 9.4.2020) mit Recht kritisiert. Einer der wenigen Fälle, in denen auf den etablierten Medienkanälen gegen offensichtliche Exzesse opponiert wurde. Aber auch in Berlin war es verboten, im Park ein Buch zu lesen (*Perspektive Online* vom 30.3.2020).

Kinder haben unter den Corona-Maßnahmen am stärksten gelitten. Über die Exzesse an den Schulen müsste ich eine eigene Kolumne schreiben. Schwer berührt haben mich Berichte, wonach die Polizei »illegale Kindergeburtstage« auflöste – in Duisburg (*Express* vom 20.3.2021), in Hameln (*SPIEGEL* vom 13.1.2021) und in Mittelbiberach (*SZ* vom 4.2.2021). Da wollten liebevolle Eltern ihren Kindern im tristen *Lockdown* wenigstens ein Stück ihrer Unbekümmertheit bewahren – und heraus kam ein Drama, das die Kinder vermutlich jahrelang traumatisieren wird. Eine Schande für unser Land!

Und dann das ultimative PR-Desaster für die Scharfmacher der *Lockdown*-Propaganda: Eine junge Frau, die eine Ausbildung zur Altenpflegerin machte (die sich also berufen fühlte, ihr Berufsleben der Pflege der vielbeschworenen vulnerablen Gruppen zu widmen), wollte nur pünktlich zur Arbeit erscheinen, als sie eines Morgens um 4.50 Uhr das Haus verließ – in Baden-Württemberg, wo seinerzeit eine allgemeine Ausgangssperre vom 20 Uhr bis 5 Uhr galt. Noch vor 5 Uhr geriet sie in eine Polizeikontrolle. Ergebnis: 340 Euro Bußgeld. So berichteten zunächst die *Stuttgarter Zeitung* vom 25.1.2021, dann einige lokale, aber auch einige überregionale Medien (*t-online* vom 28.1.2021; *RTL* vom 30.1.2021).

Dann aber die dramatische Wende: Bei der Stuttgarter Polizei will man den Fall gar nicht kennen; er sei dort nicht aktenkundig (*WELT* vom 29.1.2021; *RND* vom 30.1.2021). Und die Höhe des Bußgeldes könne so auch gar nicht stimmen: Normal seien bei Coronaverstößen 75 Euro. Schnell wird darüber spekuliert, ob die junge Frau auf Betrüger hereingefallen ist (*WELT* vom 29.1.2021) oder andere Verstöße (*RTL* vom 30.1.2021) zu dem hohen Bußgeld geführt haben. Man fragt sich spontan: Ja welche Verstöße denn, wenn es keine Akte gibt? Die junge Frau wollte mit der Presse auf einmal nicht mehr über den Fall reden (*WELT* vom 29.1.2021). Wurde das Bußgeldverfahren vielleicht heimlich gegen die Zusage eingestellt, dass die junge Frau in Zukunft den Mund hält? Oder ist das wieder nur eine Verschwörungstheorie?

MELDUNG

LÄNDERCHEFS DRÄNGEN AUF MEHR GELD VOM BUND

Berlin/DW. Am vergangenen Mittwoch tagten die Ministerpräsidenten und Olaf Scholz *(SPD)* bezüglich der Flüchtlingsfrage. Die Länderchefs fordern mehr Geld vom Kanzler. Unionsfraktionschef Friedrich Merz warnte gegenüber dem *Redaktionsnetzwerk Deutschland (RND)* vor mangelnden Kapazitäten in den Kommunen: »Geflüchtete bei uns gut zu integrieren, hat auch etwas mit der Anzahl von Menschen zu tun, die hier bei uns leben.« Merz weiter: »Der Bundeskanzler sollte erkennen, dass es sinnvoll war und ist, Migration nach Deutschland nachhaltig zu steuern.« Laut dem *Bundesamt für Migration und Flüchtlinge* wurden in den ersten vier Monaten dieses Jahres knapp 102.000 Asylanträge entgegengenommen. Dies entspricht einem Plus von 78 Prozent im Vergleich zum Vorjahr. (kmü)

INSA-UMFRAGE: *AFD* IMMER STÄRKER

Berlin/DW. Die *AfD* ist laut einer *INSA*-Umfrage, über die die *Bild am Sonntag* berichtet, in Ostdeutschland inzwischen die mit Abstand stärkste Partei. Demnach liegt sie in den ostdeutschen Bundesländern (ohne Berlin) bei 26 Prozent und somit deutlich vor der *CDU*, die auf 23 Prozent kommt. Die *SPD* käme auf 20 Prozent, die *Grünen* auf 10 Prozent, die *Linke* liegt bei 9 Prozent, die *FDP* bei 8 Prozent. Für das gesamte Bundesgebiet sieht das Bild etwas anders aus: Hier liegt die *CDU* vorne mit 28 Prozent, die *SPD* rangiert an zweiter Stelle mit 20 Prozent, die *AfD* kommt auf 16 Prozent, die *Grünen* auf 14 Prozent und die *FDP* auf 9 Prozent. *Die Linke* liegt bei nur 4 Prozent. (kmü)



Leuchtturm ARD - ORF - SRG

AACHEN: Donnerstag ab 16 • WDR Studio • Karmeliterstraße 1-3
AUGSBURG: Samstag 15.30 • Augsburger Allg. • Maximilianstr. 3
BAD DÜRKHEIM: Montag 18.00 • Rheinpfalz • Wurstmarkt
BERLIN: Donnerstag ab 18 • RBB Studio • Masurenallee
BREMEN: Donnerstag 17.00 • Radio Bremen • Am Markt 2
DESSAU: Montag 18.00 • Mitteldt. Zeitung • An der Friedensglocke
DORNBIRN: Donnerstag ab 14 • ORF Vorarlberg • Rundfunkplatz 1
ESSEN: Montag 18.00 • WAZ und WDR • Rolandstr./Aalto Theater
FRANKFURT: Donnerstag ab 15 • HR Studio • Bertramstr. 8
HAMBURG: Donnerstag ab 17 • NDR Studio • Rothenbaumchaussee 132
HAMBURG: Donnerstag ab 17 • NDR Tagesschau • Hugh Greene Weg 1
HANNOVER: Donnerstag ab 17 • NDR Funkhaus • Rudolf v. Bennigsen Ufer 22
KASSEL: Mittwoch 11.30 • Radio FFH • Friedrich Ebert Str. 46
KIEL: Donnerstag 16.00 • NDR Studio • Schlossplatz 3
KONSTANZ: Montag 18.00 • SWR Regional • Münsterplatz
KÖLN: Donnerstag 17.00 • WDR Studio • Appellhofplatz 1
LEIPZIG: Montag 19.00 • MDR Sachsen • Augustusplatz
LÜBECK: Montag 17.45 • NDR Media • Docks Behnkai
MAGDEBURG: Montag 18.00 • MDR Sachsen • Eulenspiegelbrunnen
MÜNCHEN: Mittwoch ab 19 • BR Hochhaus • Hopfenstr. 5
OPPENHEIM: Montag 18.00 • SWR Regional • Katharinenkirche
PLAUEN: Montag 17.00 • MDR Regional • Wendedenkmal
POTSDAM: Donnerstag ab 18 • RBB Studio • Marlene-Dietrich-Allee 20
SAARBRÜCKEN: Donnerstag ab 16 • SR Saarland • St Johanner Markt
SCHWEINFURT: Sonntag 18.00 • BR Regional • Am Marktplatz
SCHWERIN: Donnerstag ab 15 • NDR Landesstudio • Schlossgartenallee 61
WIESBADEN: Samstag 13.00 • Wiesb. Kurier • Schulgasse/Neugasse
WOLFSBURG: Samstag ab 11 • Wolfsb. Nachr. • Hugo-Borg-Platz
WÜRZBURG: Donnerstag ab 15 • Bürgerdialog • Oberer Markt
ZUFFENHAUSEN: Montag 18.00 • Stuttg. Zeitung • Brunnen vor Rathaus

IMMER MONTAGS!

ARTERN, 18 Uhr, am Geschwister-Scholl Platz – ALTHÜTTE, 18 Uhr, am Rathaus – BAD LOBENSTEIN, 19 Uhr am Marktplatz – BERLIN-KARLSHORST, 18.30 Uhr, Treskowallee Apotheke – BERLIN-LICHTENBERG, 18 Uhr, am Ringcenter 2 – DARMSTADT-ARLHEILGEN, 18 Uhr, am Löwenplatz – DINGELSTÄDT, 19 Uhr, am Rathaus– EINBECK, 18 Uhr, am Till Eulenspiegel Brunnen – ELMSHORN, 18.30 Uhr, am Rathaus – FREIGERICHT, 18.30 Uhr, am Rathaus – FRITZLAR, 18.00 Uhr, am Marktplatz – GANDERKESEE, 18 Uhr, am Rathaus – GLASHÜTTEN, 18 Uhr, am Bürgerhaus – GRIMMEN, 18 Uhr, am Kulturhaus Europas – HAMMERSBACH, 18 Uhr, am Rathaus – KALTENNORDHEIM, 18 Uhr, am Treibplatz am Parkplatz Nähe Kirche – KÖNIGS WUSTERHAUSEN, 18 Uhr, am Kirchplatz – LAUENBERG, 18 Uhr, am Rathaus – LÜTJENBURG, 18 Uhr, am alten Rathaus – MAASHOLM, 18 Uhr, am Denkmal vor der Schifferkirche – NEUBRANDENBURG, 19 Uhr, am Marktplatz – ORANIENBURG, 18 Uhr, am Schlossplatz – OSTSTEINBECK, 18 Uhr, an der Bücherhalle – SCHLOSSVIPPACH, 19 Uhr, am Rathaus.

DEMOTERMINE DER VERFASSUNGSBEWEGUNG

Senden Sie uns die Termine Ihrer Veranstaltung an: veranstaltung@demokratischerwiderstand.de

Datum/Uhrzeit	Ort	Art
Sa, 13.5.2023 17-20 Uhr	Augsburg, Ladehofstraße	Umzug
Sa, 13.5.2023 11-15 Uhr	Brandenburg an der Havel, Katharinenkirchplatz	Schilderdemo
Sa, 13.5.2023 11-14 Uhr	Celle, Neumarkt	Umzug und Kundgebung
Sa, 13.5.2023 14-19 Uhr	Düsseldorf, Schadowplatz	Demo und Aufzug
Sa, 13.5.2023 15-18 Uhr	Eberbach, Leopoldsplatz	Zusammenkunft
Sa, 13.5.2023 15-18 Uhr	Frankfurt, Bockenheimer Anlage	Friedensdemo
Sa, 13.5.2023 15-16 Uhr	Hamburg, rund um die Binnenalster	Spaziergang
Sa, 13.5.2023 14:30-18 Uhr	Heidelberg, Neckarwiese Höhe Keplerstraße	Aufzug
Sa, 13.5.2023 15-17 Uhr	Krumbach (Schwaben), Stadtgarten	Spaziergang
Sa, 13.5.2023 16-19 Uhr	Salzwedel, Rathausturmplatz	Spaziergang
So, 14.5.2023 18-20 Uhr	Falkensee, Alte Stadthalle	Gottesdienst
So, 14.5.2023 14:30-17 Uhr	Köln, Heumarkt	Kundgebung
Mo, 15.5.2023 19-20:30 Uhr	Aachen, Rathaus Markt	Spaziergang
Mo, 15.5.2023 19-20:30 Uhr	Amberg, Am Markt	Spaziergang
Mo, 15.5.2023 18-20 Uhr	Anger/Oberbayern, Dorfplatz	Spaziergang
Mo, 15.5.2023 18-20 Uhr	Augsburg, wechselnde Startpunkte (bf-schwaben.de)	Spaziergang
Mo, 15.5.2023 19-21 Uhr	Bad Bergzabern, am Schloss	Spaziergang
Mo, 15.5.2023 18-21 Uhr	Bad Homburg, Rathausvorplatz	Spaziergang
Mo, 15.5.2023 18-20 Uhr	Bad Honnef/NRW, Rathausplatz	Spaziergang
Mo, 15.5.2023 18-20 Uhr	Bad Reichenhall, am Rathausplatz	Spaziergang
Mo, 15.5.2023 18-19 Uhr	Balingen, Marktplatz	Spaziergang
Mo, 15.5.2023 19-20:30 Uhr	Bayern, Marktoberdorf am Marktplatz	Spaziergang
Mo, 15.5.2023 19-21 Uhr	Belgern/Sachsen, Markt	Spaziergang
Mo, 15.5.2023 18:30-21 Uhr	Berlin-Karlshorst, Treskow Apotheke	Spaziergang
Mo, 15.5.2023 18-20 Uhr	Berlin-Lichtenberg, Frankfurter Allee- am Ringcenter II	Spaziergang
Mo, 15.5.2023 12-14 Uhr	Berlin-Wedding, Nordufer 20	Mahnwache
Mo, 15.5.2023 18-20 Uhr	Bernau, Rathaus	Demoaufzug
Mo, 15.5.2023 18:30-21 Uhr	Brackenheim (Ba-Wü), Heilbronner/Bandhausstr.	Aufzug mit Abschlusskundgebung
Mo, 15.5.2023 16-18 Uhr	Brandenburg an der Havel, auf dem Märkischen Platz	Schilderdemo
Mo, 15.5.2023 19-21 Uhr	Cottbus, Oberkirche	Lichterspaziergang
Mo, 15.5.2023 17-20 Uhr	Darmstadt, Ludwigsplatz	Mahnwache
Mo, 15.5.2023 19-21 Uhr	Dinslaken, am Rittertor	Spaziergang
Mo, 15.5.2023 18-21 Uhr	Delmenhorst, Kiosk an der Graft	Spaziergang
Mo, 15.5.2023 18-21 Uhr	Duisburg, Rathaus am Burgplatz	Spaziergang
Mo, 15.5.2023 18-21 Uhr	Eberswalde, im Bildungszentrum, Puschkinstr.13	3. Runder Tisch Corona Aufarbeitung
Mo, 15.5.2023 18-20 Uhr	Eberswalde, Marktplatz	Kundgebung
Mo, 15.5.2023 18:30-19 Uhr	Eichwalde, Bahnhofstr./Am Graben	Spaziergang
Mo, 15.5.2023 18-20 Uhr	Eisenhüttenstadt, Friedrich-Wolf-Theater	Spaziergang
Mo, 15.5.2023 18-20 Uhr	Falkensee, alte Stadthalle	Spaziergang
Mo, 15.5.2023 18-20:30 Uhr	Frankfurt am Main, Konstablerwache	Spaziergang
Mo, 15.5.2023 18:30-21 Uhr	Gifhorn, Schillerplatz	Spaziergang
Mo, 15.5.2023 18:30-21 Uhr	Görlitz, Postplatz	Versammlung
Mo, 15.5.2023 19-21 Uhr	Greifswald, am Markt	Demo
Mo, 15.5.2023 19-21 Uhr	Hamburg, Blankeneser Marktplatz	Spaziergang
Mo, 15.5.2023 18-21 Uhr	Hamburg, Bergstedter Markt	Spaziergang
Mo, 15.5.2023 18-20 Uhr	Hameln, am Hochzeitshaus	Spaziergang
Mo, 15.5.2023 18:30-20 Uhr	Heidelberg, am Bismarckdenkmal	Spaziergang
Mo, 15.5.2023 19-21 Uhr	Hennef/Sieg, Rathaus	Spaziergang
Mo, 15.5.2023 18-19:30 Uhr	Jülich, Marktplatz	Spaziergang
Mo, 15.5.2023 18:30-20:30 Uhr	Kaiserslautern, Innenstadt	Spaziergang
Mo, 15.5.2023 18-21 Uhr	Kaufungen, am Kreisel	Spaziergang
Mo, 15.5.2023 18-20 Uhr	Konstanz, Augustinerplatz	Spaziergang
Mo, 15.5.2023 18-20 Uhr	Konstanz, Münsterplatz	Demoaufzug
Mo, 15.5.2023 18-20 Uhr	Korschenbroich, Eingang Stadtverwaltung	Spaziergang
Mo, 15.5.2023 18-21 Uhr	Köln, Roncalliplatz	Spaziergang
Mo, 15.5.2023 18-20 Uhr	Königs Wusterhausen, Kirchplatz	Spaziergang
Mo, 15.5.2023 18-20 Uhr	Landshut, Ländertorplatz	Spaziergang
Mo, 15.5.2023 18-21 Uhr	Leer/Ostfriesland, Denkmalsplatz	Spaziergang
Mo, 15.5.2023 18-19 Uhr	Leipzig, Augustusplatz	Spaziergang
Mo, 15.5.2023 19-21 Uhr	Lippstadt, Rathausplatz	Spaziergang
Mo, 15.5.2023 18-21 Uhr	Magdeburg, Domplatz	Demo
Mo, 15.5.2023 18-20 Uhr	Mannheim, Ehrenhof des Schlosses	Spaziergang
Mo, 15.5.2023 18-20 Uhr	Marbach am Neckar, Schillerdenkmal	Spaziergang
Mo, 15.5.2023 18-20 Uhr	March/Breisgau, Bürgerhaus	Spaziergang
Mo, 15.5.2023 18:30-21 Uhr	Mindelheim, Maximilian Straße 26	Spaziergang
Mo, 15.5.2023 19-20:30 Uhr	Naumburg, Vogelwiese	Spaziergang
Mo, 15.5.2023 19-21 Uhr	Norderstedt, Kino Spektrum	Spaziergang
Mo, 15.5.2023 18:30-20:30 Uhr	Nürnberg, Kornmarkt	Spaziergang
Mo, 15.5.2023 18-20 Uhr	Oldenburg, Rathausmarkt	Spaziergang
Mo, 15.5.2023 18-20 Uhr	Oranienburg, Schloßplatz	Kundgebung
Mo, 15.5.2023 18-20 Uhr	Pforzheim, Marktplatz	Spaziergang
Mo, 15.5.2023 18-20 Uhr	Potsdam, vor dem Filmmuseum	Mahnwache
Mo, 15.5.2023 19-21 Uhr	Prien am Chiemsee, vor dem Rathaus	Spaziergang
Mo, 15.5.2023 18-21 Uhr	Reinheim, Stadtpark	Spaziergang
Mo, 15.5.2023 16:30-17:15 Uhr	Rostock, Stadthafen	Schildermahnwache
Mo, 15.5.2023 18-20 Uhr	Rotenburg (Wümme), Neuer Markt	Spaziergang
Mo, 15.5.2023 18-20 Uhr	Rottweil, Markt	Spaziergang
Mo, 15.5.2023 18-20 Uhr	Salzwedel, am Rathausplatz	Spaziergang
Mo, 15.5.2023 19-21 Uhr	Sauerlach/Bayern, Markt	Spaziergang
Mo, 15.5.2023 18-20 Uhr	Seeheim-Jungenheim, Rathaus	Demo
Mo, 15.5.2023 18-21 Uhr	Senftenberg, Marktplatz	Spaziergang
Mo, 15.5.2023 18-20 Uhr	Siegen, Jakob- Scheiner-Platz	Spaziergang
Mo, 15.5.2023 18:45-20:15 Uhr	Solingen, Am Neumarkt	Spaziergang
Mo, 15.5.2023 17-19 Uhr	Stadthagen, Marktplatz	Montagsdemo
Mo, 15.5.2023 18-21 Uhr	Stralsund, Olof-Palme-Platz	Kundgebung und Aufzug
Mo, 15.5.2023 18-19 Uhr	Sulz am Neckar, Marktplatz	Spaziergang
Mo, 15.5.2023 18-20 Uhr	Tettnang beim Bodensee, Rathausplatz	Spaziergang
Mo, 15.5.2023 18-20 Uhr	Vaterstetten in Oberbayern, Rathaus	Spaziergang
Mo, 15.5.2023 18:30-21 Uhr	Villingen-Schwenningen, Am Alten Rathaus	Spaziergang
Mo, 15.5.2023 18:30-20:30 Uhr	Walsrode/ Heidekreis, Rathaus	Spaziergang
Mo, 15.5.2023 17:30-19 Uhr	Werder(Havel), Plantagenplatz	Spaziergang
Mo, 15.5.2023 18-21 Uhr	Wesseling/NRW, Sankt Germanus Kirche	Demo
Mo, 15.5.2023 19-20:30 Uhr	Weimar, Theaterplatz	Demo
Mo, 15.5.2023 18-20 Uhr	Wismar, Markt	Versammlung
Mo, 15.5.2023 19-21:30 Uhr	Zehdenick (Brandenburg), Marktplatz	Demo und Kundgebung
Di, 16.5.2023 18-21 Uhr	Bernau bei Berlin, Rathaus	Spaziergang
Di, 16.5.2023 18-20 Uhr	Ortenberg/Hessen, Marktplatz	Spaziergang
Di, 16.5.2023 18-20 Uhr	Varel, Rathaus	Spaziergang
Di, 16.5.2023 19-21 Uhr	Wesel am Niederrhein, Martinistraße 6-8	Spaziergang
Di, 16.5.2023 19-21 Uhr	Wolgast, Am Kai	Demoaufzug
Mi, 17.5.2023 19-21 Uhr	Geisa, Am Kulturhaus	Spaziergang
Mi, 17.5.2023 17-19 Uhr	Landshut, Martinskirche	Andacht
Mi, 17.5.2023 19-21 Uhr	Mehrhoog/NRW, Begegnungsstätte	Demo
Mi, 17.5.2023 18-21 Uhr	München, Odeonsplatz	Umzug
Mi, 17.5.2023 19-21 Uhr	Naumburg (Saale), Vogelwiese	Offenes Mikrofon
Mi, 17.5.2023 18-19:30 Uhr	Neckarsulm, Felix-Wankel-Straße/Marktstraße	Treffen
Mi, 17.5.2023 19-20:30 Uhr	Neckartailfingen, Schulhof Liebenauschule	Spaziergang
Mi, 17.5.2023 19-20:30 Uhr	Schulzendorf, Rathaus (Richard-Israel-Str.)	Spaziergang
Mi, 17.5.2023 18-21 Uhr	Zwickau, auf dem Hauptmarkt	Kundgebung
Do, 18.5.2023 18-21 Uhr	Baunatal, am Marktplatz	Spaziergang
Do, 18.5.2023 17:30-18:30 Uhr	Berlin, Tempelhofer Damm/ Ecke M.-v.-Richthofen-Str.	Schilderdemo
Do, 18.5.2023 18-21 Uhr	Demmin, Am Marienhain	Demo
Do, 18.5.2023 15-18 Uhr	Frankfurt, Bertramstr.8	Mahnwache
Do, 18.5.2023 17:30-19 Uhr	Hanau, Großauheim, Rochusplatz	Mahnwache
Do, 18.5.2023 19-21 Uhr	Hennef/Sieg, Rathaus	Spaziergang
Do, 18.5.2023 18:30-21 Uhr	Landsberg/Saalekreis, Markt	Spaziergang
Do, 18.5.2023 17-18:30 Uhr	Rostock, Brunnnen der Lebensfreude	Kundgebung
Do, 18.5.2023 19-21 Uhr	Warstein, am Rathausplatz auf der Treppe	Dialog
Fr, 19.5.2023 18-20 Uhr	Raesfeld/NRW, Rathausplatz	Demo
Sa, 20.5.2023 17-20 Uhr	Augsburg, Ladehofstraße	Umzug
Sa, 20.5.2023 13-16:50 Uhr	Berlin, Freienwalder Str. 15/ ggü. Gedenkstätte Hohenschönhausen	Autokorso
Sa, 20.5.2023 14-19 Uhr	Bochum, Europaplatz	Demo und Aufzug
Sa, 20.5.2023 15-19 Uhr	Düsseldorf, Johannes-Rau-Platz	Demo und Umzug
Sa, 20.5.2023 15-18 Uhr	Eberbach, Leopoldsplatz	Zusammenkunft
Sa, 20.5.2023 13-18 Uhr	Emden, Hafentorplatz	Grundrechtsdemo
Sa, 20.5.2023 14-16 Uhr	Freiburg, Konrad-Adenauer-Platz	Fahrraddemo
Sa, 20.5.2023 15:30-18 Uhr	Kassel, Königsplatz	Demo
Sa, 20.5.2023 18-20 Uhr	Kirchen (Sieg), Rathaus	Spaziergang
Sa, 20.5.2023 15:15-17 Uhr	Krumbach (Schwaben), Stadtgarten	Spaziergang
Sa, 20.5.2023 15:30-18 Uhr	Pforzheim, Marktplatz	Demo
Sa, 20.5.2023 15-17 Uhr	Rostock, Rosengarten	Kundgebung und Aufzug
Sa, 27.5.2023 15-18 Uhr	Bochum, Dr.-Ruer-Platz	Umzug und Kundgebung
Sa, 3.6.2023 14-17 Uhr	Freiburg im Breisgau, Platz der Alten Synagoge	Demoaufzug
Sa, 17.6.2023 14-16 Uhr	Freiburg am Breisgau, am Konzerthaus ggü. Hbf	Fahrraddemo
Sa, 1.7.2023 14-17 Uhr	Freiburg am Breisgau, Platz der alten Synagoge	Schweigemarsch
Mi, 7.7.2023 18-20 Uhr	Heidelberg, Schwanenteichanlage	Demo
Mi, 7.7.2023 18:30-21 Uhr	Huckarde, am Marktplatz	Spaziergang
Sa, 15.7.2023 14-16 Uhr	Freiburg am Breisgau, am Konzerthaus ggü. Hbf	Fahrraddemo
Sa, 15.7.2023 14-16 Uhr	Freiburg am Breisgau, am Konzerthaus ggü. Hbf	Fahrraddemo

Veranstaltungstermine bitte an die E-Mailadresse *veranstaltung@demokratischerwiderstand.de* senden.
Aktuelle Informationen: https://nichtohneuns.de + NEWSLETTER ABONNIEREN



BRAUCHT DIE POLIZEI LEITLINIEN?

KOLUMNE FREUND UND HELFER

Von Arvid Appelt

Kürzlich hielt ich einen alten Artikel aus dem Heft *Polizei Berlin* aus aus dem Jahr 2007 in den Händen. Die Überschrift lautete: »Polizei und Bürger.«

Der Leiter einer Projektgruppe Organisationskultur schrieb dort, dass die Mitarbeiter seiner Gruppe zehn Themenfelder bestimmt hatten, aus denen zehn Selbstverpflichtungsleitsätze destilliert wurden. Die zehn Punkte des Leitbilds der Berliner Polizei aus dem Jahr 2007 waren:

1. Für uns haben im Rahmen der Grundprinzipien der Verfassung die Menschenwürde und die Bindung an Recht und Gesetz zentrale Bedeutung. - 2. Wir orientieren uns an den gesellschaftlichen Werten und deren Wandel, wobei der Mensch bei uns im Mittelpunkt steht. - 3. Wir stehen ein für Ihre Sicherheit und leisten Hilfe - 4. Bei unserer polizeilichen Tätigkeit gilt grundsätzlich: Vorbeugung vor Verfolgung. - 5. Konsequente Strafverfolgung und Verhältnismäßigkeit im Einsatz der Mittel prägen unseren Arbeitsstil. - 6. Offenheit, Freundlichkeit und Toleranz sollen unser konsequentes und korrektes Handeln bestimmen. - 7. Reden und Verstehen fördern die Zusammenarbeit mit dem Bürger. - 8. Sie sind unsere Partner – nur gemeinsam sind wir erfolgreich. - 9. Auch uns können Fehler unterlaufen. Faire und konstruktive Kritik sehen wir als Chance, daraus zu lernen. - 10. Anerkennung in der Gesellschaft ist uns wichtig.

So war das 2007. Außerdem: In der Landespolizeischule Berlin (jetzt: Polizeiakademie) wurde rund 60 Meter hinter dem Eingang drei Säulen aufgestellt. Auf ihnen befinden sich die Worte: Empathie, Vielfalt, Moral, Sicherheit, Aufrichtigkeit, Toleranz, Haltung und Respekt. Zusätzlich ist eine Tafel mit einer Kurzbeschreibung zu Wilhelm Krützfeldt angebracht. Dieser war Vorsteher des alten Reviers 16 in Berlin-Mitte und verhinderte in der Nacht vom 9. zum 10. November 1938, dass die Synagoge in der Oranienburger Straße durch SA-Leute niedergebrannt wurde. Und das, obwohl der Berliner Polizeipräsident Graf von Helldorf vorab die Polizisten seiner Behörde darauf hingewiesen hatte, den »spontanen Volkszorn«, wie dieser fälschlicherweise bezeichnet wurde, nicht zu behindern. Warum wird in der Polizeischule an Wilhelm Krützfeldt erinnert, wenn nicht dafür, dass sich angehende Polizisten ein Vorbild an ihm nehmen.

Die Polizeien der Länder und des Bundes sind insbesondere in den letzten Jahren in die Kritik gekommen. Diese gingen aus Teilen der bürgerlichen Mitte hervor, die zuvor keinen Anlass zur Kritik sahen. Hat es vielleicht mit dem Auseinanderfallen von verkündetem Anspruch und der Wirklichkeit zu tun, dass man heute von einer Legitimationskrise der Polizei spricht?

Informationen zu den Polizisten für Aufklärung und weitere Texte finden Sie unter www.echte-polizisten.de

DER WINK DER GESCHICHTE

Unsere Herrschaften wollen alle Erfolge der Menschheit für sich vereinnahmen. Doch geschichtsbewusste Demokraten setzen zum Angriff an. | Von Hendrik Sodenkamp





König Karls Kutsche muss bei der Krönung von Unmengen an Soldaten beschützt werden. Foto: gemeinfrei/K



Russische Soldaten am 9. Mai bei der Siegesparade in Moskau Foto: gemeinfrei/pixabay

Menschenleere Straßen, blitzende Uniformen im Kameralicht, Scharfschützen auf den Dächern. Die Herrscher der Welt ließen sich in den vergangenen Tagen nicht lumpen, um in Pomp und Gloria ihre erbeutete Macht zu demonstrieren.

Der WEF-König Karl der Dritte, aus dem Haus Windsor ließ sich in der vergangenen Woche in London zum König salben. In Frankreich rollte die Limousine Emmanuel Macrons begleitet von einem berittenen Regiment über die Champs-Élysées, während das französische Volk gegen ihn auf die Straße ging und Rathaustüren und Barrikaden anzündete. Es sind gespenstische Bilder einer Macht, die ihren schon längst vollzogenen Untergang nicht wahrhaben will. Der russische Präsident Vladimir Putin lud zum Sieg über den Hitler-Faschismus ein, und ließ auffahren.

Währenddessen demonstrieren die Menschen der Welt für Frieden, Freiheit, Demokratie und ein selbstbestimmtes Leben. So konnte der deutsche Bundespräsident Frank-Walter Steinmeier (SPD), seit 1998 in verschiedenen Positionen an der Macht, bei seinem Besuch in der südbrandenburgischen Stadt Senftenberg keinen Fuß auf die Straße setzen, ohne von ansässigen Demokraten ausgepfiffen zu werden. Immer mehr Menschen wehren sich überall gegen die anmaßende Ödnis und Brutalität der Macht. So sind Veranstaltungen gegen die Vereinnahmung der demokratischen Revolution von 1848/49 durch das Corona-Nato-Kriegsregime in Frankfurt am 18. Mai 2023 angesetzt. Der sprechende Titel der *Fake*-Veranstaltung der Machthaber: »*Unsere* Demokratie – Eure Freiheit«. Die Gräben zwischen Bevölkerung und Konzern-Parteiapparat sind nicht mehr zuzuschütten.

Am 28. Mai 2023 wird es beim echten Hambacher Fest weitergehen, das nach dem triumphalen Auftakt im vergangenen Jahr, erneut stattfinden wird. Das Motto: »Für Demokratie und Meinungsfreiheit – gegen den wirtschaftlichen Untergang«. Am 17. Juni geht es dann zum Jahrestag des Volksaufstandes in der DDR nach Dresden, wo auch Vertreter dieser Zeitung sprechen werden. Am 5. August 2023 ist dann Berlin Ziel der deutschen Demokraten: Die Revolution von 1989 wird vollendet.



Lockdown: Auf den Pariser Straßen war am 8. Mai wegen Revolutionsgefahr kein Bürger zugelassen. Foto:Videostill



Echte Menschen: Demokraten wehren sich in Magdeburg gegen den Militarismus. Foto: Georgi Belickin



GOTTES GEIST – DAS STÄRKSTE GESCHENK FÜR UNS MENSCHEN

KOLUMNE CHRISTEN IM WIDERSTAND

von S. U. I.

Wir befinden uns zur Zeit im Kirchenjahr zwischen Ostern und Pfingsten – zwei ursprünglich jüdische Feste: Pessach und Schawuot, dem jüdischen Erntedankfest. Durch Jesus Christus wurde die Bedeutung dieser Feste bestätigt und zusätzlich mit neuen Bedeutungen gefüllt.

An Pessach (christlich: Ostern) feiern Juden den Auszug aus Ägypten und das Ende der Sklaverei. Genau während dieses Festes starb Jesus und ist auferstanden. Jesus demonstriert durch die Auferstehung sogar den Sieg über falsche Gerichtsurteile und den Tod. Während des Pessach-Festes beginnt man mit dem sogenannten Omer-Zählen: 50 Tage wird der Reise durch die Wüste bis zum Berg Sinai gedacht, wo Mose die 10 Gebote und weitere Ordnungen von Gott erhielt.

Dieses Fest der Thora-Gabe feiern Juden bis heute im Shawuot-Fest, denn Freiheit braucht gute Regeln. Wir sehen und erleben derzeit schmerzhaft, was passiert, wenn wir Menschen maß-los werden und keine roten Linien respektieren. Und genau an diesem Schawuot-Fest, das auch Pfingsten oder im Englischen Pentecost heißt – in Anlehnung an das griechische πεντηκοστ pentēkostē, fünfzigster (Tag) – ereignete sich die erste große Ausgießung des Heiligen Geistes. Am Fest der Gebote schenkt Gott seinen Geist, die Geburtsstunde der Kirche.

Die Gemeinde Jesu wird auch als Leib Christi bezeichnet. So wie in dieser Welt unser Körper verletzlich ist, krank werden kann und es Organversagen gibt, so ist auch die Kirche seit 2.000 Jahren immer wieder »krank« – leider! Warum? Ein zentraler Grund ist, dass Christen diesem Geist Gottes wenig Raum geben, dafür aber anderen Geistern. Und dann erfüllt die Kirche nicht mehr ihren Auftrag und agiert »krank«. Es gibt eben kein geistliches Vakuum. Wer Gottes Geist verdrängt, öffnet und verstrickt sich mit anderen Geistern: dem Zeitgeist, dem Lügengeist, bösen Geistern, dem Geist des Irrwahns, den Geistern des Hasses, des Mordens, der Geldgier oder der sexuellen Verwirrung. Ich beuge mich als Christ unter dieser kollektive Schuld des Leibes Christi. Wir haben dadurch Gott entehrt und unseren Auftrag oft nur mangelhaft oder gar nicht erfüllt.

Um so dringender brauchen wir Menschen, die dem Geist Gottes wieder Raum geben: dem Geist der Wahrheit und Erkenntnis, des Mutes und Trostes, dem Geist der Liebe, Kraft und Besonnenheit, der Dankbarkeit, Demut und Freude. Gott gibt jedem gerne, wenn wir bitten! Diesen göttlichen Geist brauchen wir heute mehr denn je.

Die Autorin veröffentlicht hier anonym, da die Nennung ihres Namens ihre berufliche Existenz gefährdet. Die Autorin ist der Redaktion bekannt.



DIESE WOCHENZEITUNG

VERTEILEN, AUSLEGEN, VERKAUFEN

WARUM?

• Der »Demokratische Widerstand« erscheint wöchentlich seit dem 17. April 2020.

• Mit der gedruckten Zeitung erreichen wir Menschen, die sonst nur der Konzern- und Regierungspresse ausgeliefert sind.

• Verteilen Sie den Widerstand, halten Sie andere auf dem Laufenden und klären Sie auf: beim Spazierengehen, in Briefkästen, im Geschäft, im Betrieb, in der Fußgängerzone.

• Die Zeitung ist analog, somit auch von *Big Tech* unabhängig und unzensierbar.

• Nach dem Kollaps der Presse: Bauen wir gemeinsam eine neue Wochenzeitung in deutscher Sprache auf.

WIE KOMMEN SIE AN DIE ZEITUNGEN?

• Geben Sie doch einfach auf **demokratischerwiderstand.de/verteilen** die Adresse an, an die wir die Zeitungen liefern sollen. Wir geben Ihre Daten nicht weiter. Wenn Sie kein Internet nutzen, fragen Sie jemanden, dem Sie vertrauen, ob er das für Sie erledigen kann.

• Wählen Sie aus, wie viele Zeitungen Sie verteilen wollen. Nicht übertreiben.

• Überweisen Sie die anfallenden Unkosten für Druck, Versand und Steuern.

• Bei der Überweisung schreiben Sie in das Betreff-Feld noch einmal Ihren Namen und Ihre Anschrift, damit wir ihre Zahlung sicher zuordnen können.

• Jeder Zahlungseingang wird einer Bestellung zugeordnet.

• Zahlungseingänge werden bis einschließlich Montag für den Druck und Versand der kommenden Zeitung berücksichtigt. Spätere Eingänge werden automatisch der darauffolgenden Ausgabe zugeordnet.

• Beim Verteilen erhaltene Spenden gehen an den Verteiler. Bei größeren Summen freut sich die Redaktion über einen Anteil, der ihr zusteht. Hier bereichert sich niemand.

BESTANDS= AUFNAHME



Die Journalisten und Medienentwickler Kayvan Soufi-Siavash (KenFM, Apolut.net) und Anselm Lenz (DW-Zeitung, S&L-Verlag) treffen sich zur Bestandsaufnahme. Ein Ausschnitt aus Bestandsaufnahme #14.

• Tage der Befreiung – wie wars?
• Hamburger Hafen gehört jetzt China – kommt jetzt die Sprengung?
• Flüchtlingskrise – 1 Milliarde versus 100 Milliarden?

A.L.: Es gibt mehr Widerstandspotential, als ich vor dem 28. März 2020 angenommen hatte. Und ich bin auch ganz überrascht, dass dieses bewusstseinsmäßig aktivierbare Potential nicht verringert hat nach dem Ende des Corona-Regimes und der Verlagerung dieses Zinnobers auf diesen offenbar auf Jahre hinaus geplanten Krieg und man sich fast eins zu eins einem Friedenskurs und einem Anti-Nato-Kurs angeschlossen hat…

K.S.S.: Ja, aber ich bin heute ein bißchen ratlos. Wir haben zum Beispiel eine sehr, sehr stark sinkende Geburtenrate und gleichzeitig eine erhöhte Sterberate… Wir haben ja nach den Corona-Impfungen, das wissen wir auch aus den Pfizer-Files, sehr viele Frauen, die ihre Kinder noch während der Schwangerschaft verlieren. Es kommt alles raus! Es ist inzwischen ein offenes Geheimnis, aber die, die das alles mittragen, treiben es immer nur noch bunter. Sie riskieren jetzt auch noch einen großen Krieg in Europa und erhöhen die Rüstungsbudgets und sind vermeintlich total großzügig mit den Flüchtlingen, aber nicht mit den vermeintlichen Schurkenstaaten, von denen wir gerade Öl kaufen. Und dann heißt es, »die Russen sind doof«, aber die Chinesen steigen ins Geschäft ein.

Ich finde dafür keine Worte mehr. Für mich ist das wie ein Alptraum, in dem die Gags so schnell kommen und so absurd sind, dass es nur ein Scherz sein kann. Ich frage mich manchmal, ob das, was wie hier machen, echt ist und ob ich nicht gleich geweckt werde und ich mir sage, »ich hatte einen Traum, aber da wurde am Ende wirklich extrem übertrieben! Gott sei Dank hast Du mich geweckt« Ich weiß nicht mehr, wie ich das noch kommentieren soll und an wen wir letztlich appellieren sollen, wenn die Menschen sich aufgegeben haben. Was soll man da machen? Ich hoffe, die Leute sammeln sich und werden ziemlich wütend. Aber das sehe ich heute nicht.

Mir fehlen heute wirklich die Worte, so erlebst Du mich ja selten. Lass uns zum Schluss noch über etwas Positives reden. Ich würde mir wirklich sehr wünschen, dass der Demokratische Widerstand als gedruckte Zeitung an die Kioske kommt und im deutschsprachigen Raum bald zu kaufen sein wird.

Mehr Bestandsaufnahme via Apolut.net und demokratischerwiderstand.de/presseklub

»Für mich war die Welt lange Zeit in Ordnung!«

Helge Spunkt ist seit dem Frühjahr 2020 als Demo-Livestreamer unterwegs. Wir sprachen mit ihm über sein Leben und seine Arbeit im Widerstand. | INTERVIEW von Klaus Müller

DW: Helge, bitte stelle Dich zunächst kurz vor!
Helge Spunkt: Die einen lieben mich, die anderen hassen mich, aber kaum wer vergisst mich (lacht). Ich bin 61, komme ursprünglich aus Salzburg, lebe in München zusammen mit meiner 82-jährigen demenzkranken Mama, die ich im Februar 2020 aus dem Pflegeheim holte, weil dort katastrophale Zustände herrschten. Seitdem betreue ich sie daheim in häuslicher Pflege. Sie begleitet mich oft beim *Streamen*, war 2021 u. a. in Brüssel, Straßburg, Wien und Berlin mit dabei. Ich kann sie aufgrund ihrer Erkrankung nicht alleine lassen. Aber es funktioniert gut. Die Leute kennen und mögen sie. Beruflich war ich als Veranstaltungsleiter im *Event-Catering* tätig, teilweise auch international, u. a. für *Dallmayr* und *Käfer*. Als Corona kam, ging die Firma in die Insolvenz. Bis Herbst 2020 habe ich in diesem Bereich noch als Selbstständiger gearbeitet, dann ging nichts mehr.



Bürgerjournalist: Helge Spunkt bei der Arbeit. Er ist ein schräger, humorvoller Typ – und ein echter Antifa-Aktivist. Die Fake-Antifa, der er bei den Demos oft begegnet, bezeichnet er als Transatlantifa oder Anti-Antifa. Foto: privat.



DW: Helge Spunkt – ist das wirklich Dein richtiger Name?
H.S.: (lacht) Nein, eigentlich heiße ich Helge Stark. Mein »Künstlername«, wenn man es so nennen möchte, entstand im Frühjahr 2020, als ich erstmals als *YouTube-Streamer* von den Demos der Freiheitsbewegung berichtete. Ich kam auf die Idee, weil mein Nachname in früheren Zeitungsartikeln stets mit »S.« abgekürzt wurde.

DW: Warum haben Zeitungen über Dich berichtet?
H.S.: Es gab 2017 einen Vorfall: Ich wurde Opfer polizeilicher Gewalt. Ein Nachbar hatte der Polizei gesteckt, dass ich Hanfpflanzen im Garten habe. Es waren 20 Stück, die nur einen THC-Gehalt von jeweils einem Prozent hatten. Sie legten mir sofort Handschellen an, machten eine Hausdurchsuchung, weil sie eine Aufzuchtstation suchten, aber ich hatte gar keine. Auf dem Revier wurde ich massiv provoziert und misshandelt. Die Beamten behaupteten, ich hätte einem von ihnen die Waffe abnehmen wollen, aber das stimmt nicht. In einer Zelle haben sie mich brutal zusammengeschlagen, ich kam daraufhin ins Krankenhaus. Zur Rechenschaft gezogen wurden sie nicht, eine Anzeige von mir lief ins Leere. Ich dagegen bekam zehn Monate auf Bewährung, musste zwei Polizisten wegen verstauchter Daumen zudem jeweils 200 Euro Schmerzensgeld zahlen.

DW: Wie bist Du zum *Streamen* gekommen?
H.S.: Nachdem sich mein Job wegen Corona erledigt hatte, habe ich mir ein neues Hobby gesucht. Eine Affinität für Fotos und Videos hatte ich schon immer. Ich begleitete früher als Fotograf diverse Motorsportevents wie die Motorrad-Weltmeisterschaft oder die Formel 1, bin dadurch viel in der Welt herumgekommen. Hinzu kam die politische Situation. Wobei ich gestehen muss: Ich war lange ein Schlafschaf.

DW: Erzähle bitte weiter!
H.S.: Ich hatte vor allem mein Hobby, das Motorradfahren, im Kopf. Abends habe ich dann kurz Nachrichten geschaut und alles geglaubt, was da berichtet wurde, weil ich von meinem Naturell her ein vertrauensseliger und ehrlicher Mensch bin. Ich fühlte mich gut informiert. Für mich war die Welt lange Zeit in Ordnung. Bei Corona hat sich das allerdings schlagartig geändert. Ich bin aufgewacht, realisierte, dass man uns etwas vormacht. Gerade deshalb ist meine Arbeit, das Dokumentieren der Demos, sehr wichtig. Alle, die 2020 bei den Demos in Berlin dabei waren, sahen, was vor Ort los war und was die Medien daraus gemacht haben.

DW: Dein Job ist nicht ganz ungefährlich.
H.S.: Stimmt! Gerade bei den Demos in München gab es 2021 sehr unschöne Aktionen seitens der Polizei, die mehrfach Demozüge grundlos mit unnötiger Gewalt aufmischte.

DW: Wie geht es weiter mit dem Widerstand?
H.S.: Es wäre schön, wenn endlich Millionen Menschen auf die Straße gingen. Aber diese Hoffnung habe ich inzwischen aufgegeben. Denn was muss noch alles passieren, damit die Leute endlich aufstehen? Derzeit plätschert der Widerstand ein wenig dahin. Ganz ehrlich: Ich bin froh, dass meine Mama und ich bereits in einem fortgeschrittenen Alter sind und sehr dankbar, dass ich bis dato ein geiles Leben hatte. Aber ich bin auch traurig, weil ich befürchte, dass unsere Folgegenerationen eine weniger schöne Zukunft vor sich haben werden. Immerhin kann ich reinen Gewissens in den Spiegel blicken.

DW: Helge, vielen Dank für dieses Interview.

Die Fragen stellte Klaus Müller.

Briefe an die Redaktion

Leserbriefe an: K.D.W. e.V.
Postfach 35 02 16, 10211 Berlin

KONTO-KÜNDIGUNG IST EIN SKANDAL, HIRSCHHAUSEN GEHÖRT GEFEUERT!

Liebes DW-Team, ich möchte erneut mein Abo verlängern und wie üblich lege ich den Geldbetrag bei. Ich bin wirklich sehr entsetzt, wenn Euch immer wieder Bankkonten gesperrt werden. Dies gab es in so einer Form noch nie in der Nachkriegszeit bei kritischen Journalisten und ist in meinen Augen ein weiterer Beleg für den Abbau der Demokratie in unserem Land.

Ein weiterer Skandal ist der Fall Hirschhausen. Er bekommt Millionen Spendengelder von der Regierung sowie der Bill- und Melinda-Gates-Stiftung. Dreist ist nicht nur seine Impfpropaganda, sondern dass er offen sagte, man müsse Ärzten, die ihren Patienten von der Corona-Impfung abraten, die Lizenz entziehen. Für mich ist das Korruption. Er müsste von der *ARD* entfernt werden, aber die halten an ihm fest und tun so, als wäre nichts vorgefallen. Ein ehrlicher Historiker, Demokrat und Pazifist wie Dr. Daniele Ganser hingegen wird diffamiert und beschimpft. So sollten sich die Sender-Verantwortlichen bei Hirschhausen verhalten!

Zu den Klimaklebern kann ich nur sagen: Die sollen sich bei den Rüstungskonzernen ankleben. Diese treiben mit ihren Waffen nicht nur Kriege voran, sie verschmutzen zudem massiv die Umwelt.

Klärt bitte weiterhin uns Leser auf! Wir brauchen kritischen Journalismus in diesen Zeiten mehr denn je. Ich bewahre mir immer alle Zeitungen auf und freue mich bereits auf die kommenden fünf Ausgaben.
– Klaus, Crailsheim

AUF DEM SCHIRM

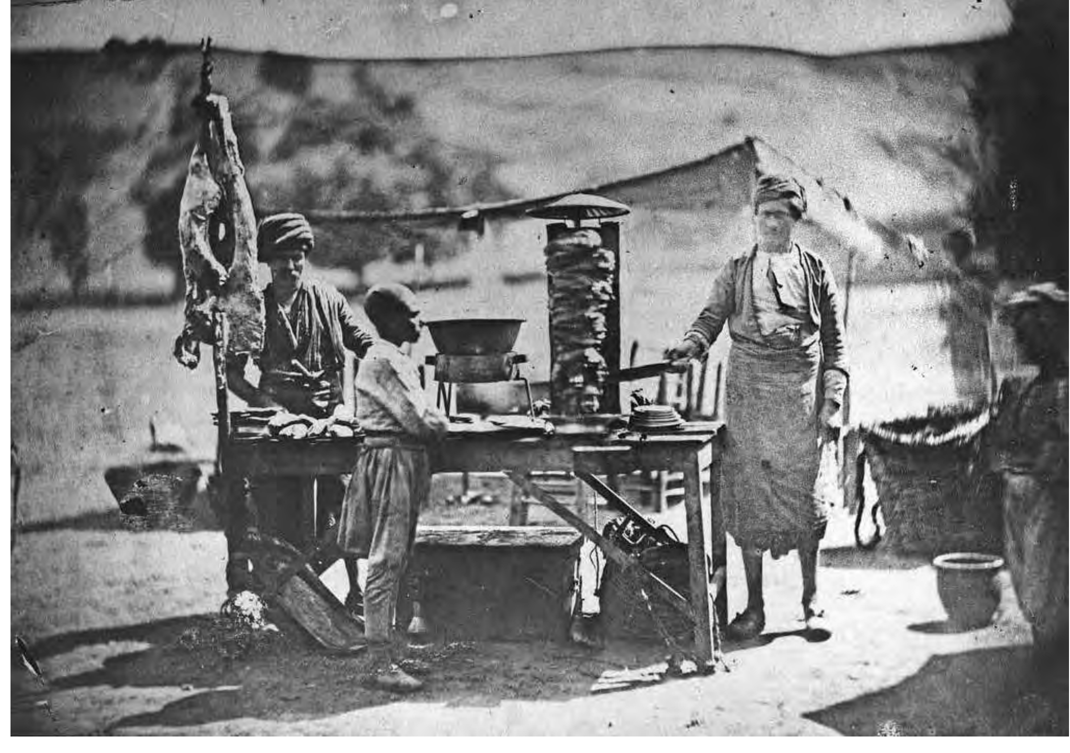
RUNDBRIEF! Für Newsletter eintragen auf NichtOhneUns.de
t.me/DemokratischerWiderstandTelegram
instagram.com/demokratischerwiderstand
facebook.com: DemokratischerWiderstandZeitung
youtube.com: Demokratischer Widerstand

Das Döner-Netzwerk

Wie US-Konzerne zu Hackfleisch verarbeitet werden können, zeigt das zähe Konzept der Dönerbude – ein absoluter Welterfolg ohne Hauptquartier. Die Rettung für Deutschland? | Von Anselm Lenz

»Wo das goldene M leuchtet, gibt es was zu essen!« So einfach funktioniert das Konzept des US-amerikanischen Giganten für den Etappenfraß mit mittlerweile rund 40.000 Stützpunkten weltweit. Doch das anarchische Döner-Konzept zeigt, wie der aggressive US-Konzern mit dem M bekämpft, ausgehöhlt und ersetzt werden könnte.

Bereits für das Altertum sind Fressstände entlang von Straßen und Wegen bezeugt. Wo Handel getrieben wird oder regelmäßiger Fernverkehr stattfindet, beginnen Anwohner eine Einkommensquelle aufzumachen. Hungrige Postboten, Händler, Soldaten und Reisende müssen sich nicht mehr aus dem Brotbeutel, durch Jagd oder Raub versorgen, sondern können sich gegen Kleingeld etwas »zwischen die Kiemen feuern«. Die Feldküche auf der Etappe und der Imbiss an Kreuzungen hat eine seit 6.000 Jahren dokumentierte Geschichte. In Vorformen ist sie wahrscheinlich noch viel älter.



Ein Dönerstand in Anatolien, fotografiert im Jahr 1855 von James Robertson. Foto: Gemeinfrei

OHNE MAMPF KEIN KAMPF

Doch dann dies: Im Jahr 1940 eröffnete am Fuße des Sankt-Bernhard-Gebirges im US-Bundesstaat Kalifornien eine Fressbude, deren Logo heute jedes Kind auf der Welt kennt. Das frittengelbe M der Brüder McDonald ist heute der Inbegriff für Hamburger, Pommes Frites und Cola. Das heutige Riesen-Kombinat geht auf eine einfache Kombination zurück. Das Prinzip ist einfach: Ein Weißbrötchen wird aufgeschnitten, etwas Gemüse und Fettcrème hineingegeben. Schließlich kommt ein weichgebratener Fleischrest vom Rinderhuf, Schwein oder Huhn hinein. Fertig! Nahrhafte, kraftspendende und vor allem sehr billige Wegzehrung für Arbeiter und Reisende. Der für »Mäckes« industrialisierte Hamburger hat seine Vorläufer unter anderem in der sizilianischen Muffuletta, die seit der Frühantike bezeugt ist.

Die Pommes frites, das verrät der französische Name, sind in kochendem Fett frittierte Erdäpfel, *Pommes de terre*, also Kartoffeln. Die Kartoffel kam erst im 16. Jahrhundert vom südamerikanischen Kontinent in europäische Gefilde. Beide Schnellfutter-Produkte lassen sich ohne Besteck aus der Hand im Stehen verzehren: Die Pommes rechts, das Fleischbrötchen links, in der Mitte die Cola, das vergleichsweise neueste Produkt. Eine Gewürzbrause schlürft sich durch einen Strohhalm aus dem Pappbecher. *McDonald's* systematisierte und industrialisierte dieses Triptychon mit Reklame und Einheitsgestaltung (»Design«). Keine Gesichtskontrolle, keine Tischdecken, keine Teller, keine Bedienung, kein Abspülen. Bestellen, bezahlen, fressen, weitermachen.

MILITÄRISCHE SCHNELLNAHRUNG

McDonald's gilt seit Jahrzehnten als der Inbegriff der amerikanischen Massenkultur und des US-amerikanischen Kulturimperialismus. Der wirkt ökonomisch, sozial und kulturell extraktiv, das heißt auszehrend und verödend. Wo früher das Kleingeld der Reisenden an eine Vielzahl mal besserer, mal schlechterer Fressbuden und Kleinrestaurants im Familienbetrieb ging, hat die *McDonald's*-Corporation einen Umsatz von rund 21 Milliarden US-Dollar, umgerechnet etwa 19 Milliarden Euro (im Jahr 2021 laut Unternehmensangaben). In Deutschland gibt es außer der Bratwurst praktisch keine einheimische Volksküche mehr. Aber jetzt kommt der Tusch.

Seit Ende der 1970er-Jahre tritt die türkische Dönerbude von Berlin aus einen fast weltweiten Siegeszug an – und das ohne Konzernzentrale mit zentralisierten und extraktiven Milliardenumsätzen. Kadir Nurman heißt der Erfinder der Weiterentwicklung des traditionellen Gerichts »mit und ohne Scharf« laut dem Verein türkischer Dönerhersteller in Europa ATDiD. Als Wegbereiter des Döners gilt Iskender Efendi aus der türkischen Stadt Bursa. Doch diese Männer begründeten kein Mc-Imperium mit Patenten und Einheitsgestaltung, sondern popularisierten eine Idee.

Jede deutsche Kleinstadt hat heute ihren »Döner-Mann«. Die Orte sind beliebte und zumeist bis spät in den Abend geöffnete Treffpunkte für Hungrige, Durstige und Einsame. Das Prinzip ist jenes, wie es seit dem Altertum funktioniert: Hinter der Dönerbude steht eine Familie, die den Laden am Laufen hält, angeführt zum Beispiel von zwei Brüdern oder Cousins, die auch selber im Laden stehen und die schweren Kisten schleppen. Viel unsichtbare Arbeit wird, wie sooft und in allen Wirtschaftsformen, von den Frauen erledigt. Alle helfen mit. Läuft die Sache gut, springt ein tiefergelegter *Mercedes SL* dabei heraus.

Türkisch-deutscher Austausch, täglich und konkret: »Wir« liefern den weltweit begehrten »Schlitten«, dafür bekommen wir die anatolische Spezialität auf die Hand. Eine Symbiose als Folge der Gastarbeiterkultur der BRD-Industrieproduktion der 1950er Jahre, die eigene Formen gezeitigt hat – und weitergeht, obwohl die Prosperität der Industrieproduktion seit 50 Jahren vorüber ist und immer weiter abnimmt. Man könnte sagen: Seit dem Ende des Wachstums und dem Ende der Notwendigkeit, Arbeiter für die Fließbänder bei *Daimler* und *Bosch* anzuwerben, bekochen uns die Türken nun. Fleißig, bis spät geöffnet und meist sozial variabel, ansprechbar, tolerant und verhandlungsbereit: Sie sind Unternehmer, Köche, Händler und manchmal Sozialarbeiter in einem.

»Salat mit alles?« ist die Formel, die sich nicht »Service« nennen muss und die nicht an Computer-Terminals, betreut von Mindestlohn-Jobbern endet. Der Döner-Mann hilft nicht nur mit der frischen Zwiebel, er weiß meist auch Rat, wo sich was im Viertel findet, was so los ist und gibt dem Witwer sein Bier: »Hallo Jürgen, geht gut heute, ja?«

SIEG DEM BENZ, SIEG DEM DÖNER!

Die typische türkisch-deutsche Kultur- und Kulinarik-Hütte verdient, mit viel Respekt beschreiben zu werden. Es sind zwei Verliererkulturen, sie sich unter diesem Wellblechdach ergänzen: Beide schufteten sich jahrzehntelang gemeinsam ab, ohne dafür allzuviel Glanz oder Wohlstand zu ernten. Das deutsche Auto mit Verbrennungsmotor immerhin ist – als Objekt, nicht als Kulturgut – ein erfolgreicher Exportschlager. Der Döner aber auch. Die Arbeit dahinter, die sozialen Ligaturen aber gelten als »uncool«. Die angloamerikanische Kultur- und Medienproduktion trainiert den Blick auf Deutsche und Türken als zweit- bis drittrangige Gestalten, zwielichtig, wenig vertrauenswürdig.

Dabei hat der Döner einen weltweiten Siegeszug angetreten und ist seit Jahrzehnten dabei, sich gegen *McDonald's*, *Burger King* und *Kentucky Fried Chicken* zu behaupten. Statista gibt allein für Deutschland einen Umsatz mit Döner von 2,4 Milliarden Euro für das Jahr 2022 an, für den EU-Raum mit 12 Milliarden für 2022. In Europa werden pro Tag durchschnittlich rund 400 Tonnen Döner produziert. Der Döner ist damit mächtiger als das Mc-Kommando!

Die Familien- und Freundschaftsbetriebe bilden ein loses Netzwerk, das zwar auf verschiedene Konzernstrukturen zurückgreifen kann, darunter die Dönerfleischproduzenten *Eurodöner* und *Birtat* sowie gastronomische Grundausstatter. Dennoch kann nicht die Rede sein von einer einzigen monolithischen Monopolzentrale wie bei der *McDonald's*-Corporation. Markt, Solidarität und Familienbande halten die Produktion in menschlichen Bahnungen. Entstehen gute Umsätze, werden sie in Familienstrukturen umgesetzt – oder einander geholfen. Ein Solidarprinzip ohne staatlichen Umweg, das dem Deutschen fast völlig unbekannt ist.

BESSERES REZEPT UND SOLIDARITÄT

Das überlegene Erfolgsrezept des Türken: Der einfache Hunger unterwegs wird qualitativ erheblich besser, graduell gesünder und bis später in den Abend gestillt. Und: Man hat es mit echten Menschen zutun anstatt mit einer durchoptimierten Systemgastronomie, die ihre Arbeiter in erbärmliche *Teletubbie*-Uniformen quält. Stattdessen: Barzahlung, Menschlichkeit, Verhandlung. Das Döner-Netzwerk trotzt den Monopolisten seit vier Jahrzehnten zunehmend Marktanteile ab. Dies trotz seit fünfzig Jahren fehlender Prosperität im Westen und entgegen dem Trend, alles Selbständige, alles Unregulierte, alles auf Familie und Freundschaft Basierende gezielt zu zerstören (»Kommodifizierung«).

Deutschland wird als einstmaliges »Schaufenster des Westens« und als militärischer Frontstaat nicht mehr gebraucht – und wird derzeit vom USA-Imperium bekanntermaßen abgewickelt (DW berichtete). Das »Tool« dafür sind die *Grünen*. Das Modell des Döner-Netzwerkes zeigt uns eine anarchisch-grundständige Form des Produzierens, Handelns und Zusammenhaltens als »Multitude«. Dies in einer national, kulturell und familienmäßig zähen Form, deren Zentrum nicht angreifbar ist, weil es keines gibt. Diese Zähigkeit, in der fast schon ein anarchosyndikalistisches Feuer wie im Spanischen Bürgerkrieg brennt, ist vielleicht ein Beispiel dafür, wie Deutschland überleben kann. Und das Rezept schmeckt einfach besser als »McDreck«.





WIR SIND DIE 99 PROZENT!
MOTOR MITTELSTAND
KOLUMNE *von Wolfgang Greulich*

MISSBRAUCHT STATT SINNVOLL GENUTZT

Zwei Drittel der Arbeitsplätze haben ein Potential für Künstliche Intelligenz (KI). Das zumindest will *Goldman Sachs* herausgefunden haben. Bis zu einem Viertel der Arbeitsplätze könnten durch generative KI ersetzt werden. Interessant, wer diese Studie wohl finanziert hat. Andere wiederum sagen, es werde dadurch keine weitere Arbeitslosigkeit entstehen, reden dabei aber konkret von Massenarbeitslosigkeit. Wir werden es sehen.

Wie immer kommt es darauf an, was wir Menschen aus den Technologien machen, wie wir sie nutzen. Leider ist es meistens so, dass sie eher missbraucht als sinnvoll genutzt werden. Niemand hätte etwas gegen Kartenzahlungen, wenn im Hintergrund nicht ein fortwährender Datenmissbrauch stattfinden würde. Daten sind das neue Gold in diesen Zeiten. Geoffrey Hinton, einer der Pioniere auf dem Gebiet der KI, hat *Google* verlassen und warnt eindrücklich vor den Gefahren für Gesellschaft und Menschheit. Wie immer gibt es viele Meinungen.

OTTO lässt demnächst KI-Roboter Pakete packen, auch als eine Antwort auf fehlende Arbeitskräfte. Es ist müßig, darüber zu reden, warum wir nicht ausreichend Arbeitskräfte haben. Geburtenzahlen, Flüchtlingsthemen – alles ausgelutschte Themen. Niemand will die Wahrheit wirklich sehen oder hören. Daniele Ganser wird verpönt. Es macht eher Sinn, darüber zu reden, warum immer mehr Menschen mit ihrem Einkommen kein Auskommen haben. Oder warum die *Work-Life-Balance* – das neue Synonym fürs »Nicht-Arbeiten-Wollen«, wie manche schlaue Analysten festgestellt haben – immer mehr zum festen Bestandteil von Vorstellungsgesprächen wird.

Darüber sollten wir reden, besser die 99 Prozent des Mittelstandes, dann kommen wir auch automatisch zu den Themen Geburtenzahlen und Flüchtlingsströme zurück und damit weiter zur Diskussion der weiteren relevanten Themen, um dieser unsäglichen Politik ein Ende zu bereiten. Der Rest der Welt lacht und fragt, warum wir Deutsche Selbstmord begehen. Ja, warum eigentlich? Vielleicht haben wir ja nur die falschen Freunde, vielleicht sind es gar keine Freunde.

Es braucht wirklich einen großen *Reset*, überwiegend den in den Köpfen der 99 Prozent. Es ist wichtig, selbst die Wahrheit zu suchen, um dann Zusammenhänge zu erkennen. Widerstand und Wandel *made in Germany*!

Wolfgang Greulich ist Widerstandsaktivist und erfolgreicher IT-Unternehmer.

»Nichts ist schlimmer als das Wegschauen!«

Der Berliner Bernd Quinque nutzt die Fensterscheiben seines Autohauses für politische Botschaften. Warum? Das erklärt er im DW-Interview. | Von Klaus Müller

DW: Herr Quinque, bitte stellen Sie sich zunächst kurz vor!
Bernd Quinque: Ich betreibe ein Autohaus in Berlin-Pankow. Selbstständig bin ich seit 1985. Damals, also noch in der ehemaligen DDR, begann ich mit einer *Wartburg*-Vertragswerkstatt. Nach der Wende kam der Autohandel hinzu – erst *Lancia*, *Fiat* und *Alfa Romeo*, heute vertreiben wir in erster Linie Neuwagen von *DFSK*. Ich bin sowohl Kaufmann als auch Handwerksmeister.

DW: Die Fenster Ihres Autohauses nutzen Sie für politische *Statements* in großen *Lettern*. Seit wann machen Sie das und wie kamen Sie auf die Idee?
B.Q.: Angefangen hat es in der Corona-Zeit. Die sogenannte Pandemie wirkte auf mich wie geplant und gesteuert. Als dann später über eine Impfpflicht debattiert wurde, machte ich deutlich, was ich davon halte mit der Botschaft »Keine Zwangsimpfungen gegen Corona!« Noch vor dem Einmarsch der Russen in die Ukraine schrieb ich: »Russland war noch nie unser Problem! Unser Problem sitzt nur wenige Kilometer von hier!« Von diesem Zeitpunkt an wechselte ich die *Slogans* regelmäßig alle paar Wochen. Bis heute dürften es mehr als 50 gewesen sein.

DW: Wie waren die Reaktionen?
B.Q.: Es gab deutlich mehr positives *Feedback*, aber das negative war dafür umso intensiver. Natürlich wurde ich – damit hatte ich gerechnet – persönlich angegriffen, als Schwurbler und Putin-Freund verunglimpft. Die Gegenseite hat eben keine Argumente. Schlimmer war: Es gab massive Drohungen, weshalb ich das Verkaufspersonal meines Autohauses für mehrere Tage von zu Hause aus arbeiten ließ, weil ich sie keiner Gefahr aussetzen wollte. Alle meine Mitarbeiter stehen geschlossen hinter mir, aber ich trage als Chef Verantwortung für sie. Nachts stellte man mir einen gebastelten Galgen vors Autohaus, daran hing eine Puppe, die mich darstellen sollte. Mir wurde deutlich gemacht, dass meine Meinungsäußerungen unerwünscht sind. Es gab zahlreiche Anrufe, in denen Beschimpfungen und Drohungen geäußert wurden, zudem negative *Google*-Bewertungen von Leuten, die nie zu unseren Kunden zählten. Und mir ist bewusst: Ich stehe unter Beobachtung der Behörden, die regelmäßig Fotos von meinen Botschaften machen lassen.

DW: Wie reagierten Ihre Mitbewerber?
B.Q.: Ich hatte auf eine Sogwirkung gehofft und geglaubt, dass andere Unternehmer möglicherweise nachziehen, doch das war leider nicht der Fall. Bislang jedenfalls. Einige wenige aus der Branche haben mich für meine Aktionen gelobt. Aber es ist nun mal so: Die meisten von ihnen haben Angst anzuecken und natürlich auch davor, Kunden zu verlieren.

Der Unternehmer Bernd Quinque sieht es als seine Pflicht an, auf politische Fehlentwicklungen öffentlich hinzuweisen. Er möchte die Leute wachrütteln: »Jeder Einzelne von uns hat eine Verantwortung.« Foto: privat.

DW: Haben Sie Kunden verloren?
B.Q.: Das hält sich die Waage: Es gibt Kunden, die offen sagen, dass sie meine Meinung nicht teilen und ihre Konsequenzen ziehen, auf der anderen Seite habe ich aber auch neue Kunden hinzugewonnen, die von meinem politischen Engagement aus dem Internet erfahren haben und von außerhalb Pankows angereist kommen, um mich zu unterstützen.

DW: Warum ist es aus Ihrer Sicht wichtig, dass sich Unternehmer wie Sie politisch engagieren und nicht länger schweigen?
B.Q.: Mein Bestreben ist es, die Leute wachzurütteln. Jeder Einzelne von uns hat eine Verantwortung. Ich bin 70 Jahre. Da könnte mir eigentlich alles egal sein. Aber ich bin kein Egoist. Ich habe Kinder und Enkel und möchte, dass sie in einer guten Welt in Freiheit leben können. Wir dürfen der Politik nicht kampflos das Feld überlassen. Nichts ist schlimmer als das Wegschauen und Schweigen. Darauf hoffen die Politiker, und die *Mainstream*-Medien helfen ihnen dabei.

DW: Wann haben Sie eigentlich gemerkt, dass in diesem Land etwas Grundlegendes schiefläuft?
B.Q.: Schon bei der Wende, nachdem die Treuhand ins Leben gerufen wurde. Damals hat man gesunde Volksbetriebe für ein Euro verkauft, teilweise sogar noch Geld draufgelegt. Die Käufer haben sich die Taschen gefüllt und die Unternehmen dann kurze Zeit später in Grund und Boden gefahren, indem sie beispielsweise das Inventar nach Afrika verkauften. Es war das größte legalisierte Verbrechen Deutschlands nach dem Zweiten Weltkrieg. Eine Katastrophe. Da war mir klar, dass wir schlimmen politischen Zeiten entgegensteuern. Im Laufe der Jahre wurde es immer übler. Angela Merkel hat den Verfall unseres Landes massiv vorangetrieben. Sie zeigte sogar offen, dass sie ein Problem mit der deutschen Flagge hat. Unfassbar!

DW: Einer Ihrer *Slogans* lautet: »Die Nato inklusive Deutschland tragen eine riesige Verantwortung für diesen schlimmen Krieg!« Welche Schuld trägt die Nato am Ukrainekrieg?
B.Q.: Die Hauptschuld. Die Nato will Russland schwächen. Umso besser ist es, wenn das gelingt, ohne dass man dafür eigene Soldaten in den Krieg schicken muss. Es ist eine Schande, wie das ukrainische Volk verheizt wird. Es werden völlig sinnlos viele Menschenleben geopfert.

DW: Ist es nicht absurd zu glauben, dass man mit Waffenlieferungen Frieden herbeiführen oder die Ukraine den Krieg gegen eine Atommacht gewinnen könnte?
B.Q.: Ich gehe davon aus, dass Scholz, Baerbock & Co das ganz genau wissen. Aber sie sind alle nur Marionetten der USA. Sie dürfen nichts anderes sagen. Man hat es doch gesehen: Biden sagte vor Monaten, man werde zu verhindern wissen, dass *Nord Stream 2* in Betrieb genommen wird. Was macht Scholz? Er steht daneben und grinst. Geht es noch offensichtlicher? Die Bundesregierung hat keine Entscheidungshoheit.

DW: Mit welchen Gefühlen blicken Sie in die Zukunft?
B.Q.: Ich bin gar nicht mal skeptisch. Die Unruhe wird größer, die Unzufriedenheit in der Bevölkerung steigt immer weiter. Vielleicht kommen wir schon bald an einen Kipp-Punkt. Immer mehr Menschen wachen auf und realisieren, was passiert. Mit Demokratie und Freiheit hat das alles schon lange nichts mehr zu tun.

DW: Herr Quinque, wir danken Ihnen für dieses Gespräch.







Eindeutige Botschaften: Quinques aktuelles Thema ist der 8. Mai, der Tag an dem Deutschland 1945 durch die Rote Armee vom Nationalsozialismus befreit wurde. Die derzeitige Bundesregierung hält er für Marionetten der USA. Fotos: privat

KIEWS OFFENSIVE BEGINNT

Die Nato-Waffenlieferanten wollen Ergebnisse sehen. | Von Felix Feistel

Wochenlang wurde von einer Frühjahrsoffensive Kiews gesprochen, die in Vorbereitung sei und die darauf abziele, die Ostukraine und die Krim-Halbinsel zurückzuerobern. Dabei wurde ihr Beginn auf Mitte bis Ende Mai datiert. Nun hat diese Offensive nach Einschätzung von Jewgeni Prigoschin, dem Chef der privaten russischen Militärkompanie Wagner begonnen.

Er bezog sich dabei auf die gestiegene Zahl von Anschlägen gegen russische Infrastruktur. So waren in den letzten Wochen vermehrt Öllagerstätten angegriffen worden und in Flammen aufgegangen, ebenso wurde die die Bahnstrecke von Brjansk sabotiert. Auch die Zahl der Drohnenangriffe wurde erhöht. Die russische Regierung sprach sogar von einem Angriff einer ukrainischen Drohne auf den Kreml am Morgen des 3. Mai 2023. Videos von dem Zwischenfall kursieren im Internet. Ob es sich hierbei um einen tatsächlichen Angriff oder einen Unfall handelte, ist aus den Videos nicht zu entnehmen. Nichtsdestotrotz verboten russische Behörden den Start von Drohnen in der Stadt Moskau. Zwei weitere Drohnen waren daraufhin im Luftraum über der russischen Hauptstadt abgeschossen worden.

Prigoschin deutet die gesteigerte Aktivität des ukrainischen Militärs als Zeichen für den Beginn der Offensive, mit deren aktiver Phase auf dem Schlachtfeld er in den nächsten Tagen rechnet. »Ich glaube, dass die Offensive der ukrainischen Armee bereits begonnen hat«, so der Kriegsunternehmer. »Wir sehen die höchste Aktivität der feindlichen Luftstreitkräfte, wir sehen die höchste Aktivität entlang der Kampflinie und innerhalb unserer Front«, erklärte er in einer Audionachricht auf der Kurznachrichtenplattform Telegram.

Kurz zuvor hatte der ukrainische Präsident in Finnland den baldigen Beginn der Offensive angekündigt. Gleichzeitig verband er damit die Hoffnung auf Lieferung von Kampfflugzeugen vonseiten der Nato.

Ende April veröffentlichte die *Times* einen Artikel mit dem Titel »Kiew ist nicht bereit für seine Großoffensive, aber hat keine Wahl«. Darin hält der Autor fest, dass Kiew zwar seine 230 Panzer und 1.550 gepanzerten Fahrzeuge, die vom Westen geliefert worden waren, schnell an die Front bewege, jedoch über keine Luftverteidigung verfüge, die für eine Offensive notwendig sei. Problematisch sei auch, dass sich die Soldaten erst an die neuen Waffensysteme gewöhnen müssten. Viele dieser Systeme erfordern eine langwierige Ausbildung. Zeit, welche die Ukraine nicht hat.

Auch werden in den vergangenen Monaten immer aggressiver Zivilisten einberufen, die keinerlei Kampferfahrung haben. So stehen für die Offensive hauptsächlich junge Männer zur Verfügung, die lediglich eine Grundausbildung innerhalb weniger Wochen absolviert haben. Dennoch ist Kiew gezwungen, die Gegenoffensive einzuleiten, um die westlichen Geldgeber bei Laune zu halten. Selensky muss etwas vorlegen, was in Washington return on investment (dt. Anlagenrendite) genannt wird. Mit anderen Worten: Für sein Geld will Washington Ergebnisse sehen. Seit Beginn des Krieges haben allein die USA die Ukraine mit mehr als 75 Milliarden US-Dollar an humanitärer, militärischer und finanzieller Hilfe »unterstützt«.

DIE BLUTPUMPE VON BACHMUT

Unterdessen geht der Kampf in der nach wie vor heftig umkämpften Stadt Artjomowsk/Bachmut weiter. Seit Monaten rücken die russischen Truppen der Wagner-Einheit langsam in diese Stadt ein. Die Stadt ist mittlerweile ein brennendes Trümmerfeld, wird aber noch immer von ukrainischen Soldaten verteidigt. Wagner-Chef Prigoschin, erklärte, 95 Prozent der Stadt befänden sich in der Hand der Wagner-Einheit und die anderen fünf Prozent seien für den Krieg nicht entscheidend. Zudem habe Wagner seine Mission in der Stadt abgeschlossen. Diese habe nicht in der Eroberung der Stadt bestanden, sondern darin, die ukrainischen Einheiten aufzureiben. Der Stadt wurde in Militärkreisen der Beiname Fleischwolf gegeben. Artjomowsk oder Bachmut ist die letzte Verteidigungslinie der Ukraine, die schon seit dem Bürgerkrieg in der Ostukraine ab 2014 zur Festung ausgebaut wurde.

Über den Kampf in Artjomowsk eskalierte unterdessen ein Streit innerhalb der russischen Militärführung. So veröffentlichte Prigoschin ein Video, in dem er sich vor einem Berg von Leichen stehend an die russische Militärführung wandte und dringend benötigten Nachschub an Munition forderte. Anderenfalls, so erklärte er, würden sich die Wagner-Einheiten am 9. Mai 2023 aus der Stadt zurückziehen. Der 9. Mai ist in großen Teilen des postsowjetischen Raums ein gesetzlicher Feiertag. An diesem Tag wird der Sieg über den Nationalsozialismus gefeiert. Prigoschins Warnung wurde somit auch ein starker symbolischen Charakter beigemessen.

Der Staatschef der autonomen Republik Tschetschenien, Ramsan Kadyrow erklärte, dass tschetschenische Achmat- Einheiten, die ebenfalls in der Region eingesetzt werden, die Stellungen Wagners übernehmen würden. Beide Truppenführer wandten sich an den Präsidenten Putin und forderten ihn auf, den entsprechenden Befehl zu geben. Doch die militärische Führung gab der Wagner Einheit die Order, den Einsatz in Bachmut fortzusetzen und erklärte hierbei, die Einheit mit allen benötigten Mitteln zu unterstützen.



Felix Feistel ist studierter Rechtswissenschaftler mit dem Schwerpunkt Völker- und Europarecht.

Zensur auf dem Vormarsch

Der Kampf gegen Unmutsbekundungen aus der Bevölkerung wird in Gesetze gegossen | Von Felix Feistel

In Irland wurde Anfang diesen Monats ein Gesetz verabschiedet, welches das Teilen von vom *Mainstream* abweichenden Medien nun illegal machen kann.

Das Gesetz richtet sich gegen sogenannte Hassrede, wobei der Begriff im Gesetz nicht definiert wird. Hassrede könnte demnach demnächst alles sein, was dem offiziellen Narrativ widerspricht. Die Verurteilung von sogenannten Hassverbrechen wird erleichtert, weil Staatsanwälte sich auf die Verwendung von feindseligen Begriffen, Gesten oder Symbolen stützen können. Das Gesetz kann auch so ausgelegt werden, dass es sogar illegal ist, freie Medien zu lesen. Das Strafmaß soll dabei bis zu fünf Jahre Gefängnis betragen.

In dem Gesetz heißt es dass sich jeder strafbar macht, der Material besitzt oder verbreitet, das dazu geeignet ist, Gewalt oder Hass gegen Personen oder Gruppen aufgrund von deren Merkmalen auszulösen. Ob es sich bei besagtem Material um Hassrede handelt muss im Strafverfahren nicht mehr Kläger, also der Staat nachweisen. Stattdessen muss der Angeklagte nachweisen, dass es sich nicht um Hassrede handele. Damit wird eine Beweislastumkehr in das Gesetz eingefügt, die in juristischer Praxis eigentlich unzulässig ist. Twitter-Chef Elon Musk sprach von einem »massiven Angriff auf die Meinungsfreiheit«.

WAS IST HASS?

Verteidiger des Gesetzes erklären, dass Irland derzeit kein entsprechendes Gesetz habe. Justizministerin Helen McEntee wies den Vorwurf zurück, dass durch das Gesetz die Redefreiheit eingeschränkt werde. Hassrede und Redefreiheit seien zwei verschiedene Dinge, wobei erstere darauf abziele, Menschen zum Schweigen zu bringen.

Demokrat in Magdeburg am 29. April 2023. Foto: Georgi Belickin

Auch in Kanada ist ein ähnliches Gesetz in Arbeit, auf das der kanadische Psychologe Jordan Peterson hinwies. Ebenso arbeitet die EU derzeit daran, gegen sogenannte Hassrede vorzugehen. Gleichzeitig wird im derzeit verhandelten Pandemievertrag (Seite 3) der Weltgesundheitsorganisation auch der Kampf gegen sogenannte Desinformation oder »medizinische Fehlinformation« als für die unterzeichnenden Staaten verbindlich festgelegt.

MELDUNG

GEWALT GEGEN PALÄSTINENSER VERSCHÄRFT SICH

Nablus/DW. Bei einem Angriff in Nablus in der Westbank hat die israelische Armee mindestens drei Palästinenser getötet, neun weitere verwundet. Das teilte *Al Jazeera* mit. Der israelische Geheimdienst erklärte, dass die drei Männer hinter einem Angriff auf Jericho am 7. April gesteckt hätten, bei dem zwei britisch-israelische Schwestern getötet wurden. Die Hamas gab an, dass es sich um Mitglieder ihres bewaffneten Flügels handelte. Seit Amtsantritt der neuen Regierung Netanjahu hat sich die Gewalt gegen die Palästinenser wieder verschärft. (ff)

PRAG WILL RAUS AUS NATO UND EU

Prag/DW. Zum vierten Mal seit Beginn des russisch-amerikanischen Krieges in der Ukraine versammelten sich am 6. Mai rund 100.000 Demonstranten in Prag auf dem geschichtsträchtigen Wenzelsplatz *(Foto: RT DE)*, um die Regierung wegen der anhaltenden Inflation zum Rücktritt zu bringen. Ein weiteres Thema der Großdemonstration war der geforderte Austritt Tschechiens aus der Nato und der Europäischen Union. Die Teilnehmer marschierten über die Karlsbrücke zunächst zur serbischen, dann zur amerikanischen Botschaft. (ale)

ENTWAFFNUNG DER BEVÖLKERUNG GEPLANT

Belgrad/DW. Der serbische Präsident Aleksandar Vucic hat ein Moratorium für die Ausgabe von Waffenscheinen in Serbien unterzeichnet und plant, wie mehrere Medien übereinstimmend berichten, eine weitreichende Entwaffnung der Bevölkerung. Hintergrund waren zwei Massenmorde, die an zwei aufeinanderfolgenden Tagen in Serbien stattfanden: Am 4. Mai hatte ein 21-jähriger Mann aus einem fahrenden Auto heraus das Feuer auf Passanten eröffnet, wodurch acht Menschen ums Leben kamen. Am Tag zuvor hatte ein 13-Jähriger an seiner Schule acht seiner Schulkameraden sowie einen Sicherheitsmann getötet. (ff)

SCHRIFTSTELLER PRILEPIN BEI EXPLOSION VERLETZT

Nischni Nowgorod/DW. In Russland kam es im Gebiet Nischni Nowgorod zu einer Explosion des Fahrzeugs von Sachar Prilepin. Sein Fahrer wurde dabei getötet, Prilepin selbst und eine weitere Person wurden in ein Krankenhaus eingeliefert. Der Schriftsteller habe Verletzungen an beiden Beinen erlitten, hieß es von Seite der Ärzte. Auslöser der Explosion war Angaben der Ermittlungsbehörden zufolge eine Antifahrzeugmine, die auf der Straße gelegen habe. Ein Verdächtiger wurde verhaftet. Prilepin ist Co-Vorsitzender der Partei *Gerechtes Russland*. Die Außenamtssprecherin Maria Sacharowa reagierte, indem sie erklärte, die USA und Großbritannien seien für den Zwischenfall verantwortlich. Sie warf beiden vor, in der Ukraine eine weitere Terrorzelle gezüchtet zu haben. (ff)

»Jeder muss se Erlöser se

Die Ex-Ministerialrätin im österreichischen Verteidigungsm worauf es im Widerstand gegen den Great Reset ankom

DW: Frau Donner, Sie waren in Österreich neben anderen ein Flaggschiff im Corona-Widerstand, erfreuen sich auch in Deutschland einem zunehmenden Bekanntheitsgrad. Bitte stellen Sie sich für diejenigen, die Sie noch nicht kennen, kurz vor!
Monika Donner: Ich bin Jahrgang 1971, kam 1989 in den Bundesdienst, war zunächst Offizier der 4. Panzergrenadierbrigade in Linz, habe nebenbei Jura studiert und war ab 2002 als Juristin im Verteidigungsministerium tätig, von 2016 bis März 2022 als Ministerialrätin. Ich hatte beste dienstliche Zeugnisse, erhielt für meine Arbeit zahlreiche Auszeichnungen. Heute bin ich selbstständig als Autorin, diplomierte Lebens- und Sozialberaterin sowie strategische Analytikerin mit eigener Akademie und eigenem Verlag.

DW: Sie kamen einst als Junge auf die Welt, wussten aber von klein auf, dass Sie später als Frau leben würden. 2009 erlangten Sie erstmals öffentliche Aufmerksamkeit, als Sie vor dem Verfassungsgerichtshof den OP-Zwang für Transsexuelle kippten. Bis dato wurden transidente Menschen genötigt, sich einer genitalverstümmelnden Operation zu unterziehen. Waren Sie schon immer eine Rebellin?
M.D.: Das wurde mir quasi in die Wiege gelegt: Ich komme aus einer Beamtenfamilie mit Polizisten, Soldaten, Lehrern, die sich allesamt nie als Staats-, sondern als Volksdiener verstanden haben. Ich merkte schon als Kind, dass in der strengen Welt der Erwachsenen etwas nicht stimmt. In den Kindergarten musst man mich reintragen. Ich verspürte dort einen Zwang, der mir nicht guttat. Heute weiß ich: Es war eine erste Konditionierungsanstalt. Wir leben in einem menschenverachtenden System.

DW: Sie hatten in Ihrem Leben zwei Nahtoderfahrungen …
M.D.: Stimmt! 1992 hatte ich einen schlimmen Verkehrsunfall, sah plötzlich mein ganzes Leben im Zeitraffer ablaufen. 2012 erlitt ich eine Lungenentzündung, die zu einem Atemstillstand führte. Vor allem das letzte Erlebnis war – so unglaublich es sich anhört – wunderschön, denn ich habe dabei eine tiefe spirituelle Erfahrung gemacht, die für einen Umbruch in meinem Leben sorgte. Mir wurde klar: Der Tod ist nichts, wovor man sich fürchten muss. Wir haben nicht nur eine Seele, wir sind eine Seele. Unser Körper dient als ihr Transport- und Ausdrucksmittel.

»CORONA WAR FÜR MICH WIE EIN BEFREIUNGSSCHLAG«

DW: Seitdem Sie Bücher publizieren, in denen es u. a. um Massenmigration oder um die Hintergründe des Ersten Weltkrieges geht, wurden Sie mehrfach angezeigt und angefeindet, Sie erlebten sexistische Übergriffe, Diskriminierung, bekamen Morddrohungen. Das alles ging nicht spurlos an Ihnen vorbei …
M.D.: Ich habe mich so sehr seelisch aufgerieben, dass ich – entgegen meinem frohmutigen Naturell – Mitte 2018 schwer depressiv geworden bin. Aber ich habe mit der Krankheit nicht gehadert, sondern sie als Chance gesehen, weshalb ich auf Medikamente wie Psychopharmaka verzichtete. Ich sagte den Amtsärzten: »Diesen Dreck könnt ihr euch in den Arsch schieben!« Mir war klar: Nicht ich bin krank, sondern das System. Die Leute, die mich attackierten, hätten die Pillen schlucken müssen, nicht ich. Diese Einstellung war für mich der erste Schritt zur Heilung.

DW: Sie zogen sich einige Jahre zurück, dann kam Corona. Wie war das für Sie?
M.D.: Wie ein Befreiungsschlag. Mir war sofort klar, dass jetzt viel mehr Menschen verstehen, worüber ich schon seit vielen Jahren rede und schreibe. Ob jemand früher oder später aufwacht, sehe ich völlig wertfrei. Wichtig ist nur, dass es passiert.

DW: 2021 haben Sie Ihr Buch »Corona-Diktatur – Wissen, Widerstand, Freiheit« veröffentlicht, in dem Sie aufzeigen, dass alle Corona-Maßnahmen illegal und gegen die Gesundheit der Menschen gerichtet waren. Mit dem Buch flammten die Angriffe gegen Sie erneut auf. Ihr Dienstgeber beschuldigte Sie u. a. der Verletzung der Treuepflicht. Die Folge: Nach 32 Jahren im Bundesdienst wollte man Sie erst entlassen, dann kündigen, letztlich trennten Sie sich im gegenseitigen Einvernehmen.
M.D.: Der Bund einigt sich nur ungern, aber ich hatte gute Karten. Das Problem für meinen Dienstgeber war, dass alles, was ich in dem Buch geschrieben habe, wahr und belegt ist. Es als Entlassungsgrund herzunehmen, war absurd. Außerdem kam ich meiner Treuepflicht nach, denn diese habe ich gegenüber dem Volk, nicht gegenüber einer verrückten Regierung. Nicht der Bäcker oder der Fliesenleger muss zuerst aufstehen, sondern der Beamte, der von den Steuerzahlern finanziert wird und laut Verfassung und Beamtendienstrecht dazu verpflichtet ist, wenn die Befolgung von Weisungen Straftatbestände nach sich zieht, was bei Corona zweifelsfrei der Fall war.

DW: Sie werden vom *Mainstream* oft als Rechtsextremistin bezeichnet, die ihre Transsexualität einsetze, um derartige Vorwürfe abzuwehren. Was sagen Sie dazu?
M.D.: Meine Transidentität ist Privatsache, ich habe sie noch nie für irgendwas eingesetzt. Wie krank wäre das? Aber von meinen Kritikern wird sie angeführt, weil sie erkennen, dass ich ihr größter Feind bin. Schließlich können sie mich als transidente Person nicht bespucken, weil ich ihrem Narrativ einer schützenswerten Minderheit entspreche – aber zu ihrem Leidwesen nicht der mir zugedachten Opferrolle. Fakt ist: Ich wurde noch nie korrekt in der Sache kritisiert.

»ADOLF HITLER WAR EIN LINKER«



Monika Donner kämpft schon seit langem gegen eine verfassungswidrige Politik sowie für Freiheit und Menschenrechte. Dieses Engagement kostete ihr nach 32 Jahren im Bundesdienst den Job. Foto: privat.

DW: Wo ordnen Sie sich selbst politisch ein?
M.D.: Ich empfinde es als Auszeichnung, wenn mich jemand als rechtsradikal bezeichnet.

DW: Warum?
M.D.: Was Linke und Rechte unterscheidet, ist ihr Umgang mit der Freiheit: Den Rechten geht sie über alles, die Linken ordnen sie der Gleichschaltung unter. Dazu passt, was vielen nicht bewusst ist: Adolf Hitler und die National*sozialisten* waren ebenso wie die Kommunisten und Bolschewisten links. Wer ist dann rechts? Alle, die im Sinne einer echten Demokratie für die Freiheit aufstehen! Es ist ein Propaganda-Trick der Linken, dass sie diese Menschen als rechts bezeichnen und damit Nazis meinen.

DW: In Österreich eilt die rechte *FPÖ* derzeit von einem Wahlsieg zum nächsten. Stimmt Sie das positiv?
M.D.: Ich kenne keine Partei, die rechts ist. Bei der Corona-Diktatur haben *alle* mitgemacht: Die *FPÖ* war anfangs ebenso dabei wie die *AfD* in Deutschland. Oberflächlich betrachtet scheinen diese zwei Parteien besser zu sein als alle anderen, aber demokratisch und lösungsorientiert sind auch sie nicht. Es ist alles ein großer Etikettenschwindel. Macht korrumpiert. Das gilt auch für Amerika: Es spielt keine Rolle, ob *Demokraten* oder *Republikaner* regieren: Letztlich kommt derselbe Mist heraus. Ich kann mit Parteipolitik nichts anfangen, wähle schon lange nicht mehr.

DW: Wie stehen Sie zur *LGBTQ*-Bewegung?
M.D.: Mit der habe ich nichts am Hut, halte sie zu großen Teilen für wahnsinnig. Diesen Wahnsinn kann ich ein Stück weit nachvollziehen, denn was Jahrtausende unterdrückt wurde, schreit nach Befreiung und geht dann teilweise Irrwege. Eine Bevormundung durch eine Minderheit kann für eine Gesellschaft allerdings nicht gesund sein. Insbesondere die menschenverachtende Frühsexualisierung von Kindern verurteile ich auf das Schärfste.

DW: Der österreichische Gesundheitsminister Johannes Rauch *(Grüne)* verwendete vor kurzem – ähnlich wie zuletzt bereits die »Tagesschau« – in einem *Tweet* die geschlechtsneutrale Umschreibung »schwangere Person«. Wie finden Sie das?

ein eigener ein!«

ministerium Monika Donner erklärt, mt. | INTERVIEW von Klaus Müller

M.D.: Hierbei könnte es sich aus meiner Sicht um ein deutliches Signal für Geisteskrankheit handeln, inzwischen sogar für eine kollektive Geisteskrankheit. Vater und Mutter – die natürlichste Gewohnheit der Welt wird als Teufelswerk dargestellt und durch neutralisierende Begriffe ersetzt. Aber das gehört zur Agenda: Die Menschen werden permanent verwirrt, sie sollen entwurzelt werden, weil sie so dann noch leichter zu manipulieren sind. Auch das *Gendern* ist aus meiner Sicht nur ein Mittel zur Spaltung.

DW: In Ihrem aktuellen Buch »FREIHEUT – Handbuch für den Tiger in dir« geht es um »das geistig-seelische Rüstzeug für ein freies und selbstbestimmtes Leben«. Sie geben darin aber keine konkreten Handlungsempfehlungen …

M.D.: Im Buch geht es um Selbsterkenntnis, Selbstbefreiung und Selbstbestimmung, also um gelebte Individualität. Freiheit bedeutet, sein kreatives Potenzial zu leben. Zunächst sollte sich jeder fragen: Wer bin ich, was will ich und wie setze ich es um? Dafür gebe ich Hilfe zur Selbsthilfe. Was konkret zu tun ist, muss jeder für sich selbst entscheiden. Die Zeit des betreuten Denkens ist vorbei. Das Buch stellt das Werkzeug zur Verfügung, in die Hand nehmen muss es der Leser selbst.

DW: Sie zitieren im Buch aus dem Film *Matrix*: »Du wurdest wie alle in die Sklaverei geboren und lebst in einem Gefängnis, das du weder anfassen noch riechen kannst. Ein Gefängnis für den Verstand.« Ein realer Albtraum?

M.D.: 98 Prozent der Kinder kommen hochbegabt zur Welt, nach dem Durchlaufen des Schulsystems sind es nur noch zwei Prozent. Psychologische Expertisen belegen dies. Die Menschen sollen fleißig sein, sich klein fühlen und nicht merken, dass sie Sklaven sind.

DW: Wie schafft man es in Anbetracht einer totalitären Politik positiv zu bleiben?

M.D.: Glücklich sein, wenn alles passt, kann jeder Trottel. Um in einer irren Gesellschaft ein autonomes, glückliches Leben führen zu können, ist das erste Ziel, Kraft aus sich selbst zu schöpfen. Die Mittel dazu sind: Verstärkter Naturbezug, versuchen, analog zu leben und die Nutzung von Fernseher, Computer und *Smartphone* auf ein Minimum zu drosseln, Verzicht auf Leitmedien, Vernetzung mit ähnlich tickenden Menschen, liebevolle Beziehungen pflegen. Wichtig ist auch, dass man die eigenen Ängste kennt, transformiert und als Verbündete nutzt. Und man sollte sich nur von seinem Herzen, also der Intuition, leiten lassen.

DW: Sie bezeichneten die »Blödemie« mal als eine Beleidigung für den gesunden Menschenverstand, weil die Lüge für jeden offensichtlich war. Warum haben dennoch so viele mitgemacht?

M.D.: Weil wir alle von klein auf indoktriniert, zum Gehorsam erzogen und dazu angehalten werden, nicht auf unsere innere Stimme zu hören. Das Individuum ist, auch wenn das Gegenteil behauptet wird, in unserer Gesellschaft nur wenig wert. Bei Krisen kommt der Heilsbringer angeblich stets von außen, dabei muss jeder sein eigener Erlöser sein. Die Folge: Menschen ordnen sich unter. Im Kollektiv könnte man sie problemlos in den Abgrund führen. Darüber würden sie sich sogar noch freuen, weil sie froh sind, dass ihnen jemand sagt, wo es langgeht.

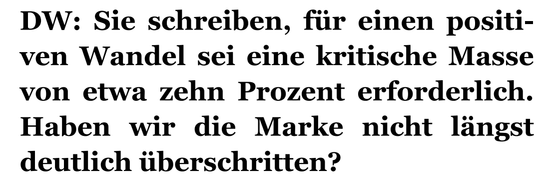
»ES IST UNSER KRIEG – WIR ALLE SIND ZEITZEUGEN«

DW: Das Buch*cover* von »FREIHEUT« zeigt einen Tiger mit einem umgelegten Schafsfell. Was hat es damit auf sich?

M.D.: 99 Prozent der Menschen halten sich für ein Schaf, weil sie sich für Geld, Ansehen oder Macht mit einer Rolle in dieser Gesellschaft identifizieren. Oder für ein trügerisches Gefühl der Sicherheit, so fühlen sich zum Beispiel viele Beamte nicht als Volksdiener, sie üben ihren Beruf nur aus, weil er als sicher gilt. Viele von ihnen sagen: Ich mache nur meinen Job. Ein solches Verhalten hat früher oder später immer in Diktaturen geführt. Aber: Sie alle haben einen Tiger in sich schlummern. Würde man ihnen einen Spiegel vorhalten, würden sie erkennen, dass das Schafsfell nur umgelegt ist.

DW: Viele haben Angst, ihr Schafsfell abzulegen. Sie fürchten sich vor materiellem Verlust und sozialer Ausgrenzung …

M.D.: Mein Vermögen sind nicht irgendwelche Besitztümer oder Geld, sondern das, was ich vermag. Ich schöpfe aus meiner Seelenkraft. Die Leute sollten sich nicht fragen, was passiert, wenn sie in den Widerstand gehen. Sie müssen sich fragen: Was passiert, wenn sie es nicht tun? Der vermeintliche Frieden der Unterdrücker wäre weitaus schrecklicher als der Krieg, den wir jetzt führen. Böse kämpft gegen Gut. Was wir gerade erleben, ist der bislang größte Angriff auf die Freiheit und Individualität des Menschen. Es ist unser Krieg. Wir alle sind Zeitzeugen. Ich empfinde das als Ehre. Wir müssen nur eines tun: Den Tiger in uns erwecken und unseren Arsch von der Couch hochbewegen. Das ist die leichteste Übung der Menschheitsgeschichte. Das eine Prozent der Unterdrücker fürchtet sich vor dem Erwachen der bisher beherrschten 99 Prozent.



DW: Sie schreiben, für einen positiven Wandel sei eine kritische Masse von etwa zehn Prozent erforderlich. Haben wir die Marke nicht längst deutlich überschritten?

M.D.: Bitte nicht verwechseln: Eine große Masse von rund 60 Prozent begreift, dass etwas schiefläuft und ist unzufrieden mit Politik und Medien. Aber wie viele von ihnen leben bereits ihre Privatautonomie verantwortungsbewusst aus? Vielleicht zwei Prozent.

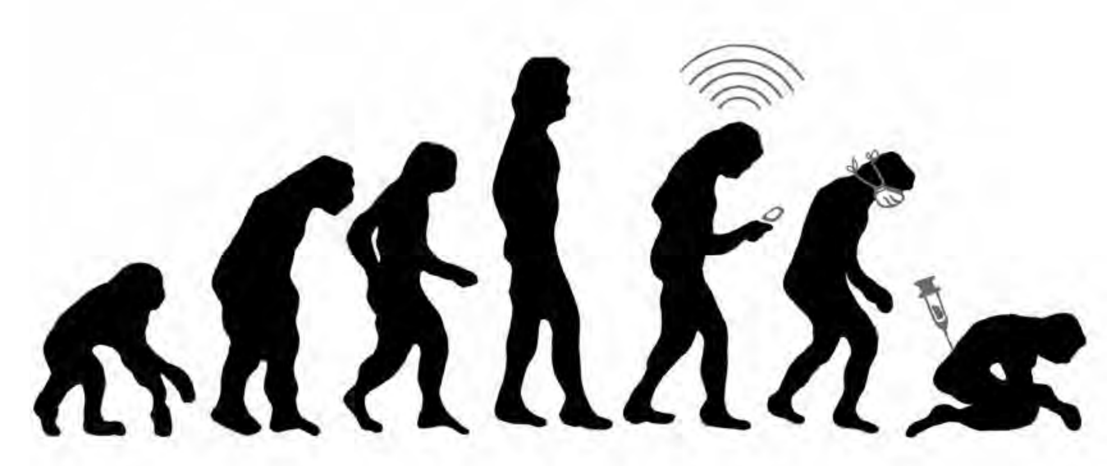
DW: Sie erwähnen zwei denkbare Entwicklungen bis 2030 – eine digitale Diktatur oder eine analoge Freiheit. Welches Szenario schätzen Sie realistischer ein?

M.D.: Das zweite. Aber wir müssen auf der Hut sein. Die Gegenseite ist zwar verrückt, aber nicht dumm. Ihr Hauptziel haben sie erreicht: Während jeder mit Masken und Spritzen beschäftigt war, wurde die Einführung einer digitalen Währung vorangetrieben. Auch über 5G hat sich kaum jemand aufgeregt. Wenn sie bald die Taktung erhöhen, werden sie es intelligenter und subtiler anstellen als bei Corona. Sie haben eine Klaviatur, auf der sie die verschiedensten Melodien spielen können: Hyperinflation, *Blackouts*, migrationsbedingte Spannungen in der Bevölkerung, bürgerkriegsähnliche Zustände …

DW: Was stimmt Sie zuversichtlich?

M.D.: Die Wahrheit setzt sich immer durch. Und die historische Entwicklung der Menschheit zeigt, dass sie zunehmend in Richtung Freiheit tendiert. Deshalb agieren die Machthaber auch immer verrückter und menschenverachtender. Sie wissen, dass ihnen die Felle davonschwimmen: die Schafsfelle.

DW: Frau Donner, vielen Dank für das Gespräch.



Ein Bild aus Monika Donners Buch »Corona-Diktatur«: Die Entwicklung des *Homo sapiens* vom Primaten über den aufrechtstehenden Menschen bis hin zum verstrahlten *Smartphone*-Nutzer, dem gebückten Maskenträger und dem schließlich niedergespritzten restmenschlichen Etwas.



Das Letzte – von Anselm Lenz

Sehr geehrte Leserinnen (m/w)!

Wir werden nicht weichen und diese Zeitung wird bald zusätzlich zu Verteilung (Seite 7) und Abo (Seite 16) auch an jedem Kiosk im deutschsprachigen Raum beziehbar sein – neben BamS und Bums. Es ist eine pressehistorisch einmalige Geschichte, die wir mit dem DW schreiben – und es ist erst der Anfang.

Die Aufregung, die sich um dieses unser Blatt von Beginn an rankt, nehmen wir zum Antrieb, nicht zum Abbremsen. Deshalb fragt man sich manchmal, warum auch aus dem Hinterhalt auf uns, bildlich, gefeuert wird (Seiten 12/13), und warum uns trotz extrem klammer Produktionsbedingungen soviel Neid und Missgunst trifft. Es hat schon einen Grund, warum wir – und damit meine ich meinen Kollegen Hendrik Sodenkamp und mich – etwas mehr »diejenigen welchen« sind als andere, die es in dieser Sache eben etwas weniger oder gar nicht sind.

Bereits mit dem Nestroy-Preis nominierten Unternehmen »Das Kapitalismustribunal« wandten wir uns von einem Politik- und Kunstbegriff ab, der sich als höfisches Betratungsbeiwerk der Herrschenden versteht. Die Geschichten dieser Welt haben einen Anfang und ein Ende. Es gibt den freien Willen, wir sind nicht »Geworfene« (Schopenhauer), jedenfalls nicht nur, sondern in der Lage, uns und die Welt, die uns umgibt, zu Lebzeiten zu formen.

Demgegenüber beobachteten wir seit Längerem einen Rückfall in voraufgeklärte Haltungen, die sich heute im Glauben an sogenannte Memes zeigt. Ich persönlich habe die Faxen dicke von beschwichtigen Parolen wie »Die Veränderung ist in uns«. Meines Erachtens sind für das Gebet die Kirchen zuständig beziehungsweise, mehr noch, die Zwiesprache mit dem Göttlichen, am besten in einer kühlenden Kathedrale, die das Erhabene in würdigen Formen zeigt. In solchen Bauten findet sich vielleicht tatsächlich etwas von dem, wozu langfristiges Denken mit der tätigen Aneignung unserer Umwelt in der Lage sind. Die Ergebnisse können uns wie Wunder erscheinen.



Widerstand ist Handarbeit Foto: Gemeinfrei

So war ich am 28. März 2020 auch im Reinen mit mir und den Entwicklungen, als ich die Demokratiebewegung gründete und den 5-Punkte-Plan vorlegte. Dieser lautet wie folgt.

I. Sofortiges Ende der Corona-Maßnahmen auch in Deutschland. II. Wiedereinhaltung des Grundgesetzes, des Nürnberger Kodexes und des Menschenrechtes in Wortlaut und Sinn. III. Neuwahlen unter Brechung des Parteienprivilegs mit imperativen Mandaten. IV. Volksentscheide über alle grundlegenden Angelegenheiten. (Waffenlieferungen – ja oder nein? Bargeldabschaffung – ja oder nein? Großkonzerne zerlegen oder enteignen – ja oder nein? Und so weiter.) V. Verfassungserneuerung auf Basis des Grundgesetzes mit Wirtschafts- und Sozialcharta.

Den ersten Punkt haben wir erreicht und es ist unser aller Sieg. Bleiben noch vier weitere bis zum umfassenden Sieg! Herzlich entschlossen grüßt,

Anselm Lenz | Journalist, Verleger

BBC & Schweine-Taz: Angriff auf DW

Von Anselm Lenz

»Lieber Anselm Lenz, Ihr Brief an die BBC ist präzise und notwendig. Lüge und Verleumdung sind nun von der Pandemie zum Krieg verlagert worden (…) Beste Grüße, Giorgio Agamben«

WARUM WIR GERADE JETZT IHRE UNTERSTÜTZUNG BRAUCHEN?

1. Seit unserer Ankündigung, dass unsere Wochenzeitung auch an jeden Kiosk kommen wird, drehen Konkurrenz und das tyrannische Regime mal wieder frei. Zunächst wurde unser Mitherausgeber Professor Michael Meyen politisch, beruflich und medial massiv bedroht (wir berichteten). Meyen ist einer von Dutzenden ProfessorInnen, die den DW unterstützen und als Journalistikprofessor ein Ausweis von Qualität und Relevanz unserer Zeitung. Das wurmt das Regime, das sich ganz offensichtlich mit der Pressefreiheit als nicht mehr vereinbar sieht.

Dann dies: Zwei Tage nach der Verlautbarung unserer baldigen Verfügbarkeit an allen Kiosken in Österreich, der Schweiz, der BRD und darüber hinaus wurde zum zwölften Male auf politische Weisung hin unserer Konto geschlossen. (Anmerkung: Die neuen Angaben sind funktionstüchtig.) Für unsere Leserinnen, Verteiler und Förderer bedeuten die Kontowechsel immer einen Aufwand, für uns verlorene Arbeits- und Geschäftstage.



Diese Wühlerei der British Broadcast Corporation geht nach Informationen, die uns über unsere beauftragen Privatdetekteien vorliegen, unter anderem auf die tief in den kriminellen Gesamtsumpf verstrickte Wochenzeitung *Die Zeit* zurück. Die *BBC* schrieb ab 24. April 2023 mindestens 40 Persönlichkeiten im privaten und professionellen Umfeld dieser Wochenzeitung an, um zu einem Podcast (Radio-Zusammenschnitt) einzuladen, der angeblich in einigen Monaten auf den Kanälen der *BBC* laufen solle. Auffällig ist, dass die *BBC* und ihre *Fake*-Redakteurin Marianna Spring auch vor dem privaten Umfeld nicht Halt machten und Kinder wie Familie in Anschlag bringen.

Von unserer Partnerzeitung *The Light* in Manchester waren wir bereits vorgewarnt worden. Schließlich erreichte auch mich eine Einladung von Frau Spring.

»Ich melde mich, um mit Ihnen über eine kommende Podcast-Serie für *BBC* Radio 4 zu sprechen, die wir planen, in einigen Monaten zu versenden. Ich will mehr verstehen über *Online*- und *Offline*-Bewegungen und von Medien, die seit der Covid-19-Pandemie im Vereinigten Königreich und darüber hinaus aufgekommen und gewachsen sind. Ich möchte mit Ihnen über den Demokratischen Widerstand sprechen. Ich will Ihnen die Gelegenheit geben, einige Fragen zur Zeitung zu beantworten und wie sie funktioniert, wie auch über Verbindungen ins Vereinigte Königreich.«

Wir kennen derlei vermeintlich unverfängliche Anquatschversuche. Auffällig ist hier indes der autoritäre Unterton (»will Ihnen Gelegenheit geben, Fragen zu beantworten«), der unter Kollegen im Journalismus völlig unüblich ist – zudem noch über Landesgrenzen hinweg. Das schließlich persönliche Anschreiben von Frau Spring, erforderte eine abschließende Antwort, die wir im Folgenden dokumentieren.

»Liebe Marianna Spring, wir haben die Berichterstattung der *BBC* zu Covid/Corona recht eng mitverfolgt. Wir wurden dabei zu Zeugen gemacht, wie die *BBC* mit verleumderischer Berichterstattung die lebhaften Massendemonstrationen gegen die Maßnahmen und das generelle »Narrativ« im Vereinigten Königreich darstellten.

Weiters wurden wir Zeugen, wie mit dem deutschen Demokraten, Oppositionellen und Anwalt, Herrn Samuel Eckert, von Seiten der *BBC* im Jahre 2021 umgegangen wurde. Die Begriffe Verleumdung und struktureller Antisemitismus sind noch die harmloseren, die unser Expertengremium, das aus Dutzenden UniversitätsprofessorInnen besteht, dafür verwendet, das kriminelle Verhalten der *BBC* (und anderer) in diesem und weiteren Fällen zu beschreiben. Ganz offensichtlich WOLLEN Sie Menschen, Ehen, Familien, Nachbarschaften und so weiter zerstören.

UM ES KURZ ZU MACHEN: WIR BEOBACHTEN SIE BEI DER *BBC*

Dabei helfen uns Tausende von Kontakten und Freunde überall in Großbritannien und englischsprachigen Ländern weltweit. Wir verfolgten mit Begeisterung, wie das englische Volk in den Jahren 2020 und 2021 in seine Rundfunkanstalten eindrang. Wir sehen uns geeint und an der Seite des britischen Volkes in seinem Kampf für Aufklärung und sehen uns als ihre Waffenbrüder gegen diese und andere Lügen, gegen Kriegstreiberei im Westen und für die Befreiung von Julian Assange und anderen politischen Gefangenen.

Niemand von uns ist Nationalist noch Revanchist, wir hier sind nichtmal Konservative. Wir hören gern die Musik von The Stone Roses und Pink Floyd, genauso wie Ramstein. Nichtsdestotrotz und nach bald acht Jahrzehnten seit dem Ende von WK2 fragen wir gemeinsam mit unseren wöchentlich mehr als 100.000 Lesern, wie lange englische und amerikanische Soldaten noch die Besetzung unseres über 2.000 Jahre alten Landes, Deutschland, aufrecht erhalten wollen? (Bringt eure Jungs nachhause und kommt zurück als Freunde und lasst uns zum Beispiel ein friedvolles Bier in einem unserer prächtigen Biergärten einnehmen.)

Wie dem auch sei, ich könnte Ihnen hiermit zusagen, dass ich für ein Live-Interview zur Verfügung stünde von sechs Minuten bis drei Stunden Dauer. Mein Englisch soll auch für Fachthemen sendefähig sein. Da ein live und direkt gesendetes Interview aber nicht stattfinden wird – wie Sie ja wissen – verabschieden wir uns an dieser Stelle und bitten von weiteren Belästigungen abzusehen.

Zum Schluss erlauben wir uns noch festzustellen, dass insbesondere Sie, Marianna Spring, seit Mitte 2021 für die Verleumdung von Oppositionellen eingesetzt werden. Insofern steht eine Fortsetzung der Kommunikation mit Ihnen für die Wochenzeitung Demokratischer Widerstand außerhalb jeder Möglichkeit, sowohl für die Herausgeber wie auch für die Redaktion.

Mt freundlichen Grüßen,

Ihnen, Ihren Kollegen, Familienmitgliedern und Freunden beste Gesundheit wünschend,

Anselm Lenz
Journalist, Verleger,
Gründer der neuen deutschen Demokratie- und Friedensbewegung seit 28. März 2020«

Die Reaktion und Einschätzung des DW-Mitherausgebers Professor Giorgio Agamben lesen Sie oben in der Präambel dieses Textes. Ebenso hat das Schreiben die explizierte Unterstützung des DW-Mitherausgebers Professor Rudolph Bauer bekommen.

3. Die Ausstellung der Künstlerin Jill Sandjaja im Herzen von Berlin-Kreuzberg regte den neofaschistischen Propagandabeauftragten der Tageszeitung *Taz*, Pseudonym »Erik Peter«, dermaßen auf, dass er mal wieder in die Tasten greifen musst und uns erneut eine kostenlose Werbung verschaffte: »Entartete Kunst!« schrie der Problempenis. Die Leserschaft der Wochenzeitung Demokratischer Widerstand besteht bereits zu fast einem Viertel aus ehemaligen *Taz*-AbonnentInnen, es dürften nun noch mehr werden.

Aber was soll man das Niveau von einem solch widerlichen Schwein wie »Erik Peter« noch unterbieten? Wer Kunstausstellungen, Buchverlage und Zeitungen bekämpft, hat sich selbst längst als elendes Würmchen entblößt. Ist es unterdrückte Homosexualität? Oder hysterisch hervorbrechende Lust am Auslöschen? Typen wie »Peter« und seinesgleichen sind im klassischen Wortsinne Totalitaristen und, wenn man so will, Nazis.

➔ Fortsetzung auf Seite 15

Neu! VERANSTALTUNGSKALENDER

14.05.2023 • Berlin; Kühlspot, Lehderstr. 74, 13086 Berlin • KONZERT von Yann Song King • Beginn 20 Uhr • Tickets an der Abendkasse

19.05.2023 • Helmstedt; Marktplatz am Rathaus • AUSSTELLUNG • »Galerie des Grauens« von Peter Ganz • 10 bis 18 Uhr • Eintritt frei

20.05.2023 • Karlshagen; Haus des Gastes, Hauptstr. 4, 17449 Karlshagen • KABARETT • »Lügen und andere Wahrheiten« von und mit Uli Masuth • Einlass ab 19.30 Uhr • Tickets: 15 Euro unter kabarett-musik.de

20.05.2023 • Wolfenbüttel; Schlossplatz • AUSSTELLUNG • »Galerie des Grauens« von Peter Ganz • 10 bis 18 Uhr • Eintritt frei

23.05.2023 • Berlin; Literaturhaus Berlin, Fasanenstr. 23, 10719 Berlin • GESPRÄCH • «Grundsetzlich« Dieter Grimm und Nora Bossong im Gespräch mit René Schlott • 19 Uhr • Tickets: 8€, ermäßigt 5€ unter literaturhaus-berlin.de

23.05.2023 • Burgau; Kirchplatz • AUSSTELLUNG • «74.Jahrestag unseres Grundgesetzes in der Galerie der Erkenntnisse • ab 15 Uhr • Eintritt frei, quo-vadis.unsere-verfassung.de

26.05.2023 • Braunschweig; Kohlmarkt • AUSSTELLUNG • »Galerie des Grauens« von Peter Ganz • 10 bis 18 Uhr • Eintritt frei

02.06.2023 • Berlin; Musikbrauerei, Greifswalder Str. 23a, 10405 Berlin • KONZERT UND TALK • »4. Solikonzert für Julian Assange« mit Kilez More, Piet Starrett, BasisBandBerlin, Andre Krengel, das Jens Fischer Rodrian Trio & Alexa Rodrina; Talkrunde mit Ulrike Guérot, Gabriele Gysi, Katrin Seibold, Uli Gellermann, Nina Maleika und Captain Future • Einlass ab 18.30 Uhr • Soli-Tickets: 19,50 Euro unter protestnoten.de und an der Abendkasse

01. und 02.07.2023 • Berlin; Hotel Aquino, Hannoversche Str. 5b, 10115 Berlin • PSYCHOLOGIE-SYMPOSIUM • »Aus der Angst in die Selbstermächtigung« mit Bastian Barucker, Katja Wrobel, Katharina von Weiler, Prof. Klaus-Jürgen Bruder uva. • Tickets unter ppt-symposium-selbstermaechtigung.de

03.06.2023 • Berlin; Mauerpark, Amphitheater • FRIEDENSFEST, KONZERT • «Musik ist unsere Waffe« mit Kilez More, Captain Future, Perin Dinekli, Bustek&Lapaz, Basis Band Berlin u.v.m. • ab 14 Uhr • Eintritt frei

09.06.2023 • Bitburg, Stadthalle, Römermauer 4, 54634 Bitburg • KABARETT • »Lügen und andere Wahrheiten« von und mit Uli Masuth • 19.30 bis 21:30Uhr • Tickets: 33 Euro unter kabarett-musik.de

Wenn wir Ihre Veranstaltung ankündigen sollen, schreiben Sie eine Email an *veranstaltung@demokratischerwiderstand.de* Aktuelle Hinweise gibt es im Newsletter über *https://nichtohneuns.de*

DW-EMPFEHLUNGSLISTE

Diese Bücher sind im freien Handel erhältlich.
Neue Rezensionsexemplare bitte schicken an
DW/KDW | Postfach 35 02 16 | 10211 Berlin



DAS KONSPIRATIONISTISCHE MANFEST

Anonym
Sodenkamp & Lenz Verlagshaus
ISBN: 9783982274591



LÜGEN, LÜGEN, LÜGEN
Terror, Tyrannei und Weltenbrand als Neue Normalität der Globalisten
Flo Osrainik
Rubikon-Verlag
ISBN: 978-3-96789-038-9



CORONA-DIKTATUR
Wissen, Widerstand, Freiheit

Monika Donner
Monithor-Verlag
ISBN: 978-3950331448



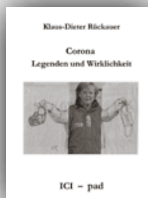
FREIHEUT
Handbuch für den Tiger in Dir

Monik Donner
Monithor-Verlag
ISBN: 978-3-9503314-6-2



DER ALTE, WEISSE MANN
Sündenbock der Nationalist

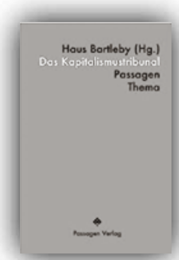
Norbert Bolz
LMV-Verlag
ISBN: 978-3784436531



CORONA. LEGENDEN UND WAHRHEIT
Klaus-Dieter Rückauer
pad-Verlag
bestellbar unter:
pad-verlag@gmx.de



DIE (SELBST)ZERSTÖRUNG DER DEUTSCHEN LINKEN
Von der Kapitalismuskritik zum woken Establishment
Sven Brajer
Promedia-Verlag
ISBN: 978-3-85371-515-4



DAS KAPITALISMUSTRIBUNAL
Zur Revolution der ökonomischen Rechte
Haus Bartleby (Hg.)
Passagen-Verlag
ISBN: 978-3709202203



DIE CORONA-LITANEI
Gedichte gegen die verordnete Verödung des Lebens

Werner Köhne
Sodenkamp & Lenz Verlagshaus
ISBN: 978-3982274584



NATO-GEHEIMARMEEN IN EUROPA
Inszenierter Terror und verdeckte Kriegsführung
Daniele Ganser
Westend-Verlag
ISBN: 978-3864898839

Fortsetzung von Seite 14



DW-Herausgeber Hendrik Sodenkamp und Anselm Lenz.
Foto: DW-Youtube

Auch das haben wir geschworen: Das Muttersöhnchen »aus gutem Hause« wird die Quittung für sein Treiben noch bekommen. Womöglich einfach nur dann, wenn tatsächlich einmal ganz Kreuzberg in der Konzernzentrale der *Taz* – sagen wir – zum Mittagstisch in der Kantine sitzt (Friedrichstraße 21, 10969 Berlin). Denn die Stimmung ist auch in »X-Berg« längst gekippt. Möglicherweise ist das betrogene »grüne Milieu« jenes, das den Laden am Ende wirklich umstürzt, wer weiß?

Überhaupt ist es eine interessante Querfront-Mischung, die wir hier versammeln. Es ist wie 1989 – oder mehr noch: 1848 – und ein paar gestählte Kommunistinnen und ein paar schlagkräftige Hooligans sind auch dabei. Wunderbar! Alles schön gegen Nato, Corona-Lüge, Medienkonzerne, die da oben und den Terrorstaat. Wer die Begriffe braucht: Arbeiterklasse und kleiner Mittelstand. Komplett die Schnauze voll und das wird auch nie mehr »wieder gut«. Jedenfalls nicht mit dieser Macht- und Medienriege.

Unsere Feindaufklärung ist nicht schlecht, bereits ab Mai 2020 beauftragten wir mit der Redaktion teils internationale Privatdetekteien, um – übrigens völlig im Rahmen des Legalen und Anständigen – systematisch zu ermitteln, mit welchen Gegnern wir es zu tun haben.

Diese Arbeit, die wir redaktionell aus mehreren Gründen nicht mit abdecken können, ist kostenintensiv und trotzdem vergleichsweise ineffizient. Wir halten unsere Privatdetekteien trotzdem im Sinne der Aufklärung, der Dokumentaristenpflicht und zur strategischen Ausrichtung der Demokratiebewegung weiterhin für wichtig

Um unsere Arbeit weit streuen und damit absichern zu können, haben wir seit einiger Zeit erhöhte Transit- und Anmietungskosten. Wir wollen unsere Unterstützerschaft nicht strapazieren, weisen aber darauf hin, dass wir bislang ALLE unsere Zusagen eingehalten haben und keinen Vergleich scheuen. Weder mit jedem anderen Medienbetrieb noch mit dem bunten Tummelplatz an Anwaltsvereinen, Personality-Shows, Initiativen und Parteien, der sich in unserem Gefolge gebildet hat.

Wir freuen uns ehrlich über jede Initiative, die etwas zu Wege bringt, möchten aber hiermit einmal darauf hinweisen, dass man Originale nicht zweimal bekommt. Wir brauchen aktuell sinnvolle und zählbare Unterstützung und haben überhaupt keine Angst davor, wenn jemand, der es kann und will, eine Null zusätzlich anklickt oder einen Dauerauftrag einrichtet, mit dem wir planen können.

Dieser Text erschien im 599. Newsletter von NichtOhneUns.de und wurde für diese Zeitung behutsam gekürzt.



SPORT MIT BERTHOLD

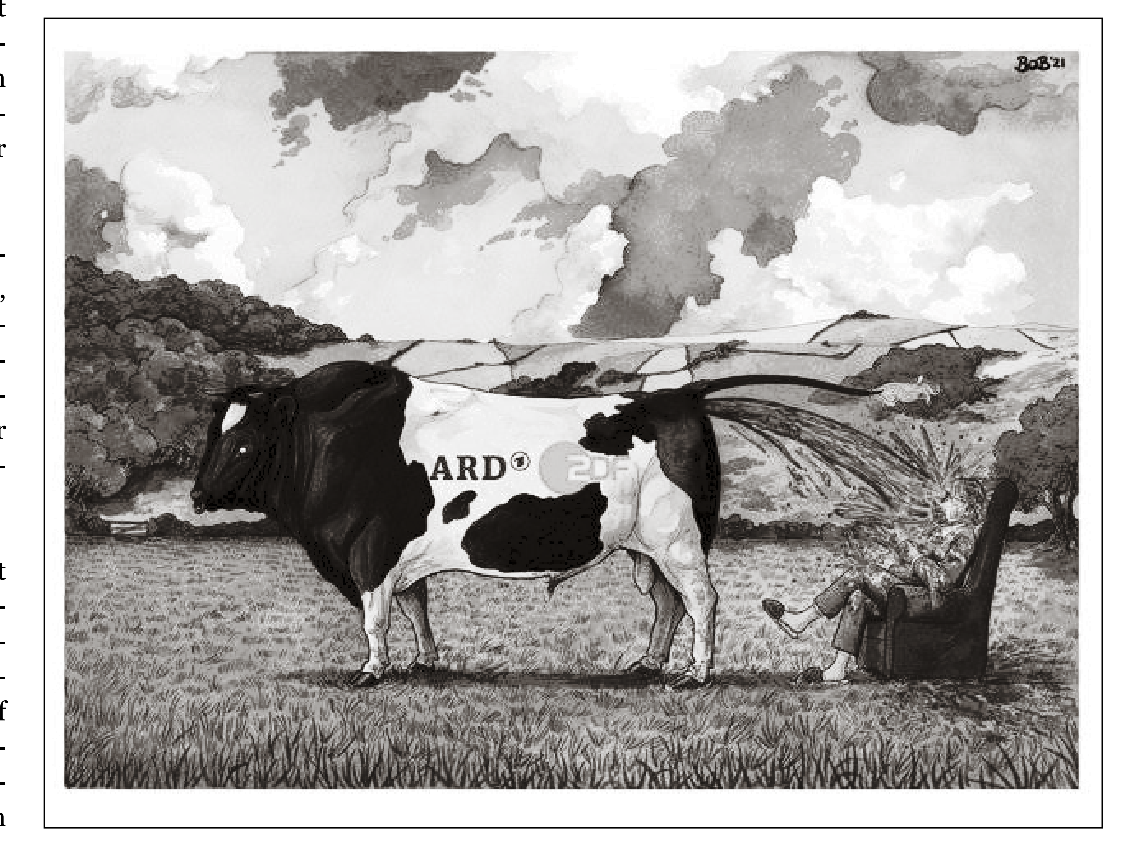
AKTIVE FANS UND FANGESÄNGE

In französischen Fußballstadien reißen die Sprechchöre gegen den Präsidenten Macron und dessen Politik nicht ab. In Glasgow feierten die Celtic-Fans gegen die bevorstehende Krönung von Prince/King Charles.

Die Fans haben anscheinend verstanden, was für eine mediale Manipulation stattgefunden hat. Solche Aktionen in Frankreich und Schottland sind nur zu begrüßen. Das wünsche ich mir auch vermehrt in Deutschland. Zu meiner Zeit gab es nie einen vergleichbaren Zustand in Deutschland.

Würde ich mir also heute klare Statements von den Rängen wünschen, wie zum Beispiel gegen die »Impfung«, wie 2021 in Bielefeld und teils auch bei Eintracht Frankfurt geschehen? Meine Antwort lautet: Ja. Denn ein Stadion ist zugleich auch immer eine Art Medium für den Sport, das Spiel, für die Lebenswirklichkeit der Menschen.

Thomas Berthold ist unter anderem Fußballweltmeister 1990 und Sportchef dieser Zeitung.





MIT DEM MANTA UNTER FEUER

KOLUMNE MEDIEN

von Prof. Michael Meyen

Gerade wird Til Schweiger durch das Mediendorf getrieben. Alkohol, Gewalt und überhaupt. Vom Erfolg besoffen und damit ein Schandfleck in unseren sauberen Kinos. Anlass dürfte sein neuester Film sein.

Die Kritiker waren sich selten so einig wie Ende März. Leider richtig grottig, diese Fortsetzung von *Manta Manta.* Ein dämlicher Totalausfall. Wenn schon die Leitmedien ganz tief in die Wortkiste greifen, bleibt für das Publikum nicht mehr viel Luft nach oben. »War ein Scheiß Film«, schreibt Nutzer termirambo auf der Plattform Moviepilot. »Dumpfbacken haben darin sogar noch Nostalgie gesehen.«

Nun: Rezensionen und Sterne-*Ratings* sind das eine. Im Kino zählt am Ende nur die Kasse. *Manta Manta – Zwoter Teil* hat in Windeseile mehr als eine Million Besucher angelockt. Für deutsche Filme ist das eine Schallmauer, an der fast alle zerschellen. Ich habe mir das Spektakel in Cham angeschaut. Lauter junge Leute im größten Saal. Und hinterher Motorengeheul in der ganzen Stadt.

»Autos bedeuten Freiheit«, sagt Til Schweiger vor Abiturienten und Eltern, die alle als Habeck-Fans durchgehen könnten. »Und ich liebe Freiheit.« Dieser Film liebt viele, die sonst nirgendwo mehr zu Wort kommen. Menschen, die sich die Hände schmutzig machen müssen, um leben zu können. Machos. Menschen, die nicht mit der Kreditkarte wedeln, wenn der Kellner kommt. Frauen, die stehenbleiben, wenn die Prügelei beginnt.

Vermutlich geht all das nur in einer Zote, die nicht halt macht vor Fäkalhumor und außerdem eine Art Freifahrtschein mitbringt aus der guten alten Zeit. Dann kann man lästern über einen Mann, der zur Frau wurde, um lesbisch sein zu dürfen. Dann kann man sogar vor Augenkrebs warnen, wenn ein Auto in den heiligen Farben gelb-blau einrollt.

Ich will hier nicht alles verraten. Ich will auch nichts sagen zu den vielen Dingen, die Til Schweiger jetzt angehängt werden. Der Medienforscher in mir fragt immer nach dem Zeitpunkt der Kampagne. Warum ausgerechnet jetzt, wenn man das doch schon ganz lange gewusst haben will? Das Kino ist hier nicht anders als das Leben: Wenn die Attacke gegen den Inhalt ins Leere läuft, wird auf die Person gezielt. Danke für einen tollen Film, Til Schweiger.

Grundgesetz

Die ersten 20 Artikel unserer Verfassung. Das Grundgesetz steht über der Regierung. Wenn eine Regierung die Verfassung bricht, haben die Menschen das Recht zum Widerstand. Artikel 1 und Artikel 20 sind zusätzlich durch die Ewigkeitsklausel geschützt. Unsere unabschaffbaren Grundrechte:

Artikel 1
(1) Die Würde des Menschen ist unantastbar. Sie zu achten und zu schützen ist Verpflichtung aller staatlichen Gewalt.
(2) Das Deutsche Volk bekennt sich darum zu unverletzlichen und unveräußerlichen Menschenrechten als Grundlage jeder menschlichen Gemeinschaft, des Friedens und der Gerechtigkeit in der Welt.
(3) Die nachfolgenden Grundrechte binden Gesetzgebung, vollziehende Gewalt und Rechtsprechung als unmittelbar geltendes Recht.

Artikel 2
(1) Jeder hat das Recht auf die freie Entfaltung seiner Persönlichkeit, soweit er nicht die Rechte anderer verletzt und nicht gegen die verfassungsmäßige Ordnung oder das Sittengesetz verstößt.
(2) Jeder hat das Recht auf Leben und körperliche Unversehrtheit. Die Freiheit der Person ist unverletzlich. In diese Rechte darf nur auf Grund eines Gesetzes eingegriffen werden.

Artikel 3
(1) Alle Menschen sind vor dem Gesetz gleich.
(2) Männer und Frauen sind gleichberechtigt. Der Staat fördert die tatsächliche Durchsetzung der Gleichberechtigung von Frauen und Männern und wirkt auf die Beseitigung bestehender Nachteile hin.
(3) Niemand darf wegen seines Geschlechtes, seiner Abstammung, seiner Rasse, seiner Sprache, seiner Heimat und Herkunft, seines Glaubens, seiner religiösen oder politischen Anschauungen benachteiligt oder bevorzugt werden. Niemand darf wegen seiner Behinderung benachteiligt werden.

Artikel 4
(1) Die Freiheit des Glaubens, des Gewissens und die Freiheit des religiösen und weltanschaulichen Bekenntnisses sind unverletzlich.
(2) Die ungestörte Religionsausübung wird gewährleistet.
(3) Niemand darf gegen sein Gewissen zum Kriegsdienst mit der Waffe gezwungen werden. Das Nähere regelt ein Bundesgesetz.

Artikel 5
(1) Jeder hat das Recht, seine Meinung in Wort, Schrift und Bild frei zu äußern und zu verbreiten und sich aus allgemein zugänglichen Quellen ungehindert zu unterrichten. Die Pressefreiheit und die Freiheit der Berichterstattung durch Rundfunk und Film werden gewährleistet. Eine Zensur findet nicht statt.
(2) Diese Rechte finden ihre Schranken in den Vorschriften der allgemeinen Gesetze, den gesetzlichen Bestimmungen zum Schutze der Jugend und in dem Recht der persönlichen Ehre.
(3) Kunst und Wissenschaft, Forschung und Lehre sind frei. Die Freiheit der Lehre entbindet nicht von der Treue zur Verfassung.

Artikel 6
(1) Ehe und Familie stehen unter dem besonderen Schutze der staatlichen Ordnung.
(2) Pflege und Erziehung der Kinder sind das natürliche Recht der Eltern und die zuvörderst ihnen obliegende Pflicht. Über ihre Betätigung wacht die staatliche Gemeinschaft.
(3) Gegen den Willen der Erziehungsberechtigten dürfen Kinder nur auf Grund eines Gesetzes von der Familie getrennt werden, wenn die Erziehungsberechtigten versagen oder wenn die Kinder aus anderen Gründen zu verwahrlosen drohen.
(4) Jede Mutter hat Anspruch auf den Schutz und die Fürsorge der Gemeinschaft.
(5) Den unehelichen Kindern sind durch die Gesetzgebung die gleichen Bedingungen für ihre leibliche und seelische Entwicklung und ihre Stellung in der Gesellschaft zu schaffen wie den ehelichen Kindern.

Artikel 7
(1) Das gesamte Schulwesen steht unter der Aufsicht des Staates.
(2) Die Erziehungsberechtigten haben das Recht, über die Teilnahme des Kindes am Religionsunterricht zu bestimmen.
(3) Der Religionsunterricht ist in den öffentlichen Schulen mit Ausnahme der bekenntnisfreien Schulen ordentliches Lehrfach. Unbeschadet des staatlichen Aufsichtsrechtes wird der Religionsunterricht in Übereinstimmung mit den Grundsätzen der Religionsgemeinschaften erteilt. Kein Lehrer darf gegen seinen Willen verpflichtet werden, Religionsunterricht zu erteilen.
(4) Das Recht zur Errichtung von privaten Schulen wird gewährleistet. Private Schulen als Ersatz für öffentliche Schulen bedürfen der Genehmigung des Staates und unterstehen den Landesgesetzen. Die Genehmigung ist zu erteilen, wenn die privaten Schulen in ihren Lehrzielen und Einrichtungen sowie in der wissenschaftlichen Ausbildung ihrer Lehrkräfte nicht hinter den öffentlichen Schulen zurückstehen und eine Sonderung der Schüler nach den Besitzverhältnissen der Eltern nicht gefördert wird. Die Genehmigung ist zu versagen, wenn die wirtschaftliche und rechtliche Stellung der Lehrkräfte nicht genügend gesichert ist.
(5) Eine private Volksschule ist nur zuzulassen, wenn die Unterrichtsverwaltung ein besonderes pädagogisches Interesse anerkennt oder, auf Antrag von Erziehungsberechtigten, wenn sie als Gemeinschaftsschule, als Bekenntnis- oder Weltanschauungsschule errichtet werden soll und eine öffentliche Volksschule dieser Art in der Gemeinde nicht besteht.
(6) Vorschulen bleiben aufgehoben.

Artikel 8
(1) Alle Deutschen haben das Recht, sich ohne Anmeldung oder Erlaubnis friedlich und ohne Waffen zu versammeln.
(2) Für Versammlungen unter freiem Himmel kann dieses Recht durch Gesetz oder auf Grund eines Gesetzes beschränkt werden.

Artikel 9
(1) Alle Deutschen haben das Recht, Vereine und Gesellschaften zu bilden.
(2) Vereinigungen, deren Zwecke oder deren Tätigkeit den Strafgesetzen zuwiderlaufen oder die sich gegen die verfassungsmäßige Ordnung oder gegen den Gedanken der Völkerverständigung richten, sind verboten.
(3) Das Recht, zur Wahrung und Förderung der Arbeits- und Wirtschaftsbedingungen Vereinigungen zu bilden, ist für jedermann und für alle Berufe gewährleistet. Abreden, die dieses Recht einschränken oder zu behindern suchen, sind nichtig, hierauf gerichtete Maßnahmen sind rechtswidrig. Maßnahmen nach den Artikeln 12a, 35 Abs. 2 und 3, Artikel 87a Abs. 4 und Artikel 91 dürfen sich nicht gegen Arbeitskämpfe richten, die zur Wahrung und Förderung der Arbeits- und Wirtschaftsbedingungen von Vereinigungen im Sinne des Satzes 1 geführt werden.

Artikel 10
(1) Das Briefgeheimnis sowie das Post- und Fernmeldegeheimnis sind unverletzlich.
(2) Beschränkungen dürfen nur auf Grund eines Gesetzes angeordnet werden. Dient die Beschränkung dem Schutze der freiheitlichen demokratischen Grundordnung oder des Bestandes oder der Sicherung des Bundes oder eines Landes, so kann das Gesetz bestimmen, daß sie dem Betroffenen nicht mitgeteilt wird und daß an die Stelle des Rechtsweges die Nachprüfung durch von der Volksvertretung bestellte Organe und Hilfsorgane tritt.

Artikel 11
(1) Alle Deutschen genießen Freizügigkeit im ganzen Bundesgebiet.
(2) Dieses Recht darf nur durch Gesetz oder auf Grund eines Gesetzes und nur für die Fälle eingeschränkt werden, in denen eine ausreichende Lebensgrundlage nicht vorhanden ist und der Allgemeinheit daraus besondere Lasten entstehen würden oder in denen es zur Abwehr einer drohenden Gefahr für den Bestand oder die freiheitliche demokratische Grundordnung des Bundes oder eines Landes, zur Bekämpfung von Seuchengefahr, Naturkatastrophen oder besonders schweren Unglücksfällen, zum Schutze der Jugend vor Verwahrlosung oder um strafbaren Handlungen vorzubeugen, erforderlich ist.

Artikel 12
(1) Alle Deutschen haben das Recht, Beruf, Arbeitsplatz und Ausbildungsstätte frei zu wählen. Die Berufsausübung kann durch Gesetz oder auf Grund eines Gesetzes geregelt werden.
(2) Niemand darf zu einer bestimmten Arbeit gezwungen werden, außer im Rahmen einer herkömmlichen allgemeinen, für alle gleichen öffentlichen Dienstleistungspflicht.
(3) Zwangsarbeit ist nur bei einer gerichtlich angeordneten Freiheitsentziehung zulässig.

Artikel 12a
(1) Männer können vom vollendeten achtzehnten Lebensjahr an zum Dienst in den Streitkräften, im Bundesgrenzschutz oder in einem Zivilschutzverband verpflichtet werden.
(2) Wer aus Gewissensgründen den Kriegsdienst mit der Waffe verweigert, kann zu einem Ersatzdienst verpflichtet werden. Die Dauer des Ersatzdienstes darf die Dauer des Wehrdienstes nicht übersteigen. Das Nähere regelt ein Gesetz, das die Freiheit der Gewissensentscheidung nicht beeinträchtigen darf und auch eine Möglichkeit des Ersatzdienstes vorsehen muß, die in keinem Zusammenhang mit den Verbänden der Streitkräfte und des Bundesgrenzschutzes steht.
(3) Wehrpflichtige, die nicht zu einem Dienst nach Absatz 1 oder 2 herangezogen sind, können im Verteidigungsfalle durch Gesetz oder auf Grund eines Gesetzes zu zivilen Dienstleistungen für Zwecke der Verteidigung einschließlich des Schutzes der Zivilbevölkerung in Arbeitsverhältnisse verpflichtet werden; Verpflichtungen in öffentlich-rechtliche Dienstverhältnisse sind nur zur Wahrnehmung polizeilicher Aufgaben oder solcher hoheitlichen Aufgaben der öffentlichen Verwaltung, die nur in einem öffentlich-rechtlichen Dienstverhältnis erfüllt werden können, zulässig. Arbeitsverhältnisse nach Satz 1 können bei den Streitkräften, im Bereich ihrer Versorgung sowie bei der öffentlichen Verwaltung begründet werden; Verpflichtungen in Arbeitsverhältnisse im Bereiche der Versorgung der Zivilbevölkerung sind nur zulässig, um ihren lebensnotwendigen Bedarf zu decken oder ihren Schutz sicherzustellen.
(4) Kann im Verteidigungsfalle der Bedarf an zivilen Dienstleistungen im zivilen Sanitäts- und Heilwesen sowie in der ortsfesten militärischen Lazarettorganisation nicht auf freiwilliger Grundlage gedeckt werden, so können Frauen vom vollendeten achtzehnten bis zum vollendeten fünfundfünfzigsten Lebensjahr durch Gesetz oder auf Grund eines Gesetzes zu derartigen Dienstleistungen herangezogen werden. Sie dürfen auf keinen Fall zum Dienst mit der Waffe verpflichtet werden.
(5) Für die Zeit vor dem Verteidigungsfalle können Verpflichtungen nach Absatz 3 nur nach Maßgabe des Artikels 80a Abs. 1 begründet werden. Zur Vorbereitung auf Dienstleistungen nach Absatz 3, für die besondere Kenntnisse oder Fertigkeiten erforderlich sind, kann durch Gesetz oder auf Grund eines Gesetzes die Teilnahme an Ausbildungsveranstaltungen zur Pflicht gemacht werden. Satz 1 findet insoweit keine Anwendung.
(6) Kann im Verteidigungsfalle der Bedarf an Arbeitskräften für die in Absatz 3 Satz 2 genannten Bereiche auf freiwilliger Grundlage nicht gedeckt werden, so kann zur Sicherung dieses Bedarfs die Freiheit der Deutschen, die Ausübung eines Berufs oder den Arbeitsplatz aufzugeben, durch Gesetz oder auf Grund eines Gesetzes eingeschränkt werden. Vor Eintritt des Verteidigungsfalles gilt Absatz 5 Satz 1 entsprechend.

Artikel 13
(1) Die Wohnung ist unverletzlich.
(2) Durchsuchungen dürfen nur durch den Richter, bei Gefahr im Verzuge auch durch die in den Gesetzen vorgesehenen anderen Organe angeordnet und nur in der dort vorgeschriebenen Form durchgeführt werden.
(3) Begründen bestimmte Tatsachen den Verdacht, daß jemand eine durch Gesetz einzeln bestimmte besonders schwere Straftat begangen hat, so dürfen zur Verfolgung der Tat auf Grund richterlicher Anordnung technische Mittel zur akustischen Überwachung von Wohnungen, in denen der Beschuldigte sich vermutlich aufhält, eingesetzt werden, wenn die Erforschung des Sachverhalts auf andere Weise unverhältnismäßig erschwert oder aussichtslos wäre. Die Maßnahme ist zu befristen. Die Anordnung erfolgt durch einen mit drei Richtern besetzten Spruchkörper. Bei Gefahr im Verzuge kann sie auch durch einen einzelnen Richter getroffen werden.
(4) Zur Abwehr dringender Gefahren für die öffentliche Sicherheit, insbesondere einer gemeinen Gefahr oder einer Lebensgefahr, dürfen technische Mittel zur Überwachung von Wohnungen nur auf Grund richterlicher Anordnung eingesetzt werden. Bei Gefahr im Verzuge kann die Maßnahme auch durch eine andere gesetzlich bestimmte Stelle angeordnet werden; eine richterliche Entscheidung ist unverzüglich nachzuholen.
(5) Sind technische Mittel ausschließlich zum Schutze der bei einem Einsatz in Wohnungen tätigen Personen vorgesehen, kann die Maßnahme durch eine gesetzlich bestimmte Stelle angeordnet werden. Eine anderweitige Verwertung der hierbei erlangten Erkenntnisse ist nur zum Zwecke der Strafverfolgung oder der Gefahrenabwehr und nur zulässig, wenn zuvor die Rechtmäßigkeit der Maßnahme richterlich festgestellt ist; bei Gefahr im Verzuge ist die richterliche Entscheidung unverzüglich nachzuholen.
(6) Die Bundesregierung unterrichtet den Bundestag jährlich über den nach Absatz 3 sowie über den im Zuständigkeitsbereich des Bundes nach Absatz 4 und, soweit richterlich überprüfungsbedürftig, nach Absatz 5 erfolgten Einsatz technischer Mittel. Ein vom Bundestag gewähltes Gremium übt auf der Grundlage dieses Berichts die parlamentarische Kontrolle aus. Die Länder gewährleisten eine gleichwertige parlamentarische Kontrolle.
(7) Eingriffe und Beschränkungen dürfen im übrigen nur zur Abwehr einer gemeinen Gefahr oder einer Lebensgefahr für einzelne Personen, auf Grund eines Gesetzes auch zur Verhütung dringender Gefahren für die öffentliche Sicherheit und Ordnung, insbesondere zur Behebung der Raumnot, zur Bekämpfung von Seuchengefahr oder zum Schutze gefährdeter Jugendlicher vorgenommen werden.

Artikel 14
(1) Das Eigentum und das Erbrecht werden gewährleistet. Inhalt und Schranken werden durch die Gesetze bestimmt.
(2) Eigentum verpflichtet. Sein Gebrauch soll zugleich dem Wohle der Allgemeinheit dienen.
(3) Eine Enteignung ist nur zum Wohle der Allgemeinheit zulässig. Sie darf nur durch Gesetz oder auf Grund eines Gesetzes erfolgen, das Art und Ausmaß der Entschädigung regelt. Die Entschädigung ist unter gerechter Abwägung der Interessen der Allgemeinheit und der Beteiligten zu bestimmen. Wegen der Höhe der Entschädigung steht im Streitfalle der Rechtsweg vor den ordentlichen Gerichten offen.

Artikel 15
Grund und Boden, Naturschätze und Produktionsmittel können zum Zwecke der Vergesellschaftung durch ein Gesetz, das Art und Ausmaß der Entschädigung regelt, in Gemeineigentum oder in andere Formen der Gemeinwirtschaft überführt werden. Für die Entschädigung gilt Artikel 14 Abs. 3 Satz 3 und 4 entsprechend.

Artikel 16
(1) Die deutsche Staatsangehörigkeit darf nicht entzogen werden. Der Verlust der Staatsangehörigkeit darf nur auf Grund eines Gesetzes und gegen den Willen des Betroffenen nur dann eintreten, wenn der Betroffene dadurch nicht staatenlos wird.
(2) Kein Deutscher darf an das Ausland ausgeliefert werden. Durch Gesetz kann eine abweichende Regelung für Auslieferungen an einen Mitgliedstaat der Europäischen Union oder an einen internationalen Gerichtshof getroffen werden, soweit rechtsstaatliche Grundsätze gewahrt sind.

Artikel 16a
(1) Politisch Verfolgte genießen Asylrecht.
(2) Auf Absatz 1 kann sich nicht berufen, wer aus einem Mitgliedstaat der Europäischen Gemeinschaften oder aus einem anderen Drittstaat einreist, in dem die Anwendung des Abkommens über die Rechtsstellung der Flüchtlinge und der Konvention zum Schutze der Menschenrechte und Grundfreiheiten sichergestellt ist. Die Staaten außerhalb der Europäischen Gemeinschaften, auf die die Voraussetzungen des Satzes 1 zutreffen, werden durch Gesetz, das der Zustimmung des Bundesrates bedarf, bestimmt. In den Fällen des Satzes 1 können aufenthaltsbeendende Maßnahmen unabhängig von einem hiergegen eingelegten Rechtsbehelf vollzogen werden.
(3) Durch Gesetz, das der Zustimmung des Bundesrates bedarf, können Staaten bestimmt werden, bei denen auf Grund der Rechtslage, der Rechtsanwendung und der allgemeinen politischen Verhältnisse gewährleistet erscheint, daß dort weder politische Verfolgung noch unmenschliche oder erniedrigende Bestrafung oder Behandlung stattfindet. Es wird vermutet, daß ein Ausländer aus einem solchen Staat nicht verfolgt wird, solange er nicht Tatsachen vorträgt, die die Annahme begründen, daß er entgegen dieser Vermutung politisch verfolgt wird.
(4) Die Vollziehung aufenthaltsbeendender Maßnahmen wird in den Fällen des Absatzes 3 und in anderen Fällen, die offensichtlich unbegründet sind oder als offensichtlich unbegründet gelten, durch das Gericht nur ausgesetzt, wenn ernstliche Zweifel an der Rechtmäßigkeit der Maßnahme bestehen; der Prüfungsumfang kann eingeschränkt werden und verspätetes Vorbringen unberücksichtigt bleiben. Das Nähere ist durch Gesetz zu bestimmen.
(5) Die Absätze 1 bis 4 stehen völkerrechtlichen Verträgen von Mitgliedstaaten der Europäischen Gemeinschaften untereinander und mit dritten Staaten nicht entgegen, die unter Beachtung der Verpflichtungen aus dem Abkommen über die Rechtsstellung der Flüchtlinge und der Konvention zum Schutze der Menschenrechte und Grundfreiheiten, deren Anwendung in den Vertragsstaaten sichergestellt sein muß, Zuständigkeitsregelungen für die Prüfung von Asylbegehren einschließlich der gegenseitigen Anerkennung von Asylentscheidungen treffen.

Artikel 17
Jedermann hat das Recht, sich einzeln oder in Gemeinschaft mit anderen schriftlich mit Bitten oder Beschwerden an die zuständigen Stellen und an die Volksvertretung zu wenden.

Artikel 17a
(1) Gesetze über Wehrdienst und Ersatzdienst können bestimmen, daß für die Angehörigen der Streitkräfte und des Ersatzdienstes während der Zeit des Wehr- oder Ersatzdienstes das Grundrecht, seine Meinung in Wort, Schrift und Bild frei zu äußern und zu verbreiten (Artikel 5 Abs. 1 Satz 1 erster Halbsatz), das Grundrecht der Versammlungsfreiheit (Artikel 8) und das Petitionsrecht (Artikel 17), soweit es das Recht gewährt, Bitten oder Beschwerden in Gemeinschaft mit anderen vorzubringen, eingeschränkt werden.
(2) Gesetze, die der Verteidigung einschließlich des Schutzes der Zivilbevölkerung dienen, können bestimmen, daß die Grundrechte der Freizügigkeit (Artikel 11) und der Unverletzlichkeit der Wohnung (Artikel 13) eingeschränkt werden.

Artikel 18
Wer die Freiheit der Meinungsäußerung, insbesondere die Pressefreiheit (Artikel 5 Abs. 1), die Lehrfreiheit (Artikel 5 Abs. 3), die Versammlungsfreiheit (Artikel 8), die Vereinigungsfreiheit (Artikel 9), das Brief-, Post- und Fernmeldegeheimnis (Artikel 10), das Eigentum (Artikel 14) oder das Asylrecht (Artikel 16a) zum Kampfe gegen die freiheitliche demokratische Grundordnung mißbraucht, verwirkt diese Grundrechte. Die Verwirkung und ihr Ausmaß werden durch das Bundesverfassungsgericht ausgesprochen.

Artikel 19
(1) Soweit nach diesem Grundgesetz ein Grundrecht durch Gesetz oder auf Grund eines Gesetzes eingeschränkt werden kann, muß das Gesetz allgemein und nicht nur für den Einzelfall gelten. Außerdem muß das Gesetz das Grundrecht unter Angabe des Artikels nennen.
(2) In keinem Falle darf ein Grundrecht in seinem Wesensgehalt angetastet werden.
(3) Die Grundrechte gelten auch für inländische juristische Personen, soweit sie ihrem Wesen nach auf diese anwendbar sind.
(4) Wird jemand durch die öffentliche Gewalt in seinen Rechten verletzt, so steht ihm der Rechtsweg offen. Soweit eine andere Zuständigkeit nicht begründet ist, ist der ordentliche Rechtsweg gegeben. Artikel 10 Abs. 2 Satz 2 bleibt unberührt.

Artikel 20
(1) Die Bundesrepublik Deutschland ist ein demokratischer und sozialer Bundesstaat.
(2) Alle Staatsgewalt geht vom Volke aus. Sie wird vom Volke in Wahlen und Abstimmungen und durch besondere Organe der Gesetzgebung, der vollziehenden Gewalt und der Rechtsprechung ausgeübt.
(3) Die Gesetzgebung ist an die verfassungsmäßige Ordnung, die vollziehende Gewalt und die Rechtsprechung sind an Gesetz und Recht gebunden.
(4) Gegen jeden, der es unternimmt, diese Ordnung zu beseitigen, haben alle Deutschen das Recht zum Widerstand, wenn andere Abhilfe nicht möglich ist.

Art. 146 *Dieses Grundgesetz, das nach Vollendung der Einheit und Freiheit Deutschlands für das gesamte deutsche Volk gilt, verliert seine Gültigkeit [erst] an dem Tage, an dem eine Verfassung in Kraft tritt, die von dem deutschen Volke in freier Entscheidung beschlossen worden ist.*